



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Kollektives Handeln unter prekären Bedingungen – eine  
Untersuchung von vier Interessenvertretungen aus den  
Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit“

verfasst von / submitted by

Elisabeth Mürzl, BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts, MA

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand



## **Persönliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

---

Nachname, Vorname (in Blockschrift)

---

Datum

---

Unterschrift

# **Inhaltsverzeichnis**

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	<i>I</i>
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	<i>I</i>
<i>Tabellenverzeichnis</i>	<i>I</i>
<i>Einleitung</i>	<i>1</i>
<b>1 Theoriehintergrund</b>	<b>7</b>
<b>1.1 Prekarisierung – eine sozialwissenschaftliche Debatte</b>	<b>7</b>
1.1.1 Begriffe der Gouvernementalitätsstudien	8
1.1.2 Prekarisierung als politisches Phänomen – Kritikpunkte am arbeitssoziologischen Diskurs	11
1.1.3 Prekarisierung als umfassendes und ambivalentes Phänomen	15
1.1.4 Neoliberale Herrschaft strukturiert durch Prekarität	19
1.1.5 EuroMayDay: Protestbewegung gegen Prekarisierung	20
1.1.6 Besonderheiten prekärer Verhältnisse	22
1.1.7 Zwischenfazit	23
<b>1.2 Ein politikwissenschaftlicher Blick auf kollektives Handeln</b>	<b>25</b>
1.2.1 Eine kritische Diskussion des Handlungsbegriffes nach Arendt	25
1.2.2 Organisierung der Prekären: Erkenntnisse aus der informellen Ökonomie	29
<b>1.3 Theoretischer Zugang und Fragestellung</b>	<b>33</b>
1.3.1 Prekarisierung und kollektives Handeln – eine Zusammenschau	34
1.3.2 Forschungsfragen	35
1.3.3 Untersuchungsdimensionen	36
<b>2 Methode</b>	<b>39</b>
<b>2.1 Das Verhältnis von Theorie und Praxis</b>	<b>40</b>
<b>2.2 Forschungsdesign</b>	<b>41</b>
<b>2.3 Datenerhebung</b>	<b>43</b>
<b>2.4 Datenauswertung</b>	<b>44</b>
<b>3 Fallauswahl</b>	<b>45</b>
<b>4 Regierungsweisen in prekären Bereichen: Kulturproduktion und Erwerbsarbeitslosigkeit im Vergleich</b>	<b>49</b>
<b>4.1 Selbst-Prekarisierung in der Kulturproduktion</b>	<b>49</b>
<b>4.2 Soziale Sicherheit als widerrufbares Gut</b>	<b>53</b>
<b>4.3 Regierungsweisen im Vergleich</b>	<b>55</b>

<b>5</b>	<b><i>Prekäre Verhältnisse in Österreich</i></b>	<b>57</b>
5.1	<b>Kulturarbeit: prekäre Finanzierung, prekäre Beschäftigung</b>	<b>57</b>
5.2	<b>Erwerbsarbeitslosigkeit: Aktivierungspolitik in Österreich</b>	<b>60</b>
<b>6</b>	<b><i>Erstellung des Leitfadens</i></b>	<b>62</b>
<b>7</b>	<b><i>Analyse</i></b>	<b>65</b>
7.1	<b>Auswertung</b>	<b>65</b>
7.1.1	Verein	68
7.1.2	Aktivität	69
7.1.3	Prekäre Verhältnisse	71
7.1.4	Herausforderungen	73
7.1.5	Ziele	75
7.1.6	Sonstige	75
7.2	<b>Beantwortung der Forschungsfragen</b>	<b>76</b>
7.2.1	Herausforderungen und Ziele im Vergleich	76
7.2.1.1	Die Ziele der Interessenvertretungen	77
7.2.1.2	Herausforderungen: prekäre Verhältnisse als Phase, Bedrohung oder Ausgangspunkt für gesellschaftlichen Wandel?	80
7.2.1.3	Zusammenfassung	91
7.2.2	Praxiswissen im Umgang mit Herausforderungen kollektiven Handelns	93
7.2.3	Überlegungen zur Entprekarisierungspolitik	97
<b>8</b>	<b><i>Schlussfolgerungen</i></b>	<b>104</b>
<b>9</b>	<b><i>Ausblick</i></b>	<b>110</b>
	<b><i>Literaturverzeichnis</i></b>	<b>112</b>
	<b><i>Interviews</i></b>	<b>119</b>
<b>10</b>	<b><i>Anhang</i></b>	<b>119</b>
	<b>Codierleitfaden: Ankerbeispiele</b>	<b>119</b>
	<b>Abstrakt</b>	<b>126</b>

## **Abkürzungsverzeichnis**

AMS	Arbeitsmarktservice Österreich
IGKÖ	IG Kultur Österreich
KUPF OÖ	Kulturplattform Oberösterreich
NGO	Nicht-Regierungsorganisationen
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Untersuchungsdimensionen .....	39
---	----

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Übersicht entwickelter Kategorien und Codes .....	67
--	----

# Einleitung

Die Begriffe Prekarisierung, Prekarität, prekäre Verhältnisse sowie prekäres Leben und Arbeiten stellen ein in den Sozialwissenschaften viel diskutiertes Themenfeld dar. Sie sind Ausgangspunkt theoretischer und empirischer Untersuchungen. Was unter dem Phänomen der Prekarisierung zu verstehen ist, ist ebenso Teil sozialwissenschaftlicher Debatten. Einhergehend mit verschiedenen Definitionsmöglichkeiten des Phänomens können auch unterschiedliche Bearbeitungen, in Form einer wissenschaftlichen Untersuchung oder im Sinne einer politischen Forderung, ausgemacht werden. Diese Masterarbeit verfolgt das Ziel, einen politikwissenschaftlichen Blick auf das Phänomen der Prekarisierung zu werfen und dabei Handlungsmöglichkeiten in den Fokus zu rücken.

Mit diesem Erkenntnisinteresse untersucht die vorliegende Masterarbeit die folgende übergeordnete Forschungsfrage:

*Wie lässt sich kollektives Handeln in prekären Bereichen in Österreich anhand der Untersuchung von Zielen und Herausforderungen von vier Initiativen der Interessenvertretung aus den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit charakterisieren?*

Was wird nun im Rahmen dieser Masterarbeit unter Prekarisierung verstanden und welche Annahmen gehen damit einher? Diese Fragestellung leitet die Ausführungen im Theoriekapitel (Kapitel 1) an. An dieser Stelle kann bereits festgehalten werden, dass prekäre Verhältnisse nicht als ein Phänomen verstanden werden, das sich auf Lohnarbeit und Beschäftigung beschränkt oder sich ausgehend von prekären Beschäftigungsverhältnissen definieren ließe. Daher stützt sich diese Masterarbeit auf ein umfassendes – und zum Teil auch ambivalentes – Prekarisierungsverständnis. Eine mögliche Einteilung der prekarisierungstheoretischen Debatte wäre die Unterscheidung zwischen Perspektiven der Arbeitssoziologie und jenen Beiträgen, die eine bewegungsorientierte Perspektive wählen. Aus der zweiten Perspektive heraus werden vor allem auch jene Bereiche berücksichtigt, die als prekär gelten, obwohl kein prekäres Beschäftigungsverhältnis vorliegt – Prekarisierung wird hier also abseits der Erwerbsprekarisierung gedacht. Durch die Erweiterung des Begriffes sollen Handlungsmöglichkeiten systematisch mitgedacht werden.

Die Erkenntnisse aus der Theorie leiten die weitere – zunächst theoretische, dann empirische – Untersuchung an. Durch den Fokus auf jene Untersuchungen, die Prekarisierung als ein Phänomen auch abseits der Erwerbsprekarisierung verstehen, rücken zwei in der Literatur

immer wieder angeführte Bereiche in den Blick: Erwerbsarbeitslosigkeit und Kulturarbeit. Die empirische Untersuchung bezieht sich konkret auf diese beiden gesellschaftlichen Bereiche und ihre Bedingungen in Österreich, wobei zum einen theoretische Thesen aus Perspektive der Gouvernamentalitätsstudien, zum anderen empirische Untersuchungen zu den beiden Bereichen in Österreich zu Rate gezogen werden.

Unweigerlich wird auch die Frage aufgeworfen, wie sich Unterschiede von Unsicherheitslagen in einem so umfassenden Verständnis von Prekarisierung ausweisen lassen. Es geht dabei nicht um eine graduelle Darstellung im Sinne einer linearen Vorstellung prekärer Verhältnisse, *wie stark* die gesellschaftlichen Bereiche von prekären Verhältnissen „betroffen“ sind, sondern vielmehr darum, *auf welche Weise* sie prekär sind und prekarisiert werden.

Erwerbsarbeitslosigkeit und Kulturarbeit werden anschließend Gegenstand der Untersuchung dieser Masterarbeit sein. Dies hat zunächst den Grund, dass beide Bereiche in den prekarisierungstheoretischen Abhandlungen immer wieder exemplarisch herangezogen werden. So wird der Bereich der Kulturproduktion oft als Beispiel herangezogen, um aufzuzeigen, dass es bereits vor der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses prekäre Beschäftigung, vor allem aber prekäre Verhältnisse gab. Denn insbesondere in der freien Kulturarbeit spielt ehrenamtliche Tätigkeit eine zentrale Rolle. Die prekären Verhältnisse erwerbsarbeitsloser Menschen werden dahingegen oft als Beispiel dafür ins Treffen geführt, wie direkt und unmittelbar staatliche Rahmenbedingungen prekäre Verhältnisse herstellen und reproduzieren können.

Der hier bereits verwendete Begriff der Kulturproduktion muss an dieser Stelle noch etwas genauer umrissen und für den Fokus dieser Masterarbeit eingeschränkt werden. Der Begriff geht auf Isabell Lorey zurück, deren Arbeiten für die theoretische Auseinandersetzung hier maßgeblich sind. Unter Kulturproduzent\*innen können Lorey zufolge Wissensarbeiter\*innen ebenso wie Künstler\*innen verstanden werden. Dabei geht es nicht um einen spezifischen Sektor (wie etwa Museumsbetriebe, Film- oder Musikbranche), sondern vielmehr um eine Praxis, in der sich projektbezogenes, selbständiges Arbeiten in Kollektiven mit Anstellungsverhältnissen oder ehrenamtlicher Tätigkeit überschneidet. Da der Fokus dieser Masterarbeit vor allem auf prekären Verhältnissen abseits der Erwerbsprekarisierung liegt, soll vor allem die freie Kulturarbeit in den Blick genommen werden. In der theoretischen Auseinandersetzung wird der Begriff der Kulturproduktion verwendet. Der empirische Fokus liegt dann auf der freien Kulturarbeit im engeren Sinne. Freie Kulturarbeit wird hier als nicht profit-orientierte, und in Abgrenzung zu öffentlich-rechtlichen Kulturbetrieben verstanden.

Handlungsmöglichkeiten in prekären Bereichen systematisch mitzudenken bedeutet, den Blick nicht nur auf prekäre Verhältnisse, sondern auch auf jene Organisationen, Gruppen und Netzwerke zu richten, die sich in diesen Bereichen politisch engagieren. Als solche muss zunächst die EuroMayDay-Bewegung hervorgehoben werden. EuroMayDay, eine transnationale, postidentitäre soziale Bewegung, formierte sich aus prekären Verhältnissen heraus und versteht Prekarisierung nicht als ein auf einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich beschränktes Phänomen, sondern versucht, über ein umfassendes Verständnis von Prekarisierung das geteilte Prekärsein aller Menschen über politische Praxis zugänglich zu machen. Viele der hier reflektierten theoretischen Aspekte werden von der EuroMayDay-Bewegung auf der Ebene der politischen Praxis auch umgesetzt. Auch in Österreich formierte sich die EuroMayDay-Bewegung. In den letzten Jahren war das Netzwerk in Österreich allerdings nicht mehr aktiv – ein Eindruck, der in einem Probeinterview im Rahmen dieser Masterarbeit auch von Rainer Hackauf, Mitinitiator der EuroMayDay-Bewegung in Österreich, bestätigt wurde.

Diese Masterarbeit liefert darüber hinaus eine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Handlungsbegriff nach Hannah Arendt und versucht, in dessen Darstellung Potenziale und Kritikpunkte im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand dieser Masterarbeit zu entwickeln. Als wohl zentralster Punkt dieser theoretischen Auseinandersetzung kann festgehalten werden, dass Handeln Arendt zufolge nicht nur als Mittel zum Zweck gesehen wird und sich somit klar von Rationalitätstheorien des Handelns abgrenzt. Neben der politischen Theorie sollen aber auch empirische Untersuchungen berücksichtigt werden, die kollektives Handeln und Organisation in prekären Bereichen erforscht haben.

Auch abseits der EuroMayDay-Bewegung gibt es Organisationen, die sich in prekären Bereichen politisch engagieren. Diese haben sich nicht zwingend vor (einem umfassenden Verständnis von) Prekarisierungsprozessen herausgebildet, sondern fokussieren ihre Arbeit auf politische Missstände und Ungleichheiten in dem jeweiligen Bereich. Vier zivilgesellschaftliche Initiativen aus den beiden Bereichen Erwerbsarbeitslosigkeit und Kulturarbeit sind Gegenstand dieser Untersuchung: Aktive Arbeitslose Österreich, Arbeitslos.Selbstermächtigt, IG Kultur Österreich (IGKÖ), Kulturplattform Oberösterreich (KUPF OÖ).

Bei der empirischen Untersuchung dieser Organisationen anhand von leitfadengestützten Interviews mit Akteur\*innen der Organisationen werden Ziele, Herausforderungen sowie

Potenziale untersucht und miteinander verglichen. Der Vergleich beschränkt sich aber keineswegs auf eine reine Gegenüberstellung, sondern soll auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich einer Entprekarisierungspolitik erarbeiten. Wie eingangs bereits erwähnt sollen die beiden Bereiche zunächst im Vergleich betrachtet werden. Eine gouvernementale Perspektive ermöglicht es, Spezifika der beiden prekären Bereiche zu erarbeiten. Konkret werden hier die aktivierende Arbeitsmarktpolitik und die These der Selbst-Prekarisierung in den Blick genommen.

Die für die Analyse notwendigen Daten werden mittels leitfadengestützter Interviews mit Akteur\*innen der vier genannten Initiativen erhoben. Pro Initiative konnte ein\*e Akteur\*in interviewt werden, mit Ausnahme der Organisation Arbeitslos.Selbstermächtigt, wo sich zwei Mitglieder bereit erklärt haben, ein Gespräch zum Zwecke dieser Masterarbeit zu führen.

Die Interviews wurden im April und Mai 2020 geführt während gesetzlicher Einschränkungen sozialer Kontakte in Österreich aufgrund der Covid-19-Pandemie. Gerade auf die beiden hier untersuchten Bereiche haben sich diese Umstände stark ausgewirkt. In Österreich stieg die Erwerbsarbeitslosigkeit „als Folge der krisenbedingten Maßnahmen im März 2020 schlagartig an“ (Auer 2020a, 1). Im Vergleich zum Vorjahr erreichte der Anstieg der Erwerbsarbeitslosenquote mit +76% im April 2020 ihren Höchststand. Ende Julie 2020 waren 383.951 Menschen vorgemerkt erwerbsarbeitslos (vgl. ebd.). Auch der Kulturbereich ist von der Covid-19-Situation und den damit einhergehenden gesetzlichen Einschränkungen stark betroffen.

Der Kulturbereich war von der Covid-19-Pandemie ebenso stark betroffen. Dies ist zum einen auf das Verbot von Veranstaltungen, was zu massiven Einnahmeausfällen führte, zurückzuführen, zum anderen auf eine mangelnde Planbarkeit zukünftiger Veranstaltungen (vgl. Hammer und Verlic 2020)

Aufgrund der zeitlichen Überschneidung der Masterarbeit und der Covid-19-Pandemie wurde diese Thematik in den Interviews von den Akteur\*innen auch immer wieder aufgegriffen.

Die Auswertung der Interviews erfolgte mittels qualitativer Inhaltsanalyse. Neben diesen rein methodischen Schritten soll im Rahmen dieser Masterarbeit auch das Verständnis von Theorie und Praxis reflektiert werden. Dabei soll vor allem die Vorrangstellung der Theorie kritisch diskutiert werden – das Praxiswissen der Akteur\*innen ist somit nicht nur eine Bestätigung oder ein Widerlegen theoretischer Annahmen. Einleitend sei hier angemerkt, dass diese äußerst spannende und relevante Diskussion im Rahmen dieser Masterarbeit nur gestreift, nicht aber in

aller Ausführlichkeit geführt werden kann. Diese Masterarbeit soll vor allem auch dazu dienen, die Handlungsmöglichkeiten der Initiativen zu analysieren und die Ergebnisse vor einem prekarisierungstheoretischen Hintergrund informiert durch die Gouvernamentalitätsstudien für weitere theoretische Überlegungen sowie die politische Praxis zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen zugänglich zu machen.

Im Laufe der Masterarbeit soll die übergeordnete Forschungsfrage in weitere Fragestellungen strukturiert werden:

- (a) Welche Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Besonderheiten der beiden Bereiche ergeben sich hinsichtlich der Ziele und Herausforderungen der untersuchten Organisationen?*
- (b) Welches Praxiswissen zu kollektivem Handeln kann aus den Interviews mit den Akteur\*innen zum Umgang mit den genannten Herausforderungen gewonnen werden?*
- (c) Welche Ansätze einer Entprekarisierungspolitik können ausgehend von den Zielen der vier untersuchten Interessenvertretungen ausgemacht werden?*

Mit diesen Fragestellungen schließt die vorliegende Masterarbeit an Forschungsprojekte an, die kollektives Handeln und Proteste im Widerstand gegen zunehmende Prekarisierung untersuchten. Gleichzeitig soll ein Beitrag dazu geleistet werden, kollektives Handeln nicht nur in prekären Bereichen sondern auch vor dem Hintergrund der Prekarisierungstheorie zu diskutieren und Praxiswissen von Akteur\*innen in Österreich diesbezüglich zugänglich zu machen. Zudem kann eine vergleichende Perspektive eingenommen werden, da Organisationen aus zwei gesellschaftlichen Bereichen (Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit) untersucht und gegenübergestellt werden.

Die Inhalte dieser Masterarbeit werden wie folgt strukturiert. Der Theorieteil setzt sich aus den Kapiteln zur Prekarisierung (Kapitel 1.1) und zu kollektivem Handeln (Kapitel 1.2) zusammen. Für Leser\*innen zentral sind hier zum einen das Unterkapitel 1.1.7, in dem ein erstes Zwischenfazit auf Basis der Prekarisierungstheorie gezogen wird, zum anderen das Kapitel 1.3. Letzteres beinhaltet eine Zusammenschau der beiden Theoriehintergründe der Masterarbeit, die Herleitung der Forschungsfragen und die Darstellung der Untersuchungsdimensionen. Nach den methodologischen Überlegungen und dem Forschungsdesign in Kapitel 2 wird in Kapitel 3 die Fallauswahl dargelegt und die untersuchten Organisationen vorgestellt. In Kapitel 4 werden die Regierungsweisen der beiden Bereiche Kulturproduktion und

Erwerbsarbeitslosigkeit in den Blick genommen. Im Unterkapitel 4.3 wird ein Vergleich der beiden Bereiche anhand der für diese spezifischen Regierungsweisen angestellt. In Kapitel 5 werden die prekären Verhältnisse im österreichischen Kontext nachgezeichnet, bevor in Kapitel 6 die Erstellung des Leitfadens thematisiert wird, um die Daten für das Erkenntnisinteresse dieser Masterarbeit zu erheben. Kapitel 7 widmet sich der Analyse der Interviews. Dabei wird zunächst der Codierleitfaden vorgestellt, der auf den theoretischen Vorannahmen basiert und um zusätzliche aus dem Material gewonnene Kategorien erweitert wurde. In Kapitel 7.2 werden schließlich die Forschungsfragen beantwortet, bevor in Kapitel 8 Schlussfolgerungen, die die Ergebnisse der Masterarbeit vor einem theoretischen Hintergrund reflektieren, gezogen werden. Abschließend folgt in Kapitel 9 der Ausblick der vorliegenden Masterarbeit.

# **1 Theoriehintergrund**

Diese Masterarbeit untersucht kollektives Handeln in prekären Bereichen. Dieses Erkenntnisinteresse verlangt daher zunächst nach einer Verortung des Begriffes der Prekarisierung (Kapitel 1.1). Ebenso bedarf der Untersuchungsgegenstand selbst, kollektives Handeln, einer theoretischen Verortung (Kapitel 1.2).

Abschluss des Kapitels bildet eine Zusammenfassung der Erkenntnisse aus den beiden Theoriekapiteln und deren Bedeutung für die weitere Untersuchung (Kapitel 1.3). So wird die übergeordnete Forschungsfrage in weitere Sub-Forschungsfragen aufgefächert, um die einzelnen Aspekte im Rahmen der Schlussfolgerungen am Ende der Masterarbeit systematisch darstellen und aufarbeiten zu können. In Kapitel 1.3 werden neben den Sub-Forschungsfragen bereits Dimensionen für die empirische Untersuchung dargestellt.

## **1.1 Prekarisierung – eine sozialwissenschaftliche Debatte**

Prekarisierung als gesellschaftliches Phänomen findet in verschiedenen Disziplinen der Sozialwissenschaften große Aufmerksamkeit. Damit gehen unterschiedliche Definitionen des Phänomens und infolgedessen ebenso verschiedene Forschungsschwerpunkte einher. Eine mögliche Unterscheidung lässt sich zwischen arbeitssoziologischen und bewegungsorientierten Untersuchungen treffen (vgl. Freudenschuß 2011). In der Auseinandersetzung mit engeren Prekarisierungsbegriffen wird in der Politikwissenschaft eine Erweiterung des Begriffes gefordert (vgl. Marchart 2013). Aber nicht nur diese geforderte Erweiterung, auch die Ambivalenz des Phänomens soll im folgenden Kapitel thematisiert werden (vgl. Lorey 2012). Aus diesen Schwerpunkten ergibt sich folgender Kapitelaufbau: In Kapitel 1.1.2 wird zunächst die Prekarisierungsdebatte umrissen, um zentrale Punkte für die Verwendung des Begriffes für die vorliegende Masterarbeit auszumachen. In Kapitel 1.1.3 werden die drei Dimensionen des Prekären (Prekärsein, Prekarität und gouvernementale Prekarisierung) erläutert. Der Zusammenhang von Prekarität und Herrschaftsverhältnissen soll in Kapitel 1.1.4 nochmals verdeutlicht werden.

Dass das Potenzial kollektiven Handelns in prekären Bereichen realisiert wurde, zeigt die EuroMayDay-Bewegung, welche in Kapitel 1.1.5 dargestellt werden soll. Abschließend zu diesen theoretischen Ausführungen soll in Kapitel 1.1.6 aufgezeigt werden, dass Prekarisierung zwar als ein „alle Sozialbeziehungen umfassend formierendes Phänomen“ (Marchart 2013, 13) verstanden wird, aber dennoch Unterschiede prekärer Verhältnisse untersucht werden können.

In Kapitel 1.1.7 folgt schließlich eine analytische Zusammenfassung der zentralen Aspekte des Theoriedesigns und somit ein kurzes Zwischenfazit.

Bevor nun näher auf die Prekarisierungsdebatte eingegangen werden soll, soll vorab noch ein Kapitel die grundlegenden Begriffe der Gouvernamentalitätsstudien klären.

### **1.1.1 Begriffe der Gouvernamentalitätsstudien**

Der Theoriedesign dieser Masterarbeit baut auf die Gouvernamentalitätsstudien auf. Einige Ausführungen stützen sich auf die Begrifflichkeiten dieser Perspektive. Auch das Regierungsverständnis wird dieser Theorie entnommen. Vorab sollen daher relevante Begriffe und Zusammenhänge aus der Perspektive der Gouvernamentalitätsstudien erläutert werden.

Unter Gouvernamentalitätsforschung lässt sich die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Regierung nach oder angelehnt an Foucault verstehen. Der Begriff der Gouvernamentalität selbst ist eine Verbindung aus den Begriffen des Regierens („gouverner“) und der Denkweise („mentalité“) (vgl. Bröckling et al. 2000, 7f). Daran anschließend ergeben sich Fragen danach, „wie Körper, Dinge, Emotionen und Gedanken von den Machtmechanismen durchdrungen sind, aus denen sie zugleich erwachsen“ (Pieper und Gutierrez Rodriguez 2003, 10). Was kann nun unter Regierung im Sinne der Gouvernamentalitätsstudien verstanden werden? In Anlehnung an Foucault ergibt sich ein dezentrales Verständnis von Regierung, die nicht nur von einer Person oder einer Institution (dem Staat beispielsweise) ausgeübt wird. Regierung ist hingegen die Führung, die „von einem komplexen Netz von Macht und Wissen ausgebildet wird“ (ebd.). Macht, so Foucault, könne nur über freie Subjekte ausgeübt werden (vgl. Lorey 2010b, 17). Regierung kann sich als *Fremd-Regierung*, aber auch als *Selbst-Regierung* darstellen, wobei die hier zitierten Beiträge unterschiedliche Schwerpunkte bei der Analyse der Regierung setzen. So rückt Lorey vor allem die nach innen, in das Subjekt hinein, verlagerte Form der Regierung in den Mittelpunkt (vgl. Lorey 2012, 17), während Lemke kritisch anmerkt, dass Repression als Form der Regierung nicht unterschlagen werden solle (vgl. Lemke 2000, 41). Die Gemeinsamkeit aller Beiträge liegt darin, dass es sich in jedem Fall um ein Mischungsverhältnis, ein Wechselspiel zwischen Fremd- und Selbstregierung, handelt. Wenngleich der Staat also nicht die einzige Form der Regierung ist, so ist er doch eine unter vielen Möglichkeiten (vgl. Marchart 2013, 43 in Anlehnung an Miller und Rose 1994, 57; vgl. Foucault 2000, 70). Auch der Staat, so Foucault, ist keine Gegebenheit, sondern muss ständig hergestellt werden:

„Der Staat ist keine Universale, der Staat ist an sich keine autonome Machtquelle. Der Staat ist nichts anderes als die Wirkung, das Profil, der bewegliche Ausschnitt einer ständigen Staatsbildung oder ständiger Staatsbildungen [...] Der Staat ist nichts anderes als der bewegliche Effekt eines Systems von mehreren Gouvernamentalitäten.“ (Foucault 2006, 115)<sup>1</sup>

Die Ausführungen zum neoliberalen Staat werden in den Gouvernamentalitätsstudien in Anlehnung an Foucault mit dem Phänomen der Individualisierung in Verbindung gebracht und analysiert. Im Neoliberalismus wendet der Staat neue Techniken an, „die Individuen führen und anleiten, ohne für sie verantwortlich zu sein“ (Lemke 2000, 38). Der Staat übernimmt keine Verantwortung für das Leben Einzelner; deren Entscheidungen, Lebensführung und Risiken werden hingegen individualisiert. Lemke argumentiert weiter, dass „Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut“ (ebd.) nicht mehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien, sondern in den Zuständigkeitsbereich der Einzelnen als „Problem der Selbstsorge“ (ebd.) gewandelt werden. Die Gouvernamentalitätsperspektive sieht hier weniger den Rückzug des Staates, sondern versucht diesen Wandel als eine „Umorganisation oder eine Restrukturierung der Regierungstechniken (zu) begreifen, die die Führungskapazitäten vom Staat weg auf ‚verantwortliche‘ und ‚rationale‘ Individuen verlagern“ (ebd., 39) will.

Wie oben bereits angesprochen ist der Staat aber nur ein möglicher Ausgangspunkt, um Regierungsweisen zu analysieren. Was kann nun unter Selbstregierungsweisen verstanden werden? Die Techniken des Selbst nach Foucault können als „Techniken, die es Individuen ermöglichen, mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren eigenen Körpern, mit ihren eigenen Seelen, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen“ (Foucault 1984, 35) beschrieben werden. Diese Techniken des Selbst, oder auch Selbsttechnologien, können an Regierungsziele gekoppelt werden.

„Regierung im Sinne Foucaults bezieht sich somit nicht in erster Linie auf die Unterdrückung von Subjektivität, sondern vor allem auf ihre ‚(Selbst-)Produktion‘, oder genauer: auf die Erfindung und Förderung von Selbsttechnologien, die an Regierungsziele gekoppelt werden können.“ (Bröckling et al. 2000, 29)

Der „Unternehmer seiner Selbst“ ist als eine solche Selbsttechnologie zu verstehen. Dieser kann als die neoliberale Spielart des homo oeconomicus beschrieben werden (vgl. Foucault 2006, 314). Im Gegensatz zum ursprünglichen Verständnis des homo oeconomicus als Partner in einem Tauschprozess, beschreibt Foucault den neoliberalen homo oeconomicus wie folgt: „Der

---

<sup>1</sup>Im Rahmen dieser Ausführungen verweist Foucault auch auf seine oft zitierte Abneigung, eine „Theorie des Staates“ aufzustellen. Darauf wolle er verzichten, „wie man auf eine schwer verdauliche Speise verzichten kann und muß(sic!)“ (Foucault 2006, 114).

*Homo oeconomicus* ist ein Unternehmer, und zwar ein Unternehmer seiner selbst. [...], der für sich selbst sein eigenes Kapital ist, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle“ (Foucault 2006, 314, Herv.i.O.). Die Bedeutung solcher Selbsttechnologien unterstreichen auch Miller und Rose (1994), wenn sie Selbstregulierung als „Schlüsselressource der modernen Regierungsformen“ beschreiben, welche „einige entscheidende Voraussetzungen für das Regieren auf liberal-demokratische Weise geschaffen haben“ (Miller und Rose 1994, 55). Hier rückt vor allem der gouvernementale Subjektbegriff in den Vordergrund. Das Subjekt ist aus dieser Perspektive keine Konstante, keine gegebene Einheit, sondern wird hervorgebracht. Bröckling formuliert dies wie folgt: „Das unternehmerische Selbst bezeichnet überhaupt keine empirisch beobachtbare Entität, sondern die Weise, in der Individuen als Personen adressiert werden, und zugleich die Richtung, in der sie verändert werden und sich verändern sollen.“ (Bröckling 2007, 46). Das Subjekt wird also erst in einem politischen Prozess konstruiert. Machtkonstellationen schreiben sich auf diese Weise in das Subjekt ein:

„Subjektivität wird als *Effekt* von vielfältigen Machtbeziehungen und -mechanismen verstanden. Macht wird damit zum integralen Konstitutionsmoment von Subjektivität, und das Subjekt wird zum fluiden und beweglichen Terrain, in dem sich Macht beständig herstellen und festsetzen muss.“ (Becksteiner und Rettenbacher 2012, 168, Herv.i.O.)

Für die Erläuterung von Selbstregierung ist auch der Begriff der Subjektivierung zentral. Subjektivierung ist jener Prozess, in dem „Individuen [...] zu (handlungsfähigen) Subjekten gemacht werden und sich selbst zu Subjekten machen“ (vgl. Kreisky 2012, 341). Im Sinne Foucaults meint der Begriff der Subjektivierung also „die Subjektwerdung im Zusammenspiel von Fremd- und Selbstregierung, die im Neoliberalismus von der Figur des unternehmerischen Selbst angeleitet wird“ (ebd.).

Auch der Begriff der Autonomie spielt eine entscheidende Rolle für die spätere Erörterung prekärer Verhältnisse. Denn Subjekte und deren Handlungsoptionen sind im neoliberalen Paradigma untrennbar damit verbunden, „einen spezifischen Gebrauch von diesen ‚Freiheiten‘ zu machen, sodass die Freiheit zum Handeln sich oftmals in einen faktischen Zwang zum Handeln oder eine Entscheidungszumutung verwandelt“ (Bröckling et al. 2000, 30). Mit Freiheiten sind hier jene Handlungszusammenhänge gemeint, wie sie sich beispielsweise durch die Figur des Unternehmers seiner Selbst ergeben. Weiter führen die Autor\*innen aus:

„Es geht also keineswegs um eine Ersetzung des Politischen durch das Persönliche, sondern um eine andere Form von Politik und den Entwurf neuer Selbsttechnologien: Warum sollte es nötig sein, individuelle Freiheiten und Gestaltungsspielräume einzuschränken, wenn sich politische Ziele wesentlich ‚ökonomischer‘ mittels individueller ‚Selbstverwirklichung‘ realisieren lassen? Entscheidend ist die

Durchsetzung einer ‚autonomen‘ Subjektivität als gesellschaftliches Leitbild, wobei die eingeklagte Selbstverantwortung in der Ausrichtung des eigenen Lebens an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen besteht.“ (Bröckling et al. 2000, 30)

Abschließend soll nun noch der Begriff der Biopolitik, der in engem Zusammenhang mit dem Liberalismus steht, erläutert werden. Mit der Biopolitik, deren Aufkommen Foucault mit dem 18. Jahrhundert ansetzt, rückt die Bevölkerung in den Blick der Regierung:

„Der Begriff der Biopolitik verweist hier auf die Entwicklung eines spezifischen politischen Wissens und neuer Disziplinen wie Statistik, Demografie, Epidemiologie und Biologie, die Lebensprozesse auf dem Niveau von Bevölkerungen analysieren, um Individuen und Kollektive mittels korrigierender, exkludierender, normalisierender, disziplinierender, therapierender oder optimierender Maßnahmen zu ‚regieren‘.“ (Lemke 2013, 14)

Regierung in der Biopolitik befindet sich im ständigen Bemühen, ein „zu viel“ an Regierung zu verhindern. Dieser Liberalismus ist Foucault zufolge also keine Gesellschaftsformation, keine Ideologie, sondern eine Praxis:

„Der Liberalismus ist also als Prinzip und Methode der Rationalisierung der Regierungsausübung zu analysieren – einer Rationalisierung, die, und hierin liegt ihre Besonderheit, der internen Regel maximaler Ökonomie gehorcht.“ (Foucault 2006, 436)

Nach dem Nachzeichnen zentraler Begrifflichkeiten aus den Gouvernementalitätsstudien widmet sich die Masterarbeit nun der zentralen Thematik des Erkenntnisinteresses: der Prekarisierung.

### **1.1.2 Prekarisierung als politisches Phänomen – Kritikpunkte am arbeitssoziologischen Diskurs**

Die Prekarisierungsdebatte wurde in den Sozialwissenschaften insbesondere durch Untersuchungen in den 1990er Jahren ausgehend von Frankreich und Italien angeregt (vgl. Armano et al. 2017, 1). In dieser arbeitssoziologischen Debatte können Pierre Bourdieu und Robert Castel als Hauptvertreter bezeichnet werden (vgl. Motakef 2015, 6; Lorey 2010a, 48; Janowitz 2006, Dörre 2017; Freudenschuß 2011).

Robert Castel (2000) beschreibt in seinem, für die sozialwissenschaftliche Prekarisierungsdebatte zentralen Buch *Metamorphosen der sozialen Frage* drei gesellschaftliche Zonen: die Zone der Integration, der Entkoppelung, und jene der Prekarität (vgl. Lorey 2010a, 52; Marchart 2013, 19ff). Die Zonen werden dabei nicht als statische Konstrukte verstanden. Gerade die Wechselwirkungen zwischen den Zonen und mögliche Übergänge von der einen in die andere Zone rücken in das Blickfeld der Castel’schen Analyse

(Castel 2000, 14). Insbesondere fokussiert Castel auf jene Übergänge beziehungsweise „Bevölkerungsgruppen [...], die von gesellschaftlicher Entwertung bedroht sind“ (ebd.), wodurch bereits eine Hierarchisierung der Zonen deutlich wird. Die Bedrohung, die in der aktuellen Gesellschaftsformation besteht, und zugleich das Ziel seiner Forschung, beschreibt Castel wie folgt:

„Heute bedeutet *abgesichert* zugleich eben auch *bedroht zu sein*. Die Herausforderung besteht also darin, die spezifische Konfiguration dieser ambivalenten Beziehungen zwischen Schutz und Unsicherheit, zwischen Versicherung und Risiko in der modernen Gesellschaft besser zu begreifen.“ (Castel 2005, 9, Herv. i. O.)

Was sowohl Bourdieu als auch Castel beschäftigte, war die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Mit dem Aufkommen atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse wird das Normalarbeitsverhältnis – hier als männliche Lohnarbeit, als Fixanstellung und Vollzeittätigkeit, abgesichert durch weibliche Sorgearbeit, gedacht – seltener. Wenngleich dem Prekären, mit-ausgelöst durch die Veröffentlichungen der beiden genannten Autoren, vermehrt wissenschaftliches Interesse zu Teil wurde, ist der Zeitpunkt der Vitalisierung der Debatte keineswegs gleichzusetzen mit dem Entstehen prekärer Lebensverhältnisse. Damit sind zwei analytische Probleme verbunden: erstens die Beschränkung von Prekarisierung auf prekäre Beschäftigung und infolgedessen zweitens die Reproduktion eines engen Verständnisses von Arbeit als männliche Lohnarbeit. Das Prekarisierungsverständnis nach Castel blendet jene Lebensbereiche aus, die bereits vor den 1990er Jahren prekär waren, „denn unsichere Beschäftigung wird von Castel erst als ein Problem formuliert, seit es zunehmend auch Männer betrifft“ (Motakef 2015, 7; vgl. auch Lorey 2012, 60). Mit dieser Einschränkung des Phänomens würde nicht nur Arbeit auf männliche Lohnarbeit beschränkt, sondern eben auch verschleiert, „dass sich Frauen bereits im männlichen Ernährermodell in prekären Lebenslagen befanden“ (Motakef 2015, 7). Ein solches Normalarbeitsverhältnis hatte zudem in manchen Bereichen erwerbstätiger Arbeit nie existiert, so etwa in der Sex-Arbeit oder für Kunst- und Kulturschaffende (vgl. ebd., 9f). Diese Kritikpunkte aus feministischer Perspektive finden sich auch in Debatten bewegungsorientierter Forschung zur Prekarisierung wieder (vgl. Freudenschuß 2011). Möchte man das Phänomen der Prekarisierung möglichst umfassend verstehen, scheint der Ausgangspunkt eines prekären Erwerbsverhältnisses somit problematisch, weshalb auch Marchart (2013, 22) die Notwendigkeit einer Erweiterung des Prekarisierungsverständnisses unterstreicht.

Auch das Verständnis prekärer Verhältnisse als Bedrohung ist problematisch und lässt sich mit dem Prozess der biopolitischen Immunisierung dechiffrieren. Darunter versteht Lorey „eine moderne Dynamik zur Legitimation und Sicherung von Herrschaftsverhältnissen“ (Lorey 2010a, 50). Allgemein kann der Prozess des Umgangs mit Bedrohungsszenarien als eine Bewegung der Hereinnahme in das Schützende verstanden werden. Zunächst findet jener diskursive Prozess statt, mit dem die Gefahr, die Bedrohung an den Rand der Gesellschaft positioniert wird. In einem zweiten Schritt wird dieses bedrohliche Übel gespalten: Ein Teil der Spaltung gilt als „integrierbar“, der andere als „unheilbar“ (vgl. ebd.). Der unheilbare Teil wird als tödlich für das Ganze der Gesellschaft konstruiert und müsse daher vollständig aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden (vgl. ebd.), während durch den Versuch der Integration des „heilbaren“ Teils die Bedrohung für die Gemeinschaft reduziert werden solle (vgl. ebd., 60). Dadurch, dass ein „neutralisiertes“ und „domestiziertes“ Gefahrenpotenzial (der „heilbare“ Teil) in die Gemeinschaft integriert wird, wird diese abgesichert; diesen Prozess versteht Lorey als Sicherheitstechnik, durch die unsichere Verhältnisse hervorgebracht und damit gleichzeitig legitimiert werden (vgl. ebd., 50).

Wenn prekäre Verhältnisse also als Bedrohung dargestellt werden, so ist dies ein solcher Prozess der Immunisierung; gefährdet ist der männliche (Staats-)Bürger, der durch die Immunisierung – in dem Fall also die Rückführung von einem prekären in ein abgesichertes Beschäftigungsverhältnis – geschützt werden solle (vgl. Lorey 2010a, 59f). Im Sinne dieser Argumentation führt Lorey aus: „Was bedroht und geschützt wird, sind in einem unmittelbaren Sinne immer der männliche Bürger, der männliche Arbeiter und das an ihm als Familienernährer ausgerichtete Normalarbeitsverhältnis“ (Lorey 2010a, 54). Ein solches Prekarisierungsverständnis kann als negative Definition verstanden werden, da sie prekäre Verhältnisse immer als Abweichung einer Norm, konkreter als Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis, versteht. Im folgenden Zitat stellt Lorey die Anwendung des Prozesses der biopolitischen Immunisierung auf das Castel'sche Verständnis von Prekarität dar:

„Soll das Auseinanderbrechen der Gesellschaft, die Sezession und das Abfallen eines ihrer Teile abgewehrt werden, muss ein Antidot gegen die grassierende Prekarität gefunden werden. In Castels Logik bestünde dieses Gegengift in der sichernden, das heißt die Gefahr neutralisierenden Integration und Partizipation der durch soziale Unsicherheiten Gefährdeten. Die ‚Entkoppelung‘ derer, die sich als nicht integrationsfähig herausstellen, bedrohte dann nicht mehr den Zusammenhalt der Gesellschaft als Ganzes.“ (Lorey 2010a, 51)

Lorey identifiziert also auch bei der Prekarisierungsdebatte, ausgehend von einem Verständnis der Prekarisierung als Bedrohung, diese beiden herrschaftssichernden Prozesse: der „Integration des neutralisierbaren, das heißt domestizierbaren ‚Anderen‘“ (Lorey 2010a, 51),

wie auch den Prozess des Ausschlusses des unheilbaren und nicht-integrierbaren Teils (vgl. ebd.).

Die Bedeutung dieses Prozesses der biopolitischen Immunisierung als Regierungstechnik kann nicht unterschätzt werden. Durch die Verwendung eines immunisierenden Prekarisierungsbegriffes tragen auch wissenschaftliche Untersuchungen zur Legitimierung ebendieser Regierungstechnik bei. So unterstreicht Lorey im folgenden Zitat nicht weniger als die Rolle der Wissenschaft als herrschaftskritisches Instrument:

„Sozial- wie gesellschaftswissenschaftliche Argumentationen, die sich eines immunologischen Paradigmas bedienen, legitimieren damit nicht selten die Re-Stabilisierung von vermeintlich unregierbar instabil gewordenen Verhältnissen und übersehen damit nicht zuletzt die gerade in solchen Brüchigkeiten entstehende Potenzialität für emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen.“ (Lorey 2010a, 60)

Ein Verständnis abseits des Bedrohungsszenarios des wissenschaftlichen und politischen Mainstreams kann es somit ermöglichen, Potenziale des Phänomens der Prekarisierung zu untersuchen. Durch eine solche Sichtweise „irritieren“ (Freudenschuß 2011, 433) bewegungsorientierte Forschungsansätze das Verständnis einer entpolitisierenden Wirkung, die dem Phänomen der Prekarisierung aus arbeitssoziologischer Perspektive zugeschrieben wird.

Auch in der deutschsprachigen arbeitssoziologischen Forschung wurden immunisierende Prekarisierungsbegriffe, vor allem jenes prominente Zonenmodell nach Castel, aufgenommen und weiterentwickelt. Brinkmann et al. (2006) gehen beispielsweise bereits in der Einleitung ihrer Studie auf die Problematik des Androzentrismus ein und führen aus, dass das Normalarbeitsverhältnis auf „der Vorstellung eines komplementären Haushalts“ (ebd., 10) basiert und darin Ungleichheitsverhältnisse insbesondere zwischen Männern und Frauen eingeschrieben sind. Die Autor\*innen folgern daraus, „[...] dass eine Überwindung der hierarchischen Konstruktion von Männer- und Frauenarbeit zwingend mit der Dekonstruktion jenes Normalarbeitsverhältnisses einhergehen muss, dem die Unterordnung weiblicher Arbeit eingeschrieben ist“ (ebd.). Sie verweisen hier ebenso auf Forschungsansätze, die in der Prekarisierung ein gewisses Potenzial zur Überwindung der im Normalarbeitsverhältnisse eingeschriebenen Ungleichheitsverhältnisse erkennen. In weiterer Folge kritisieren sie aber Ansätze, „die auf Teilhabe und Autonomiegewinn durch eine positive Flexibilisierung von Erwerbsarbeit setzen“ (ebd.), da diese Entwürfe die Bedeutung des durch die Prekarisierung bedingten Verlustes an Sicherheit übersehen würden. Kritisch ist hier anzumerken, dass diese Darstellung allerdings etwas zu kurz gegriffen scheint, insbesondere, wenn das Phänomen auf

prekäre Beschäftigung reduziert wird. Wenngleich Prekarisierung nicht nur als Bedrohung verstanden wird, bedeutet dies im Umkehrschluss nicht, dass Prekarisierung gar als positive Entwicklung zu verstehen sei, wie Brinkmann et al. (2006, 10) dies andeuten. Vielmehr solle das Phänomen ausgehend von seiner Ambivalenz betrachtet werden (vgl. Lorey 2012). Immunisierende, beziehungsweise negative Prekarisierungsbegriffe tragen somit die Engführung des Prekarisierungsphänomens auf den männlichen, *weißen* Arbeiter in sich.

Für die theoretische Weiterarbeit ist festzuhalten, dass der Kritik am arbeitssoziologischen Diskurs zur Prekarisierung zwei Punkte abzugewinnen sind. Erstens soll für die Definition prekärer Verhältnisse nicht nur ein Erwerbsarbeitsverhältnis den Ausgangspunkt darstellen, wie in Anlehnung an Marchart (2013) bereits ausgeführt wurde. In einem umfassenden Verständnis soll Prekarisierung als „ein alle Sozialbeziehungen umfassend formierendes Phänomen“ (Marchart 2013, 13) verstanden werden. Zweitens wurde ebenso aufgezeigt, dass ein negativer und immunisierender Begriff die Ambivalenz der Prekarisierung und somit auch deren Potenziale verkennt (vgl. Lorey 2012, 28). Negativ bezogen auf den Prekarisierungsbegriff meint hier nicht nur die Einschätzung der Auswirkungen des Phänomens der Prekarisierung und deren Konstruktion als Bedrohung, sondern vor allem negativ im Sinne von abzüglich, da prekäre Verhältnisse in dieser Vorstellung immer nur relational zum Normalarbeitsverhältnis gesehen werden.

### **1.1.3 Prekarisierung als umfassendes und ambivalentes Phänomen**

Wie nun prekäre Verhältnisse in Abgrenzung zu engeren beziehungsweise negativen Prekarisierungsbegriffen definiert werden können, soll im Folgenden besprochen werden. Dabei stütze ich mich vor allem auf Arbeiten von Isabell Lorey und ihre Ausführungen in Anlehnung an Judith Butler. Lorey stellt das Prekäre in drei Dimensionen dar: Prekärsein (*precariousness*), Prekarität (*precarity*) und gouvernementale Prekarisierung.

Angelehnt an Butler unterscheidet Lorey zunächst zwischen Prekärsein und Prekarität, zwei Dimensionen, die in engem Verhältnis zueinander stehen. Butler definiert *precariousness* als ontologische Dimension: alles Leben ist prekär, denn unser Leben ist grundlegend von der Verbundenheit mit anderen Menschen geprägt: „Prekärsein bezeichnet die Dimension eines existenziell Geteilten, eine nicht hintergehbare und damit nicht zu sichernde Gefährdetheit von Körpern, nicht nur weil sie sterblich, sondern gerade weil sie sozial sind“ (Lorey 2012, 25f). Aus dieser Gemeinsamkeit erwächst allerdings nicht automatisch ein Gleichheitsanspruch (vgl. ebd., 34). Wir können auch nicht unmittelbar auf diese Gemeinsamkeit zurückgreifen; das

Bewusstsein über dieses geteilte Prekäresein muss erst durch gemeinsame soziale und politische Praxis hervorgebracht werden (vgl. ebd.). Prekäresein ist also „die grundlegende Gefährdetheit als anhaltende Bedingungen des Sozialen und des Politischen“ (dies. 2010a, 49). Prekäresein als ontologische Dimension ist nicht als eine Bedrohung zu verstehen, die des Schutzes von außen, wie etwa durch den Staat bedarf (vgl. ebd.). Erst durch Herrschaft wird das Prekäresein mancher geschützt, das Prekäresein Anderer wiederum verstärkt. Dies ergibt sich durch die zweite Dimension des Prekären: Prekarität. Im Zusammenspiel mit dem Prekäresein zeigen sich unterschiedliche Formen von Herrschaft (vgl. dies. 2012, 28). Dies geschieht mittels der Prozesse des *Othering*:

„Die Klassifizierung des unhintergebar Geteilten produziert Ungleichheit. Prekarität lässt sich mithin als ein funktionaler Effekt eben jener politischen und rechtlichen Regulierungen verstehen, die gerade vor dem allgemeinen, dem existenziellen Prekäresein schützen sollten. In dieser Perspektive bedeutet Herrschaft die versuchte Absicherung mancher vor existenziellem Prekäresein, und zugleich basiert dieses Privileg des Schutzes auf einer differenziellen Verteilung von Prekarität auf all diejenigen, die als anders und als weniger schützenswert betrachtet werden.“ (Lorey 2012, 36f)

Prekarität beschreibt im Wechselspiel mit der ersten Dimension des Prekären eine „Positionierungen der Unsicherheit“ (vgl. ebd., 26). Wenngleich alles Leben also prekär im Sinne des Prekäreseins ist, so sprechen wir dennoch von unterschiedlicher Betroffenheit durch soziale Positionierungen über die Dimension der Prekarität. Diese Ausführungen zu den ersten beiden Dimensionen des Prekären geben nun schon einen Einblick in politikwissenschaftliches Nachdenken über prekäre Verhältnisse. Lorey (2012, 26) weist aber darauf hin, dass das Zusammenspiel von Prekäresein und Prekarität weder Subjektivierungsweisen noch Handlungsmöglichkeiten der Positionierten fassen kann.

Es bedarf demnach einer Erweiterung des Prekären um eine dritte Dimension, die Lorey als gouvernementale Prekarisierung bezeichnet. Durch diese Dimension wird verdeutlicht, dass prekäre Verhältnisse auch die Lebensführung und infolgedessen eine Verunsicherung der Körper und Subjektivierungsweisen betreffen (vgl. Lorey 2012, 27). Lorey entwirft das Konzept der gouvernementalen Prekarisierung in Anlehnung an den Foucault'schen Gouvernementalitätsbegriff. Die Dimension der gouvernementalen Prekarisierung macht deutlich, dass Prekarisierung eine Regierungstechnik darstellt. Den Zusammenhang zwischen Prekarisierung und Regierung erarbeitet Lorey zunächst in liberalen Gesellschaften, um in weiterer Folge auch den Wandel der Bedeutung von Prekarisierung im Neoliberalismus darzustellen.

Gouvernementale Prekarisierung wird also anhand des Verhältnisses von Liberalismus, Kapitalismus und Biopolitik entwickelt (vgl. Herzog 2013, 150). Durch die Praxis des

Liberalismus kam ein neues Regierungssubjekt auf, nämlich jenes der Bevölkerung (siehe auch Kapitel 1.1.1). In liberal-kapitalistischen Gesellschaften ab dem 19. Jahrhundert macht Lorey den Zusammenhang zwischen Regierung und Prekarisierung wie folgt fest: „Das mit allen geteilte Prekäresein wird in dieser gouvernementalen Dynamik zu beherrschen versucht, indem zugleich vor allem die gefährvollen ‚Anderen‘ als Prekäre an den ‚Rändern‘ gerastert und positioniert werden“ (Lorey 2012, 57). Motakef stellt Loreys Erweiterung des Prekären um eine dritte Dimension zusammenfassend wie folgt dar:

„Prekarität kann in dieser gouvernementalitätstheoretischen Lesart als ein Produkt liberaler Regierungsweisen verstanden werden, da durch sie Ungleichheitsverhältnisse etabliert wurden, die in sexualisierenden und rassifizierten Hierarchisierungen ihren Ausgangspunkt nehmen.“ (Motakef 2015, 18)

Im Neoliberalismus stellt Lorey dann eine Veränderung der Funktion der Prekären fest. Denn diese werden nun nicht mehr an den Rändern der Gesellschaft positioniert, sondern in der gesellschaftlichen Mitte verortet: „Prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse normalisieren sich gegenwärtig auf einer strukturellen Ebene und sind so zu einem grundlegenden gouvernementalen Regierungsinstrument geworden“ (Lorey 2012, 85). Gouvernementale Prekarisierung beschreibt also die Normalisierung prekärer Verhältnisse und Unsicherheit als Grundlage für neoliberale Regierungsweisen:

„Die Kunst des Regierens besteht gegenwärtig darin, ein wahrscheinlich nicht exakt zu kalkulierendes Maximum an Prekarisierung, das mit einem Minimum an Absicherung korreliert, auszutarieren und an dieser Schwelle dafür zu sorgen, dass das Minimum gesichert wird.“ (Lorey 2012, 88)

Auch Marchart (2013) blickt aus einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive auf das Phänomen der Prekarisierung, bezeichnet diese als „gouvernementale Technologie“ und hält fest, dass die zentrale Funktion von Prekarisierung als Regierungsweise die Ausbreitung marktförmiger Regierungslogiken in alle gesellschaftlichen Bereiche sei (vgl. Marchart 2013, 45). Prekarisierung aus der Sicht der Gouvernementalitätsstudien entfernt sich somit von einem vermeintlich rein ökonomischen, auf Erwerbsarbeitsverhältnisse bezogenes Verständnis des Phänomens.

„Aus der Perspektive der *governmentality studies* beschreibt Prekarität somit kein bloß ökonomisches Faktum, sondern eine von den einzelnen Subjekten in vielfältigen Formen der Selbstregierung und der ‚Technologien des Selbst‘ gelebte gouvernementale Technologie.“ (Marchart 2013, 43, Herv.i.O.)

Inwiefern ist dies dann als Regierungsweise, als ebenjene gouvernementale Technologie zu verstehen? Dies lässt sich sowohl anhand der Fremd-, als auch der Selbstregierung verdeutlichen. Der Zusammenhang von Selbstregierung und Prekarisierung zeigt sich „in den

Selbsttechnologien der Eingegliederten, die sich um Selbstverwirklichung, Selbstdarstellung und Selbstlenkung, drehen“ (Marchart 2013, 47). Für jene, die Marchart als „Marginalisierte“ beschreibt, darunter auch Erwerbsarbeitslose, beschreibt, wirkt Prekarisierung den neoliberalen Wohlfahrtsstaat als Fremddregierung: „Angehalten wird nun zur Rückübernahme von vormals solidarisch getragenen Vorkehrungspflichten durch aktive und selbstverantwortliche Individuen“ (ebd., 46). Bezogen auf staatliche Rahmenbedingungen kann zudem festgehalten werden:

„Man sieht, wie die durch die Individualisierung der Sicherungssysteme auf jeden einzelnen übertragene Verantwortung, mit sozialen und beruflichen Risiken selbst umgehen zu müssen, durch subjektivierende Strategien implementiert wird, die solche Risiken als Bereicherung und prekarierte Arbeitsbedingungen als Freiheit zur Selbstverwirklichung erfahrbar machen.“ (Marchart 2013, 50)

Anhand dieser hier vorerst exemplarisch angeführten Hinweise zu neoliberalen Regierungsweisen im Zusammenhang mit gouvernementaler Prekarisierung lässt sich bereits deren Unterschiedlichkeit ausmachen. Auf konkrete Regierungsweisen für die beiden Bereiche der Kulturproduktion und Erwerbsarbeitslosigkeit soll an späterer Stelle noch detaillierter eingegangen werden (siehe Kapitel 4). Diese erste Analyse von Prekarisierung als Regierungsweise weist bereits auf das Potenzial eines Vergleichs der beiden Bereiche hin. Zielsetzungen kollektiven Handelns können sich, so die Annahme dieser Masterarbeit, gegen diese durchaus unterschiedlichen Regierungsweisen richten. Ebenso können diese Regierungsweisen unterschiedliche Herausforderungen für kollektives Handeln bedingen.

Vergleich, denn diese Regierungsweisen können entscheidend für die Herausforderungen sein und der Umgang mit diesen Herausforderungen ist das Praxiswissen, das zugänglich gemacht werden soll. Aber auch die Zielsetzungen könnten sich darauf beziehen, genau jene Regierungsweisen zu hinterfragen – dies wiederum wird Grundlage für die Überlegungen einer Entprekarisierungspolitik im Rahmen der dritten Forschungsfrage sein. Warum genau diese zwei Bereiche? Weil einmal sehr auf Selbstregierung, einmal auf Fremddregierung.

Zuletzt soll nochmals die Bedeutung von Loreys Erweiterung des Prekären um eine dritte Dimension unterstrichen werden. Dadurch sollen vor allem Handlungsmöglichkeiten systematisch mitgedacht werden. Dabei unterstreicht sie, dass prekäre Verhältnisse keineswegs per se widerständiges Handeln bedingen. Das Ausbleiben widerständigen Handelns kommt einer Unterwerfung unter die Verhältnisse gleich und trägt somit zur Normalisierung prekärer Verhältnisse bei (vgl. Lorey 2012, 28f). Dies bezeichnet Lorey als Arrangements mit

Unsicherheit. Durch diese Erweiterung werden also Handlungsmöglichkeiten sichtbar, die zwar nicht immer, in manchen Fällen aber doch wahrgenommen werden. Mit ihrem Konzept schlägt Lorey „eine Verschiebung des gesamten Begriffsystems vor, die Subjektivierungsweisen, Handlungsmöglichkeiten und politische Kämpfe systematisch in die Analyse einbeziehen soll“ (2010a, 50).

#### **1.1.4 Neoliberale Herrschaft strukturiert durch Prekarität**

Im vorhergehenden wurde erläutert, dass Prekärsein allen Menschen gemeinsam ist, Prekarität aber ungleich verteilt ist. Dieser Begriff der ungleichen Verteilung beschreibt nichts Geringeres als Herrschaft, die sich im Verhältnis der ersten beiden Dimensionen des Prekären zeigt. Unter Herrschaft oder Herrschaftsverhältnissen werden „hierarchizing categories, structural discrimination, belonging and exclusion“ (Lorey 2017, 200) verstanden. Prekarität ist demnach eine gesellschaftliche Positionierung: „precarity designates the conditions of domination that are divided up and distributed through protection, care, and safeguarding.“ (ebd.). Angelehnt an Butler und Lorey ließe sich Prekarität auch wie folgt definieren: “[...] precarity is thus the consequence of an unequal distribution of protection within society, which leaves some groups more exposed to precariousness than others” (Alberti et al. 2018, 449). Besonders deutlich wird der prozesshafte Charakter des Phänomens durch die dritte Dimension des Prekären, der gouvernementalen Prekarisierung. Nichtsdestotrotz ist es meiner Lesart nach wichtig, auch Prekarität als einen Prozess zu verstehen, nämlich den Prozess verfestigender Herrschaftsverhältnisse, in denen Selbst- und Fremdregierung zur Normalisierung prekärer Verhältnisse beitragen. Wird Prekarität als Gegebenheit wahrgenommen, vor der die Bevölkerung geschützt werden müsse, werden die Herrschaftsverhältnisse nicht als solche dechiffriert. Weder deren Konstituierung, noch die Möglichkeit ihrer Veränderung würden hier deutlich. Dieser Prozess im Zusammenspiel der ersten beiden Dimensionen des Prekären wird meines Erachtens auch in den Ausführungen von Maribel Casas-Cortés sichtbar. In ihrem Artikel formuliert sie treffend, dass Prekarität als „toolbox“, als Werkzeugkiste verstanden werden kann (vgl. Casas-Cortés 2014). Das bedeutet für die Autorin: „it acts more as a point of departure than as a final solution“ (ebd., 221). Ganz ähnlich formuliert auch Clara Han: „Precarity here does not seem to be the end of the story, but rather the beginning“ (Han 2018, 332). Mit Prekarität als Ausgangspunkt und Konzept für eine Analyse können demnach verschiedene Themen bearbeitet werden, von der Krise des Wohlfahrtsstaates, neue Arbeitsarrangements, migrantische Arbeit, Gender in Form von Privilegierungs- und

Benachteiligungsregimen bis hin zu einer Reformulierung des Politischen (vgl. Casas-Cortés 2014; Völker und Amacker 2015, 7ff).

Ein immunisierender Begriff, wie in Kapitel 1.1.2 dargestellt, würde Herrschaftsverhältnisse zum Teil auch verschleiern. Millar nennt hier explizit „racial, class, and gender inequalities” (Millar 2017, 7), die Gefahr laufen, verschleiert zu werden. Denn durch die neoliberale Transformation wurden „patriarchal heterosexual gender arrangements” nicht aufgelöst oder transformiert, sondern nur teilweise verschoben. In weiterer Folge bedeutet dies also, dass alte Ungleichheiten weiter fortgeschrieben werden (Lorey 2017, 204). Die neoliberale Transformation brachte einen Umbau der Sozialstaaten mit sich, damit lösten sich die bisherige Ungleichheitsverhältnisse aber keinesfalls auf. So schreiben sich beispielsweise vermeintlich geschlechtsneutrale Politiken in eine nach wie vor nicht geschlechtergerechte Ordnung ein. Prekarisierung ist zwar mittlerweile ein geschlechterübergreifendes, aber keinesfalls ein geschlechtsneutrales Phänomen. Werden solche Zusammenhänge nicht erkannt, werden wiederum politische Kämpfe desartikuliert (vgl. Pühl 2008). Es geht darum, „den vermeintlich geschlechtsneutralen Charakter ökonomischer Re-Regulierung als eine Regierungsrationalität zu verstehen, die strukturierende soziale Kämpfe und soziale Differenzen unsichtbar macht und desartikuliert“ (ebd., 122).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Prekarität dazu beitragen kann, Herrschaftsverhältnisse aufzuzeigen und diese vor allem als veränderbar wahrzunehmen. Dass Prekarität im Sinne einer gesellschaftlichen Positionierung als Ausgangspunkt für eine Analyse verstanden werden kann, versucht auch diese Masterarbeit mit der Untersuchung zweier (unterschiedlich positionierter) prekärer Bereiche umzusetzen, da ausgehend von der Prekarität dieser Bereiche kollektives Handeln untersucht werden soll.

### **1.1.5 EuroMayDay: Protestbewegung gegen Prekarisierung**

In den vorhergehenden Kapiteln wurde aufgezeigt, dass enge Prekarisierungsbegriffe den Blick auf Herrschaftsverhältnisse verstellen und somit auch das Potenzial für politische Kämpfe verkennen. Dass kollektives Handeln unter prekären Bedingungen aber durchaus möglich ist, verdeutlicht die EuroMayDay-Bewegung. Dieses Kapitel beantwortet erstens die Frage, was die EuroMayDay-Bewegung ist, und welchen Stellenwert diese für die vorliegende Untersuchung hat. Zweitens wird mit der Darstellung dieser sozialen Bewegung in diesem Kapitel bereits eine Brücke zu Kapitel 1.2 geschlagen, das auf Begriffsbestimmungen und Analysemöglichkeiten kollektiven Handelns abzielt.

Die EuroMayDay-Bewegung kann als eine transnationale, postidentitäre soziale Bewegung (vgl. Marchart 2013, 26f) oder auch als ein Netzwerk beschrieben werden, das sich im und um den Widerstand gegen Prekarisierung herausbildete. Die Bewegung ist nicht auf einen prekären Bereich beschränkt, sondern versucht, über ein umfassendes Verständnis von Prekarisierung das geteilte Prekärsein aller Menschen über politische Praxis zugänglich zu machen. Dabei werden „politische Anliegen nicht an eine Identität geknüpft“ (Motakef 2015, 122), was durch den Begriff postidentitär ausgedrückt werden soll. Es sollen vielmehr:

„[...] mit *Foucault* gesprochen, die Subjektivierungsweisen als solche infrage gestellt werden. Hinterfragt werden Arten und Weisen, wie Individuen als bestimmte Subjekte adressiert – und gouvernementalitätstheoretisch gesprochen – *regiert* werden.“ (Motakef 2015, 122, Herv. i. O.)

Die EuroMayDay-Bewegung ist also ein ausgezeichnetes Praxisbeispiel für die hier angeführten theoretischen Annahmen der vorhergehenden Kapitel.<sup>2</sup> Ein weiteres Beispiel für prekären Protest ist das politische Forschungsprojekt *Precarias a la deriva*, das Sorgearbeit ins Zentrum seiner Arbeit rückt. Das Kollektiv fordert daher sogenannte Sorgestreiks. Damit ist aber kein Aussetzen der Tätigkeiten gemeint, sondern ein Ins-Zentrum-Rücken von Sorgearbeit, um so die bestehende Ordnung zu unterbrechen und zu bestreiken (vgl. *Precarias a la deriva* 2014; Lorey 2012, 123).

Nun stellt sich die Frage, warum nicht schlicht die EuroMayDay-Bewegung untersucht würde, da in dieser Bewegung auch dieser Masterarbeit zugrundeliegenden theoretischen Annahmen des Prekären aufgegriffen werden und sich die Strategien dieser sozialen Bewegung daran orientieren. Bezugnehmend auf die transnationalen Aktivitäten der Bewegung, wurde in der Literatur angemerkt, dass sich das Netzwerk zerstreut habe (vgl. Motakef 2015, 122). Diese Annahme wurde auch von

, einem der Mitbegründer\*innen der EuroMayDay-Bewegung in Österreich, in einem Interview im Rahmen dieser Masterarbeit so bestätigt<sup>3</sup>.

Welche Bedeutung hat die EuroMayDay-Bewegung nun für die empirische Untersuchung im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit? Anspruch dieser Masterarbeit ist unter anderem, theoretische Überlegungen mit aktueller politischer Praxis zu verknüpfen. Daher sollen

---

<sup>2</sup> Dabei soll nicht ausgeblendet werden, dass die hier angeführten Theorien, insbesondere die Arbeiten von Lorey und Marchart immer einen starken Bezug zur politischen Praxis sozialer Bewegungen aufweisen.

<sup>3</sup> Das Interview mit Rainer Hackauf diente als Pre-Test für den Leitfaden, welcher in weiterer Folge für die Initiativen herangezogen wurde. Auf die methodische Herangehensweise wird in Kapitel 2, auf die Erstellung des Leitfadens selbst in Kapitel 6 eingegangen.

Organisationen und Initiativen untersucht werden, die aktuell in Österreich tätig sind. Die hier vorgestellten Ansätze der Prekarisierungstheorie liefern gerade für die Analyse der EuroMayDay-Bewegung viele wichtige Anhaltspunkte und konnten durch die politische Praxis ebendieser auch weiterentwickelt werden. In der vorliegenden Masterarbeit sollen hingegen Organisationen untersucht werden, die zwar in prekären Bereichen, namentlich der Kulturarbeit und der Erwerbsarbeitslosigkeit, tätig sind. Deren Ausgangspunkt ist aber nicht zwingend das Prekarisierungsphänomen, welches auch dementsprechend benannt wird, sondern politische Missstände und Ungleichheiten in dem jeweiligen Bereich. Auf die konkrete Fallauswahl der im Rahmen dieser Masterarbeit untersuchten Organisationen soll in Kapitel 3 nochmals eingegangen werden.

### **1.1.6 Besonderheiten prekärer Verhältnisse**

Wie bereits erläutert, liegt dieser Masterarbeit ein umfassendes Prekarisierungsverständnis zugrunde. Dass aber dennoch Unterschiede zwischen den verschiedenen Unsicherheitslagen relevant sein können, unterstreicht auch Mona Motakef. Sie stellt die Frage danach, wie sich in so weit gefassten theoretischen Konzepten wie der Prekarisierungsgesellschaft nach Marchart (2013) „graduelle Unterschiede in Unsicherheitslagen ausweisen“ (Motakef 2015, 138) lassen. Diese „graduellen“ Unterschiede, sollen hier eher als qualitative Unterschiede aufgefasst werden. Es geht nicht um eine graduelle Darstellung im Sinne einer linearen Vorstellung prekärer Verhältnisse, wie prekär die gesellschaftlichen Bereiche sind, sondern vielmehr darum, *auf welche Weise* sie prekär sind. Qualitative Unterschiede beziehen sich hier also auf Eigenschaften und Besonderheiten prekärer Verhältnisse in den beiden gesellschaftlichen Bereichen.

Ausgehend von einem umfassenden Prekarisierungsbegriff birgt dieser Vergleich und die damit einhergehenden Annahme der Unterschiedlichkeit prekärer Bedingungen natürlich auch potenzielle Gefahren für die Realisierung einer Untersuchung. Darauf weist auch Lorey (2010a) hin:

„Niemand hat hier Interesse daran, die Differenzen unter den Prekären zu negieren, viel eher wird bei aller Unterschiedlichkeit nach Bündnisstrategien und Allianzen gesucht, die Grenzziehungen durch Gruppenkonstruktionen oder sozialwissenschaftliche Kategorisierung nicht reproduzierend verfestigen, wie es bei rasternden Klassifizierungen in unterprivilegierte Prekäre und Luxusprekäre, mitsamt den jeweiligen Zuordnung von MigrantInnen, illegalisierte Personen auf der einen und den kreativ Arbeitenden auf der anderen Seite geschieht.“ (Lorey 2010a, 72)

Das Zitat unterstreicht zunächst, dass ein umfassender und ambivalenter Prekarisierungsbegriff keineswegs Unterschiede prekärer Verhältnisse unterschlägt. Der Fokus liegt aber nicht darauf, diese Unterschiede kategorisierend herauszuarbeiten. Im Zentrum der Untersuchung steht nicht Gruppe als Kategorie, sondern die Art der Regierung, wie prekäre Verhältnisse in einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich hergestellt wird. Des Weiteren wird hier auch der Aspekt von Bündnissen und Allianzen in den Vordergrund gerückt.

### **1.1.7 Zwischenfazit**

Wie einleitend bereits erwähnt, soll das folgende Kapitel nun die erarbeiteten theoretischen Aspekte analytisch zusammenfassen und deren Bedeutung für die weitere Untersuchung aufzeigen.

*Erstens* ermöglicht ein umfassendes Prekarisierungsverständnis die Untersuchung jener Bereiche, die auch vor der Prekarisierung des Normalarbeitsverhältnisses bereits prekär waren, beziehungsweise jener Bereiche, in denen zwar ohne Zweifel prekäre Verhältnisse vorherrschen, jedoch nicht zwingend ein prekäres Beschäftigungsverhältnis vorliegt. Dazu zählen auch die Bereiche der Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit, auf die in den hier zitierten Werken zur Prekarisierungstheorie an vielen Stellen verwiesen wird.

*Zweitens* lenkt ein ambivalentes Prekarisierungsverständnis, das Prekarisierung nicht nur als Bedrohung versteht, den Blick Potenziale für gesellschaftlichen Wandel – insbesondere wurde hier auf das Potenzial der Organisation verwiesen. Daher sollen im Rahmen dieser Masterarbeit genau jene Fälle in den Blick genommen werden, in denen dieses Potenzial erkannt und realisiert wurde.

Wie Prekarisierung definiert wird, hat auch damit zu tun, wie die politische Bearbeitung prekärer Verhältnisse aussehen kann. So stellt sich *drittens* die Frage nach der Entprekarisierungspolitik. In den Erläuterungen zum Prozess der biopolitischen Immunisierung als auch der Ablehnung eines negativen Prekarisierungsverständnisses (siehe Kapitel 1.1.2) wurde diese Fragestellung bereits angedeutet. Wenn Prekarisierung nicht auf prekäre Beschäftigung reduziert wird, also als die Abweichung einer Norm (des Normalarbeitsverhältnisses), können auch zusätzliche, absichernde Regelungen im bestehenden Sozialstaat nicht als einzige Lösung im Sinne einer Entprekarisierung dienen. Denn auch hier würde wieder nur eine von der vermeintlichen Norm abweichende Beschäftigungsform in den Blick genommen, nicht aber prekäre Verhältnisse an sich. Wie eine solche Entprekarisierungspolitik ausgehend von Bereichen, in denen nicht zwingend ein

prekäres Beschäftigungsverhältnis vorliegt, aussehen kann, soll im Rahmen dieser Masterarbeit erarbeitet werden.

Der gouvernementale Blick auf das Phänomen rückt vor allem auch Regierungsweisen in den Fokus. In Kapitel 4 soll noch genauer auf die Regierungsweisen der hier untersuchten Bereiche eingegangen werden. Diese Regierungsweisen können sich durchaus hinderlich für kollektives Handeln darstellen, da sie die angesprochenen Arrangements mit Unsicherheit bedingen können. Vor diesem Hintergrund entsteht *viertens* die Frage nach spezifischen Herausforderungen für die jeweiligen Bereiche. Prekarisierung wird aus gouvernementalitätstheoretischer Perspektive in einem Wechselspiel aus Selbst- und Fremddregierung verstanden. Zudem soll aber vor allem auch der Umgang mit den Herausforderungen thematisiert werden, um so auch durch Strategien aus der Praxis für weitere wissenschaftliche Auseinandersetzungen als auch die Praxis von Interessenvertretungen in prekären Bereichen sichtbar zu machen.

*Fünftens* konnten erste Schlüsse für den Untersuchungsgegenstand gezogen werden. Die Bedeutung der Dimension der Prekarität als Ausgangspunkt dieser Masterarbeit wurde in Kapitel 1.1.4 verdeutlicht. Wie in Kapitel 1.1.5 aufgezeigt wurde, ist die Annahme, dass auch in und aus prekären Verhältnissen heraus Potenzial für kollektives Handeln entsteht, auch bereits politische Praxis geworden, so etwa in der EuroMayDay-Bewegung. In dieser Masterarbeit sollen Initiativen in den Blick genommen werden, die sich nicht zwingend vor einem umfassenden Verständnis von Prekarisierungsprozessen herausgebildet haben, sondern ihre Arbeit auf politische Missstände und Ungleichheiten in dem jeweiligen Bereich fokussieren.

In Kapitel 1.1.6 wurde nochmals auf die Unterschiedlichkeit prekärer Lagen eingegangen, wengleich der Ausgangspunkt das geteilte Prekärsein, die erste Dimension des Prekären, ist. So rücken neben Gemeinsamkeiten auch Unterschiede der Ziele und Herausforderungen zwischen den Organisationen der beiden Bereiche in den Blick.

Diese Masterarbeit untersucht nicht nur Prekarisierung als Phänomen, sondern auch kollektives Handeln beziehungsweise Handlungsmöglichkeiten in prekären Bereichen. Daher sollen im folgenden Kapitel der Handlungsbegriff diskutiert, sowie bisherige, für diese Masterarbeit relevante, empirische Studien zum Thema dargelegt werden.

## **1.2 Ein politikwissenschaftlicher Blick auf kollektives Handeln**

Ausgehend von der Forschungsfrage muss es auch Ziel dieser Masterarbeit sein, zu definieren, was genau unter kollektivem Handeln verstanden wird. Politikwissenschaftliche Handlungstheorien, insbesondere das Verständnis von menschlichem Handeln nach Hannah Arendt, bilden hier den Ausgangspunkt der Auseinandersetzung. In der kritischen Diskussion von Arendts Standpunkt wird das grundlegende Handlungsverständnis dieser Masterarbeit entwickelt. Des Weiteren wird die Untersuchung von Interessenvertretungen in der informellen Ökonomie miteinbezogen. Auch diese Studien liefern konkrete Anhaltspunkte für die Untersuchungsdimensionen dieser Masterarbeit.

### **1.2.1 Eine kritische Diskussion des Handlungsbegriffes nach Arendt**

Denkt man politikwissenschaftlich über kollektives Handeln nach, stößt man unweigerlich auf die Dreiteilung menschlicher Tätigkeiten nach Hannah Arendt: Arbeiten, Herstellen, Handeln, wobei sie letzterem die größte Bedeutung beimisst. Für Arendt steht Handeln in engem Zusammenhang mit dem öffentlichen Raum. Auch ihr Politikbegriff basiert stark auf kollektivem Handeln (vgl. Falter 2012, 73).

Vor allem drei Punkte sollen hinsichtlich Arendts Handlungsverständnis hier unterstrichen werden: Erstens findet Handeln immer zwischen Menschen statt. Zweitens ist Handeln als menschliche Tätigkeit nicht auf ein Mittel zum Zweck zu beschränken, sondern ist in seinem Ausgang unabsehbar. Drittens entsteht durch Handeln Öffentlichkeit. (vgl. Arendt 2013, 213-317)

Hannah Arendt entwickelt ihren Standpunkt zu menschlichem Handeln im Kontext der griechischen Polis, in welcher „der öffentlich-politische Raum den männlichen Vollbürgern vorbehalten war, die befreit von der Sorge um die wirtschaftliche Existenzsicherung als Freie und Gleiche die allgemeinen Angelegenheiten erörtern“ (Straßenberger 2015, 61). Die griechische Polis als „systematischer Bezugspunkt“ (ebd.) und Grundlage für die Überlegungen zur Dreiteilung Arbeiten, Herstellen, Handeln kann somit durchaus als problematisch bezeichnet werden. Sklaverei und der Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Raum als Basis der Polis geben daher immer wieder Anlass für die Kritik an Arendts theoretischen Abhandlungen. Auch in diesem Kapitel wird Arendts Handlungsbegriff kritisch diskutiert.

Folgt man Arendts Verständnis der Tätigkeit des Handelns, findet dieses immer zwischen Menschen statt. So können wohl Einzelne handeln, nicht aber, ohne dass andere mit-handeln oder dulden. Es muss demnach nicht jedes Handeln kollektiv sein, es findet aber immer zwischen Menschen, also gewissermaßen *in* einem Kollektiv statt. Dabei zieht Arendt eine Parallele zum Herstellungsprozess:

„So wie das Herstellen der Umgebung der Natur bedarf, die es mit Material versorgt, und einer Umwelt, in der das Fertigfabrikat zur Geltung kommen kann, so bedarf das Handeln und Sprechen der Mitwelt, an die es sich richtet [...]; das Handeln und Sprechen vollzieht sich in dem Bezugsgewebe zwischen den Menschen, das seinerseits aus Gehandeltem und Gesprochenem entstanden ist, und muß (sic!) mit ihm in ständigem Kontakt bleiben.“ (Arendt 2013, 234)<sup>4</sup>

Des Weiteren vertritt Arendt auch einen Handlungsbegriff, der sich entschieden von einer Vorstellung menschlichen Handelns ausschließlich als Mittel zum Erfüllen einer vorab bestimmten Finalität distanziert. Handeln in diesem Sinne ist also nicht ein Mittel zum Zweck. Denn Handeln verfolgt nicht wie der Herstellungsprozess das Hervorbringen eines vorab klar definierten Produkts (vgl. Arendt 2013, 219; 293). Hierin wird deutlich, dass die drei Tätigkeiten (Arbeiten, Herstellen, Handeln) Arendt zufolge nicht ineinandergreifen oder sich überschneiden. Sie werden klar voneinander getrennt ausgeübt und ebenso getrennt sind auch die Sphären, denen Arendt diese Tätigkeiten zuordnet. Auch rezente Publikationen greifen dieses Verständnis menschlichen Handelns, das sich von einer Zweck-Mittel-Kategorie distanziert, wieder auf, ohne zu verkennen, dass sich Handeln an einem Ziel orientieren kann oder dazu dienen kann, „eine Norm umzusetzen“ (Kajewski 2018, 268). Dies sei in Anlehnung an Arendt aber nicht das wesentliche Kennzeichen des Handelns (vgl. ebd.), so Mareike Kajewski in ihrem Beitrag zu Kollektivität und Revolution. Denn Handlungsprozesse sind unabsehbar, ihr Zweck ist nicht von vornherein definiert – sie werden oft erst dann klar, „wenn das Handeln selbst an seinen Abschluß (sic!) gekommen ist“ (Arendt 2013, 240). Im Anschluss an dieses Handlungsverständnis, folgern Telios und Kajewski (2018) in der Einleitung derselben Ausgabe der *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaften*<sup>5</sup>, dass sich aus einer kollektiven Praxis, neue Ziele, sowie neues Wissen entwickeln können. Kollektive Praktiken

---

<sup>4</sup> In diesem Zitat wird deutlich, dass Handeln und Sprechen für Arendt eng miteinander verwandt sind. So sind es die beiden Tätigkeiten des Handelns und des Sprechens, durch die sich die Menschen aktiv voneinander unterscheiden (vgl. ebd., 214). Zugleich gibt es kein Handeln ohne Worte, „weil es ein Handeln ohne Handelnden wäre“ (ebd., 218). Das Gesprochene dient aber nicht nur dazu, den Bedeutungszusammenhang, in dem gehandelt wird, darzulegen, sondern vor allem dazu, die Handelnden zu identifizieren (vgl. ebd.). Dieser Aspekt ist zwar zentral für Arendts Handlungsverständnis, kann aber im Rahmen dieser Masterarbeit nicht ausführlicher aufgegriffen werden.

<sup>5</sup> Die übergeordnete Fragestellung aller Beiträge dieser Ausgabe lautet, wie durch kollektives Handeln eine Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse gelingen könnte.

können das Merkmal haben, „dass ihre Ziele und ihr Wissen nicht nur bzw. nicht vorwiegend intentional entstehen. Vielmehr generieren sie Wirk- und Transformationsprinzipien, die Ziele und Wissen aus sich selbst heraus – d.h. aus der kollektiven Praxis – entwickeln“ (Telios und Kajewski 2018, 11). Für eine Untersuchung mit diesem Handlungsverständnis steht also weniger das Erreichen eines bestimmten Zieles im Vordergrund, sondern eher die Art der Ziele, wie diese zustande kommen und sich durch die Praxis verändern. Ziele, als auch einzelne Forderungen werden also im Handlungsprozess mitgedacht.

Der dritte zentrale Punkt Arendts Konzeption menschlichen Handelns betrifft den Zusammenhang von Handeln und Öffentlichkeit. So steht Handeln „nicht nur im engsten Verhältnis zu dem öffentlichen Teil der Welt, den wir gemeinsam bewohnen, sondern ist diejenige Tätigkeit, die einen öffentlichen Raum in der Welt überhaupt erst hervorbringt“ (Arendt 2013, 249). Dabei hält Arendt an einer Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit fest, wodurch sich ihre Theorie für feministische Wissenschaft als sperrig erwiesen hat (vgl. Lang 2004, 75). Drüeke und Klaus (2010) weisen darauf hin, dass die Gefahr groß sei, den Dualismus von Privatheit und Öffentlichkeit und „ihre Bindung an den Geschlechterdualismus“ (Drüeke und Klaus 2010, 244) zu übernehmen, wenn Arendts Analysen als theoretische Grundlage herangezogen würden (vgl. ebd., 247). Aus dieser Kritik heraus wurden aus feministischer Perspektive Versuche angestellt, Arendts Theorie kritisch weiterzuentwickeln. Einen solchen Beitrag leistet Seyla Benhabib. Mittels des Begriffs des phänomenologischen Essentialismus kritisiert Benhabib (1994) Arendts Zuordnung der verschiedenen Tätigkeiten zu ausschließlich einer Sphäre; die jeweilige menschliche Betätigung habe „einen ihr zugehörigen Ort in der Welt“ (Arendt 2013, 90). Damit gehe Benhabib zufolge auch eine inhaltliche Beschränkung jener Themen einher, die Gegenstand öffentlichen Interesses sein könnten. So argumentiert Benhabib, dass auch

„[...] Produktivitätsvorgaben in der Fabrik, also zum Beispiel wieviele (sic!) Mikrochips ein Arbeiter pro Stunde herstellen soll, zum Gegenstand öffentlichen Interesses werden, wenn die Legitimation derjenigen, die die Vorgaben festlegen, ihr Recht, das zu tun, und ihre Begründungen dafür angezweifelt werden.“ (Benhabib 1994, 284)

Für Benhabib bedeutet das in weiterer Folge auch, dass „typisch weibliche Tätigkeiten wie die Hausarbeit, die Sorge für die emotionalen und sexuellen Bedürfnisse des Körpers, das Gebären und Aufziehen von Kindern“ (Benhabib 1994, 286) Gegenstand einer öffentlichen Angelegenheit sein können. Benhabib schlägt ausgehend von Arendts Assoziationsmodell der Öffentlichkeit, also dem Verständnis von öffentlichem Raum, in dem im Einverständnis

gehandelt wird (vgl. ebd., 280), eine dialogische und prozedurale Konzeption des öffentlichen Raums vor:

„Wichtig ist hier nicht so sehr, *was* Gegenstand des öffentlichen Diskurses ist, vielmehr die *Art und Weise*, wie dieser Diskurs stattfindet [...]. Vom Standpunkt dieses prozeduralen Modells sind weder die Unterscheidung zwischen dem Gesellschaftlichen und dem Politischen noch die zwischen Herstellen, Arbeit und Handeln wirklich relevant. Entscheidend sind die reflexive Thematisierung von Streitfragen durch alle die, die von deren absehbaren Konsequenzen betroffen sind, und die Anerkennung ihres Rechts, so zu handeln.“ (Benhabib 1994, 285, Herv.i.O.)

Folgt man der Kritik Benhabibs lässt sich der öffentliche (oder private) Raum also nicht entlang einer Tätigkeit festlegen, die darin stattfindet (also Herstellen, Arbeiten oder Handeln). Entscheidend ist Benhabib zufolge „die reflexive Thematisierung von Streitfragen“ (Zitat siehe oben), das Infragestellen und Anzweifeln.

Mit dem von Benhabib kritisierten Essentialismus von Arendt geht auch eine Trennung von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Belangen einher. Dies lässt sich auch anhand Arendts Überlegungen zu der Frage verdeutlichen, ob die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts als revolutionär bezeichnet werden könne. Hierbei plädiert Arendt für eine Trennung von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen. Eine Trennung dieser Forderungen als auch der politischen und gewerkschaftlichen Organisation habe in der Arbeiterbewegung nie stattgefunden (vgl. Arendt 2013, 273f). Wie in Kapitel 1.1.2 bereits festgehalten wurde, begreift ein umfassendes Verständnis Prekarisierung diese als ein alle sozialen Beziehungen durchdringendes Phänomen. Es findet somit an der Schnittstelle und im Ineinandergreifen von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen statt. Arendts Trennung dieser Gegenstände steht somit im Widerspruch zu dem bereits dargelegten Ansatz dieser Masterarbeit. Daher greift diese Masterarbeit nicht auf Arendts Politikverständnis zurück, sondern verfolgt einen weiteren, emanzipatorischen Politikbegriff. Politik wird daher als gesellschaftliches Handeln verstanden (vgl. Lang 2004, 69). Auf das von Benhabib bearbeitete Thematisieren von Streitfragen wird auch in anderen Beiträgen zum Politischen eingegangen. So weist beispielsweise Falter (2012) auf den Prozess des Politisierens nach Greven hin: „Politisiert wird etwas dadurch, dass es auf gesellschaftlicher Ebene [...] als entscheidbar und entscheidungsbedürftig erkannt und mit einigem Erfolg propagiert wird“ (Greven 2010, 69). Falter (2012) führt weiter aus:

„Durch diese Politisierung werden Phänomene, Strukturen, Ideen, Konzepte etc. zum Gegenstand öffentlicher Debatten und damit auch in ihrer relativen Kontingenz angesichts gesellschaftlicher

Strukturen sichtbar gemacht, als transformierbar thematisiert und manchmal auch verändert.“ (Falter 2012, 70)

Dieses Verständnis von Politisierung und die Kritik an Arendts Essentialismus ist insbesondere für die Fallauswahl dieser Masterarbeit relevant.

Abschließend lässt sich also Folgendes unterstreichen: Arendt versteht Handeln als zwischenmenschliche Tätigkeit, die sich nicht auf ein Mittel zum Zweck beschränken lässt. Arendts Perspektive, dass Handeln Öffentlichkeit herstelle, wurde ausgehend von der feministischen Kritik am Dualismus von Öffentlichkeit und Privatheit kritisiert. Dahingegen wurde eine Konzeption des Handelns vorgestellt, die sich nicht auf den Gegenstand im Sinne der Dreiteilung Arbeiten, Herstellen und Handeln fokussiert, sondern auf die Art, wie ein Gegenstand in den öffentlichen Raum eingebracht, somit also politisiert wird. Dieses Kapitel hat versucht darzulegen, warum der Handlungsbegriff nach Arendt sich als hilfreich und gleichermaßen problematisch für das Erkenntnisinteresse dieser Masterarbeit erweist.

Welche Bedeutung hat nun dieses Handlungsverständnis für die weiteren Ausführungen, sowie die empirische Untersuchung dieser Masterarbeit? Durch ein Handlungsverständnis, das Handeln nicht als Mittel zum Zweck versteht, werden die Zielsetzungen von Akteur\*innen im Feld relevant, da sie nicht nur einen Endpunkt markieren im Sinne des Erreichens des Ziels, sondern im Handlungsprozess selbst mitgedacht werden.

### **1.2.2 Organisation der Prekären: Erkenntnisse aus der informellen Ökonomie**

Auf prekären Protest und hierbei insbesondere auf die EuroMayDay-Bewegung wurde bereits in Kapitel 1.1.5 eingegangen. Diese Ausführungen bezogen sich konkret auf bestehende Untersuchungen zu Protesten und einer sozialen Bewegung vor dem Hintergrund der Prekarisierungstheorie. Jedoch sollen in dieser Masterarbeit auch weitere Forschungsstränge berücksichtigt werden, um die empirische Untersuchung zu informieren. Daher wurden zwei Studien ausgewählt, die sich mit dem Thema Organisation im Bereich der Care-Arbeit (Winker 2015) und informellen Ökonomie (Kabeer et al. 2013a; 2013b) auseinandersetzen. Drei Punkte können im Rahmen dieses Kapitels veranschaulicht werden. Zunächst soll auf das ähnliche Erkenntnisinteresse der beiden Studien und der vorliegenden Masterarbeit eingegangen werden, um in weiterer Folge als zweiten Punkt den Untersuchungsgegenstand dieser Masterarbeit zu begründen. Abschließend werden anhand bisheriger drittens Studien

interessierende Merkmale und Dimensionen dargestellt, die auch im Rahmen des empirischen Teils der vorliegenden Masterarbeit (in angepasster Form) untersucht werden sollen.

Warum sind genau Studien zur informellen Ökonomie relevant für diese Masterarbeit? Besonders die Einleitung von Kabeer et al. (2013a, 1-48) macht deutlich, dass hier viele Besonderheiten, die sowohl im Bereich der Kulturarbeit als auch im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit zentral sind, auch in der informellen Ökonomie zum Tragen kommen. So stellt die Anerkennung der eigenen Arbeit als Arbeit zwischen informeller Ökonomie und Kulturproduktion ein Parallele dar. Stigmatisierung von Erwerbsarbeitslosen ist auch in der informellen Ökonomie ein zentrales Thema, wie es Kabeer et al. (2013a) anhand von Müllsammlerinnen\* (*waste pickers*) oder Sexarbeiterinnen\* veranschaulichen.

Im Folgenden nehme ich auf das Buch *Organizing Women Workers in the Informal Economy: Beyond the Weapons of the Weak* (Kabeer et al. 2013a) Bezug sowie auf das gleichnamige Paper (Kabeer et al. 2013b). Eine spannende Überschneidung zwischen der Studie von Kabeer et al. (2013a) und der vorliegende Masterarbeit ist der Ansatzpunkt der beiden Untersuchungen. So verstellt ein bestimmtes Prekarisierungsverständnis den Blick auf (realisierte) Potenziale kollektiven Handelns. Trotz der Bedingungen in diesem Sektor, die Organisation scheinbar verunmöglichen (geographisch verstreute Arbeitsplätze, kein einheitliches Feld an Arbeitsaufgaben, kein „identifiable employer“ und hauptsächlich Arbeiterinnen\*, vgl. Kabeer et al. 2013a, 1), haben sich Initiativen genau unter diesen Bedingungen und rund um die Interessen und Erfahrungen dieser Arbeiterinnen\* formiert: „Yet various kinds of organizations have emerged in recent decades to address precisely these challenges“ (Kabeer et al. 2013a, 6). Wie auch Kabeer et al. (2013a; 2013b) interessiert sich auch die vorliegende empirische Untersuchung für genau jene Bereiche, in denen kollektives Handeln oft als große Herausforderung, wenn nicht als Unmöglichkeit, dargestellt wird, sich aber dennoch Initiativen und Organisationen herausbilden und politisch aktiv sind.

Zweitens zeigt Untersuchung von Kabeer et al. (2013a) die Bandbreite möglicher Organisationsformen auf, die für die Organisation im informellen Bereich in Frage kommen. In ihrem Paper fokussieren sich die Autor\*innen (2013b) auf Gewerkschaften für informell und prekär Beschäftigte als auch Nicht-Regierungsorganisationen für migrantische Arbeiter\*innen. Die Organisationen beschrieben die Autor\*innen wie folgt:

„Some of these have emerged in collaboration with, or as part of, mainstream trade union movements; others operate outside this mainstream but may draw support from their association with trade unions or with social movements, non-government organizations (NGOs), and so on.“ (Kabeer et al. 2013a, 6)

Winker setzt sich mit dem Thema Care-Arbeit auseinander und zeigt verschiedene Initiativen in Deutschland auf, die sich rund um das Thema Care herausgebildet haben. Die Organisationsformen der Initiativen reichen von Organisation von Beschäftigten im Bereich der Sorgearbeit innerhalb der Gewerkschaft ver.di („Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“, verdi o.D.) über Volksinitiativen, initiiert von einem Bündnis von Erzieher\*innen und Eltern bis hin zu Vereinen, die sich für die Umsetzung konkreter Projekte formierten. (vgl. Winker 2015, 119-130)

Mit der Bandbreite ist also nicht nur die rechtliche Organisationsform gemeint, sondern auch die Ausrichtung der Tätigkeiten der Organisationen: einige streben eine Interessenvertretung an, anderen geht es zunächst vorrangig um ihre Beratungsfunktion, bei wieder anderen steht die Selbstsorge oder Selbsthilfe im Vordergrund. Grundsätzlich wären all diese Organisationsformen für eine politikwissenschaftliche Untersuchung spannend. Für den Rahmen dieser Masterarbeit soll dies aber noch weiter konkretisiert werden.

Im Hinblick auf das Arendt'sche Handlungsverständnis (siehe Kapitel 1.2.1) ist noch folgendes festzuhalten. Es ist fraglich, ob jene Organisationen, die oftmals genau an der Schnittstelle von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen agieren, im Arendt'schen Verständnis auch als politische Akteur\*innen gewertet werden könnten. Mit einem Handlungsbegriff nach Benhabib, der wiederum das Infragestellen von Verhältnissen und Thematisieren von Streitfragen in den Vordergrund rückt, rücken solche Organisationen für eine empirische Untersuchung durchaus wieder in den Fokus des Erkenntnisinteresses. Die Untersuchung solcher zivilgesellschaftlicher Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen gewinnt also nicht nur durch bisherige Studien und ihren empirischen Fokus, sondern auch durch den Theoriehintergrund dieser Masterarbeit an Bedeutung.

Allgemeiner gefasst könnten die Organisationen, wie sie beispielsweise von Kabeer et al. (2013 a), zum Teil auch von Winker (2015) untersucht wurden, als Interessengruppen bezeichnet werden. Eine Interessengruppe, der Definition von Bernauer et al. folgend, habe für die Politikwissenschaft vor allem zwei relevante Merkmale: zum einen eine Funktion nach innen, zum anderen jene nach außen (vgl. Bernauer et al. 2015, 333). Nach innen bieten Interessengruppen Vorteile und Dienstleistungen für ihre Mitglieder an. Nach außen hin verfolgen sie politische Zielsetzungen. Jene Initiativen, die auch nach außen politische Zielsetzungen verfolgen, bezeichnen Bernauer et al. (2015) als „politisch aktive

Interessengruppen“ (ebd.). Wie also kann anhand dieser Informationen die Fallauswahl jener Organisationen, anhand derer kollektives Handeln in prekären Bereichen in Österreich untersucht werden soll, konkretisiert werden? Dafür orientiere ich mich an den von Baglioni und Giugni (2014) vorgeschlagenen Kriterien. In ihrer Untersuchung zum Thema Prekarität, Erwerbsarbeitslosigkeit und zivilgesellschaftlichen Organisationen trafen sie die Fallauswahl entsprechend dreier Kriterien. Erstens sollten die Organisationen kein Teil einer Regierung oder einer der Regierung unterstellten Agentur sein, sei es auf lokaler oder nationaler Ebene. Die Organisationen sollten somit als zivilgesellschaftliche Akteurinnen gelten. Zweitens sollten die Organisationen nicht profitorientiert sein. Schließlich sollten diese drittens zum Zeitpunkt der Untersuchung aktiv tätig sein (vgl. Baglioni und Giugni 2014, 5). Die Anwendung dieser Kriterien und somit die ausgewählten Fälle werden in Kapitel 3 vorgestellt.

Als dritter relevanter Aspekt bisheriger empirischer Studien lassen sich konkrete Untersuchungsdimensionen festhalten. Insbesondere wird hier auf Herausforderungen, sowie den Umgang mit ebendiesen als auch die Tätigkeiten der Organisationen eingegangen. Die Autorinnen halten fest, dass prekäre Bereiche – insbesondere der Bereich der informellen Ökonomie als Untersuchungsgegenstand ihrer Forschung – danach verlangen, nicht nur Umverteilung, als Grundanliegen gewerkschaftlicher Organisation, sondern auch die Anerkennung von Arbeit in den Blick zu nehmen (vgl. Kabeer et al. 2013b, 260). Grundlegend sei dabei, dass sich die Arbeiterinnen\* zunächst als Arbeiterinnen\* (*workers*) verstehen müssen– denn (nur) wer sich selbst als Arbeiterin versteht, kann auch Rechte einfordern. Die Frauen\* sahen ihre Arbeit oft nicht als Arbeit an, sondern „as part of a looser notion of survival and livelihood activities“ (Kabeer et al. 2013a, 14).

Die Ergebnisse weisen auf konkrete Herausforderungen kollektiven Handelns hin. Dabei wird auf die Heterogenität der zu vertretenden Gruppe verwiesen (vgl. Kabeer et al. 2013b, 253). Die Autor\*innen unterstreichen zudem, dass die untersuchten Organisationen zunächst ihre Relevanz für die Arbeiter\*innen und deren Alltag, in ihrer Interessengruppe etablieren mussten (vgl. ebd., 255). Im Zuge dessen wird die Bedeutung einer gemeinsamen Identität für kollektives Handeln unterstrichen. Um eine solche Identität zu schaffen, erwiesen sich gemeinsame Erfahrungen als förderlich und legten so den Grundstein für eine spätere Organisierung. Im Fall der MAP Foundation, so der vollständige Name der untersuchten thailändischen Organisation, war es eine geteilte negative Erfahrung, nämlich jene von Gewalt gegen Frauen: „it was the violence that Women experienced as Emigrant Women that first

brought them together as a group and it was much later that they began to organize around their rights as workers“ (Kabeer et al. 2013b, 256).

Die Studie liefert nicht nur einen Einblick in mögliche Herausforderungen kollektiven Handelns, sondern auch in den Umgang mit letzteren: „A major motivation for this book was to explore the kinds of resources drawn on by organizations of, and for, women workers who could not rely on their strategic location in the economy to confront the power of capital“ (Kabeer et al. 2013, 16). Dabei weisen die Autor\*innen auf vier Stränge der Bearbeitung hin: kulturelle Aneignung (*cultural appropriation*), Diskurs (*discourse*), Information (*politics of information*), legaler Aktivismus (*legal activism*). Informationspolitik betrifft zum einen die Information von den Mitgliedern an die Initiativen über ihre Lebensverhältnisse, aber auch die Informationstätigkeit der Organisation gegenüber den Mitgliedern über ihre Rechte und den Wert ihrer Arbeit (vgl. ebd., 20f). Deutlich wird auch, dass diese Strategien keinen sofortigen Pay-Off haben (vgl. ebd., 24), und dass Organisierung in diesen Bereichen langsamer verläuft, nicht zuletzt deswegen, weil das Ziel, das erarbeitet wird, sich verändern kann und sich mit der Praxis weiterentwickelt; die Organisationen verfolgen also keine „predetermined agenda“ (ebd., 41). Aktivitäten dieser vier Kategorien können also als möglicher Umgang mit Herausforderungen kollektiven Handelns in prekären Bereichen bezeichnet werden.

Ein letzter Punkt ist hinsichtlich dieser empirischen Untersuchung festzuhalten. Die Erzählungen, die die Organisationen aufbauen, fordern zunächst Rechte für ihre Zielgruppe ein. Viele dieser Forderungen machen dabei allerdings nicht halt: „There are a number, however, whose discourses appeal to a different vision of society“ (Kabeer et al. 2013a, 20). Die Erzählung kann neben konkreten Forderungen ebenso eine Vorstellung einer anderen Gesellschaft enthalten.

### **1.3 Theoretischer Zugang und Fragestellung**

Ein Blick auf die beiden Theoriekapitel zu den Themen Prekarisierung und kollektivem Handeln verlangt nun nach einer Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse und deren Bedeutung für die weitere Untersuchung. In diesem Kapitel lassen sich also – wie der Titel schon verrät – drei Schwerpunkte ausmachen. Zunächst sollen die Erkenntnisse der beiden Theoriekapitel vernetzt werden. In einem zweiten Schritt wird dementsprechend die übergeordnete Forschungsfrage in drei Sub-Fragestellungen aufgefächert. Als dritter und letzter Teil des Kapitels werden jene Dimensionen, die in der Empirie untersucht werden sollen, angeführt und kommentiert. Dazu sei vorweg angemerkt, dass sich einige der Dimensionen erst

unter Rücksichtnahme auf die Erarbeitung der Regierungsweisen respektive den Forschungsstand in den jeweiligen prekären Bereichen ergeben (Kapitel 4 und 5). Der Übersicht halber sollen bereits in diesem Kapitel alle Untersuchungsdimensionen angeführt werden.

### **1.3.1 Prekarisierung und kollektives Handeln – eine Zusammenschau**

Die hier erarbeitete Prekarisierungstheorie ermöglichte die Auswahl zweier prekärer Bereiche abseits der Erwerbsprekarisierung. Das hier dargelegte Handlungsverständnis, das Handeln als ein Thematisieren von Streitfragen versteht, ist wiederum für die Auswahl zu untersuchender Organisationen in den jeweiligen Bereichen hilfreich. Wie also können die bisherigen Ergebnisse aus den Kapiteln 1.1 und 1.2 vernetzt dargestellt werden? In welchen Punkten ergeben sich Zusammenhänge, die für die weitere Untersuchung relevant sind?

Den Zielsetzungen der Initiativen wird vor dem dargestellten Theoriedesign große Bedeutung zuteil. Arendts Handlungsverständnis zufolge, ist es eine Eigenschaft des Handelns, dass sich sein Zweck, nicht wie etwa beim Prozess des Herstellens, erst durch die Tätigkeit selbst ergibt. Hier kann eine Verbindung zu den Erkenntnissen aus der Organisierung im Bereich der informellen Ökonomie hergestellt werden. Kaber et al. (2013a) weisen darauf hin, dass die untersuchten Organisationen keine „predetermined agenda“ (ebd., 41) verfolgen, da sich die Ziele durch die Praxis verändern und weiterentwickelt werden. Gleichzeitig wird auch aus prekarisierungstheoretischer Sicht den Zielsetzungen der Organisationen eine besondere Bedeutung zuteil, da sie auf Überlegungen einer Entprekarisierungspolitik hinweisen können. Um diese Überlegungen vor allem ausgehend von der politischen Praxis in Österreich anzustellen, sollen in weiterer Folge die Ziele der Initiativen untersucht werden. Es ist anzunehmen, dass sich diese Ziele auf spezifische Problemstellungen in den ausgewählten Bereichen beziehen. Diese wiederum in einen prekarisierungstheoretischen Kontext einzubetten wird Aufgabe der Analyse im Rahmen dieser Masterarbeit sein. Wenn also, wie von der Prekarisierungstheorie vorgeschlagen, Handlungsmöglichkeiten mitgedacht werden sollen, rücken auch Herausforderungen ebendieser Handlungsmöglichkeiten in den Blick der Untersuchung. Die Herausforderungen beziehen sich dabei auf die Arbeit der Organisationen als Basis für kollektives Handeln im jeweiligen Bereich.

Ein weiterer Aspekt, dem sowohl aus prekarisierungstheoretischer Sicht als auch aus den Erkenntnissen der Organisierung im informellen Bereich große Bedeutung beigemessen wird,

sind gemeinsame Erfahrungen in der Interessengruppe. Prekäresein als erste Dimension des Prekären ist allen Menschen gleich, jedoch kann auf diese Gemeinsamkeit nicht unmittelbar zurückgegriffen werden: „Das Verbindende ist nichts Gemeinsames, auf das zurückgegriffen werden könnte; es ist vielmehr etwas, das im politischen und sozialen Handeln erst hergestellt wird“ (Lorey 2012, 34). Aus dieser Perspektive ist es also politisches und soziales Handeln, das etwas Verbindendes schafft. Auch bei den untersuchten Organisationen in Kabeer et al. (2013a) sind es gemeinsame Erfahrungen, die identitätsstiftend sein können und so Zusammenhalt in der Interessengruppe schaffen.

In der Zusammenschau der bisher diskutierten Aspekte konnten in diesem Kapitel Zusammenhänge zwischen einer prekarisierungstheoretischen Perspektive und Möglichkeiten der Untersuchung kollektiven Handelns hergestellt werden. Im Folgenden soll auf die Forschungsfragen der vorliegenden Untersuchung eingegangen werden, um in einem weiteren Schritt konkrete Untersuchungsdimensionen, sowie deren Zusammenhang mit dem Theoried Hintergrund und den Fragestellungen dieser Masterarbeit darzustellen.

### **1.3.2 Forschungsfragen**

Das Erkenntnisinteresse dieser Masterarbeit lässt sich, untergeordnet zur bereits eingangs angeführten Forschungsfrage *Wie lässt sich kollektives Handeln in prekären Bereichen in Österreich anhand der Untersuchung von Zielen und Herausforderungen von vier Initiativen der Interessenvertretung aus den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit charakterisieren?* in weitere Fragestellungen auffächern. Somit lassen sich folgende Sub-Fragestellungen formulieren:

- (a) *Welche Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Besonderheiten der beiden Bereiche ergeben sich hinsichtlich der Ziele und Herausforderungen der untersuchten Organisationen?*
- (b) *Welches Praxiswissen zu kollektivem Handeln kann aus den Interviews mit den Akteur\*innen zum Umgang mit den genannten Herausforderungen gewonnen werden?*
- (c) *Welche Ansätze einer Entprekarisierungspolitik können ausgehend von den Zielen der vier untersuchten Interessenvertretungen ausgemacht werden?*

Diese Sub-Fragestellungen stellen gewissermaßen Fragmente des Erkenntnisinteresses, welches in der übergeordneten Fragestellung dargestellt wird, dar. Durch diese Auffächerung wird ein klarer Rahmen für die weiteren Kapitel vorgegeben. Gleichzeitig werden sie für die

Conclusio dieser Masterarbeit hilfreich sein, da sich entlang dieser Forschungsfragen das Material strukturieren und interpretieren lässt.

In Forschungsfrage (a) wird vor allem die Erkenntnis aufgegriffen, dass prekäre Verhältnisse durchaus Unterschiede mit sich bringen können, wenngleich Prekarisierung in einem umfassenden Sinn verstanden wird. So liegt der Fokus des Vergleichs nicht nur auf den Unterschieden, sondern ebenso auf den Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Ziele und Herausforderungen. Auch Besonderheiten, also jene Herausforderungen und Ziele, die konkret aus den sozialen Verhältnissen des jeweiligen Bereichs hervorgehen, sollen berücksichtigt werden.

Die zweite Fragestellung (b) drückt jenen Aspekt aus, der bisher in der Masterarbeit wohl nur in der Einleitung hervorgehoben wurde. Diese Masterarbeit strebt an, Theorie und Praxis in einem Verhältnis zueinander zu verstehen und Praxiswissen, damit sind beispielsweise Erfahrungswerte, auf die die Organisationen ihre Arbeit aufbauen, wiederum in die Theorie einbringen zu können. Das gewonnene Praxiswissen bezieht sich hierbei natürlich auf Organisationen, die konkret in Österreich tätig sind. Ziel dieser Arbeit ist es aber, dieses Wissen wiederum derart in die Theorie einzubetten, dass es auch für weitere theoretische Überlegungen zur Verfügung steht und zu Rate gezogen werden kann.

Zuletzt soll in Forschungsfrage (c) noch die Ausgestaltung einer Entprekarisierungspolitik in den Blick der Analyse rücken. Diese soll, wie in der Fragestellung formuliert, ausgehend von Zielsetzungen und Forderungen der Organisationen erarbeitet werden. Interessant wird diese Frage auch dahingehend, ob sich – ausgehend von dem Praxiswissen von Akteur\*innen der Organisationen aus konkreten Bereichen – allgemeine Ansätze einer Entprekarisierungspolitik entwickeln lassen.

### **1.3.3 Untersuchungsdimensionen**

Nun wurden in den vorhergehenden Kapiteln zentrale Aspekte kollektiven Handelns vor dem Hintergrund der Prekarisierung herausgearbeitet. Diese können in konkreten Untersuchungsdimensionen festgehalten werden (siehe Abbildung 1).

Einige der Dimensionen ergeben sich direkt aus den Erkenntnissen der Kapitel zum Prekarisierungs- und Handlungsverständnis dieser Masterarbeit. Durch die Erarbeitung konkreter prekärer Verhältnisse in den beiden Bereichen Kulturarbeit und

Erwerbsarbeitslosigkeit ergeben sich weitere Untersuchungsdimensionen. Die Untersuchungsdimensionen lassen sich den vier Kategorien *Charakterisierung der Organisationen, Ziele, Herausforderungen* und *Potenziale* zuordnen.

Für die Charakterisierung der Organisationen wurden zwei Untersuchungsdimensionen erarbeitet. Handeln als Thematisieren von Streitfragen (vgl. Benhabib 1994) wirft die Frage auf, welche Thematik ausschlaggebend für die Gründung der Organisation war. So wird als erste Untersuchungsdimension die Entstehung der Initiativen erhoben. Des Weiteren sind die Tätigkeiten der Organisationen für eine grundlegende Charakterisierung entscheidend, wie auch schon Winker (2015) anhand der Untersuchungen verschiedener selbstorganisierter Gruppen aufzeigte.

Für die Kategorie der Ziele lässt sich die Unterscheidung treffen, ob es sich um konkrete Forderungen oder allgemeine Zielsetzungen handelt. In dieses Erkenntnisinteresse fließen mehrere Punkte der Theorie ein. Forderungen und Ziele wurden nicht nur in der Prekarisierungstheoretischen Auseinandersetzung, sondern auch hinsichtlich der Organisierung in der informellen Ökonomie thematisiert. So stellen auch Kaber et al. (2013a, 20) die Frage, ob die Organisationen, über die Forderungen, die primär auf die Rechte der jeweiligen Zielgruppe abzielen, hinausgehend, eine Vorstellung einer anderen Gesellschaft haben und diese Ideale auch in die Arbeit miteinfließen.

Was also wird unter einer solchen Vorstellung einer anderen Gesellschaft im Rahmen dieser Masterarbeit verstanden? Analytisch soll hierbei zwischen jenen Zielsetzungen und Forderungen differenziert werden, die systemimmanente Lösungen für ungleiche Verteilung von Prekarität (siehe Kapitel 1.1.4) suchen, oder aber das System, konkreter neoliberale Regierungsweisen, grundlegend kritisieren.

Über die Ziele der Initiativen sollen in einem weiteren analytischen Schritt Ansätze einer Entprekarisierungspolitik ausgemacht werden (siehe Kapitel 1.1.7).

Herausforderungen kollektiven Handelns konnten ebenso bereits spezifiziert werden. So wird zum einen der Kontakt zur beziehungsweise die Beschaffenheit der Zielgruppe selbst als Herausforderung in der bisher zitierten Literatur angeführt. Die Untersuchungsdimension „Wahrnehmung prekärer Verhältnisse“ wird aus dem Vergleich der Regierungsweisen der beiden Bereiche erarbeitet (siehe Kapitel 4.3). Ob auch andere Akteur\*innen im Feld eine Herausforderung für die eigene Arbeit darstellen können, soll ebenso untersucht werden. Diese

Kategorie wird in Kapitel 5.1 vor dem Hintergrund des Forschungsstandes in Österreich zu prekären Verhältnissen im Kulturbereich erarbeitet.

Der Kategorie „Potenziale“ können die Untersuchungsdimensionen „Bündnisse“ und der „Umgang mit Herausforderungen“ untergeordnet werden. Die Untersuchungsdimension „Bündnisse“ ist vor dem Theoried Hintergrund eines umfassenden Prekarisierungsverständnisses zu sehen. Hierbei soll untersucht werden, ob die Initiativen in ihrer Praxis, prekäre Verhältnisse über die eigene Zielgruppe hinausgehend erkennen, thematisieren und ihrer Arbeit vielleicht sogar aufgreifen. Trotz Unterschiedlichkeit der Unsicherheitslagen soll auf Gemeinsamkeiten und mögliche Anknüpfungspunkte verschiedener prekärer Bereiche geachtet werden (siehe Kapitel 1.1.6).

Mit der Dimension „Umgang mit Herausforderungen“ soll untersucht werden, ob die Akteur\*innen in ihrer Arbeit konkrete Strategien entwickelt haben, den thematisierten Herausforderungen beizukommen. Dieses Wissen ist nicht nur für die Praxis der jeweiligen Organisation wertvoll, sondern soll durch die Analyse dieser Masterarbeit auch für andere Organisationen zugänglich gemacht werden. Dabei kann an dieser Stelle nochmals auf die vier Kategorien verwiesen werden, die im Zuge der Untersuchung von Kabeer et al. (2013a) für den Umgang mit Herausforderungen entwickelt wurden: Aktivismus, Diskurs, Informationstätigkeit und kulturelle Aneignung (siehe Kapitel 1.2.2). Diese Kategorien dienen zunächst als Orientierungshilfe, werden aber nicht als Untersuchungsdimensionen angeführt. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung werden in weiterer Folge zeigen, ob sich die Strategien der Organisationen im Umgang mit den Herausforderungen der eigenen Arbeit, ebenso in diese vier Kategorien gliedern lassen.

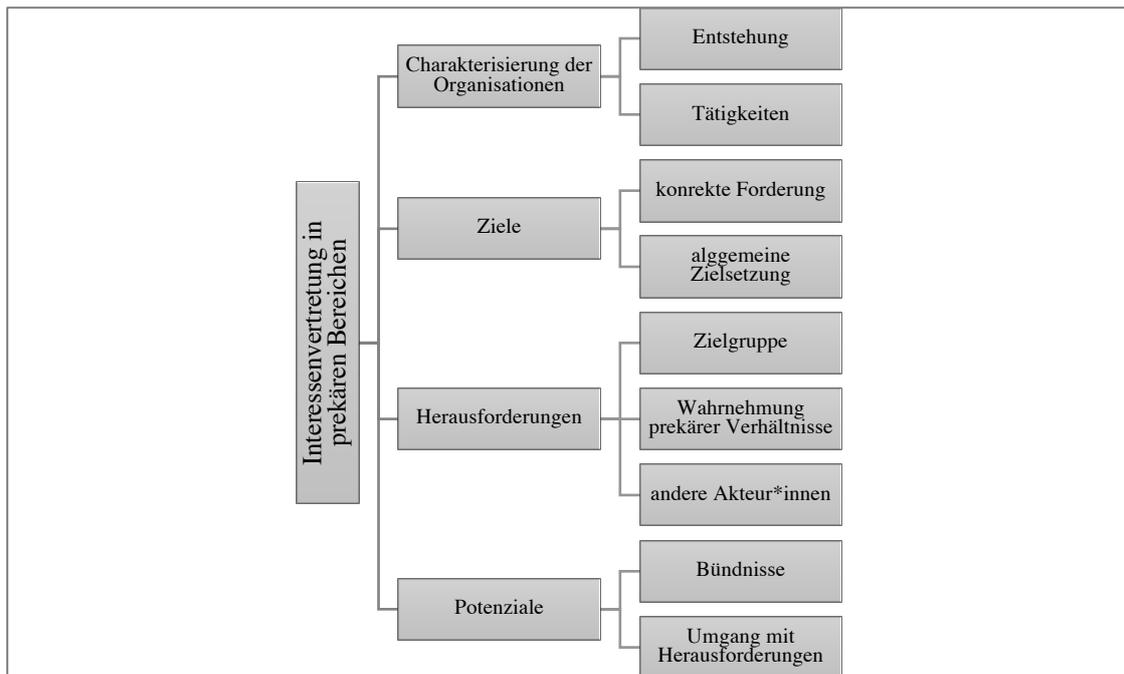


Abbildung 1: Untersuchungsdimensionen

In welchem Zusammenhang stehen die Untersuchungsdimensionen nun mit den Forschungsfragen? Die erste Forschungsfrage (a) stellt einen Vergleich der Ziele und Herausforderungen an – diese werden mit den gleichnamigen Dimensionen untersucht. Die zweite Forschungsfrage (b) fragt nach dem Praxiswissen und bezieht sich vor allem auf die Untersuchungsdimension der Potenziale. Relevantes Material für die dritte Forschungsfrage (c) kann in Zusammenschau mehrerer Dimensionen ausgemacht werden – so fließen für Überlegungen einer Entprekarisierungspolitik Ziele, als auch Potenziale mit ein. Die hier besprochenen Untersuchungsdimensionen sollen in weiterer Folge als Grundlage für die Erstellung des Leitfadens und somit die Datenerhebung dienen.

Im Anschluss der Darstellung des Theoriehintergrunds, sowie des Erkenntnisinteresses dieser Masterarbeit soll im folgenden Kapitel die methodische Herangehensweise für die Klärung der Forschungsfragen erläutert werden.

## 2 Methode

Bisher wurden die theoretischen Standpunkte dieser Masterarbeit dargelegt und so die Untersuchungsdimensionen erarbeitet. Dieses Kapitel hat nun das Ziel, die Vorgehensweise der Untersuchung explizit darzustellen. Zunächst werden methodologische Überlegungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis thematisiert. Im Anschluss daran soll die Methode des

Vergleichs vorgestellt werden. Auf diese Weise kann auch das Forschungsdesign erläutert werden. Abschließend sollen die Datenerhebung sowie die Auswertung des Materials diskutiert werden.

Die einzelnen methodischen Schritte dieser Masterarbeit lassen sich also wie folgt zusammenfassen: erstens theoretische Annäherung und Erarbeitung der Untersuchungsdimensionen (siehe Kapitel 1.1 und 1.2); zweitens Darstellung (unterschiedlicher) Regierungsweisen in den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbslosigkeit. Darauf folgt drittens die Darstellung konkreter empirischer Befunde zu den prekären Verhältnissen in den beiden Bereichen, um auf Basis dessen in Zusammenschau mit den Untersuchungsdimensionen viertens den Leitfaden zu erstellen. Als nächster Schritt werden fünftens die Daten erhoben, das heißt Interviews durchgeführt und transkribiert um anschließend sechstens diese entlang einer qualitativen Inhaltsanalyse auszuwerten. Siebtens folgt die Beantwortung der Forschungsfrage, somit die Diskussion und Interpretation der Ergebnisse vor einem prekarisierungstheoretisch informierten Hintergrund.

## **2.1 Das Verhältnis von Theorie und Praxis**

Gerade mit dem hier gewählten Untersuchungsgegenstand ist es notwendig, das dieser Masterarbeit zugrunde liegende Verständnis von Theorie und Praxis explizit darzustellen. In Beiträgen zu kollektivem Handeln wird immer wieder auf die Bedeutung einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Theorie-Praxis-Verhältnis verwiesen (vgl. Edthofer 2008; Telios und Kajewski 2018). Brand (2005) greift diese Thematik im Kapitel „Das Verhältnis praktischer Globalisierungskritik und kritischer Gesellschaftstheorie“ ebenso auf und fasst „Theorie als ‚Strukturwissen‘ emanzipativen Handelns“ (Brand 2005, 24-29).

Kritische Gesellschaftstheorie hat laut Brand kein einfaches Verhältnis zu emanzipativen sozialen Praktiken. So besteht durchaus der Anspruch, soziale Akteur\*innen sollen theoriegeleitet handeln. In der politischen Praxis ist dies allerdings nicht immer der Fall. Theorie kann hilfreich sein, sich der eigenen Handlungsbedingungen bewusst zu werden: durch die Dechiffrierung vermeintlich unveränderbarer und objektiver Verhältnisse, die scheinbare Alternativlosigkeit des Neoliberalismus, können Macht- und Herrschaftsmechanismen sichtbar gemacht werden, die es ermöglichen, ebendiese Verhältnisse als historisch entstanden (historisch-materialistische Perspektive) und auf gewisse Weise hergestellt (gouvernementale Perspektive) und in weiterer Folge eben auch als sehr wohl veränderbar zu begreifen. So können theoretisch angeleitete Analysen „einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass emanzipative

Akteure sich ihrer Handlungsbedingungen bewusst werden“ (Brand 2005, 24). Diesen Anspruch verfolgt auch die vorliegende Masterarbeit.

Ein weiterer in diesem Kontext relevanter Aspekt ist die Vorrangstellung der Theorie. Zwar ist die Erarbeitung der Fragestellungen theoriegeleitet. Es geht aber nicht um die Ausprägung von Dimensionen, sondern eben auch um die Prüfung beziehungsweise Erweiterung der Theorie durch das Praxiswissen: „Die Gefahr jeder Theorieanwendung auf die Praxis besteht darin, dass der Theorie wichtige Aspekte und entscheidende Dynamiken entgehen. [...] Eine Vorrangstellung der Theorie wird aufgelöst und eine bloße und vermeintlich neutrale Beobachtung von Entwicklungen abgelehnt“ (Telios und Kajewski 2018, 12f). Natürlich ist die vorliegende Masterarbeit theoretisch informiert. Die Methode der Datenerhebung in Form qualitativer Interviews zeigt aber deutlich, dass sie am Praxiswissen der Akteur\*innen interessiert ist. Edthofer unterstreicht, dass „Organisierungs-Strategien als kollektive Lernprozesse“ (Edthofer 2008, 72) betrachtet werden können. Theorie und Praxis können und sollen in einem Wechselspiel miteinander verstanden werden. Theorie bietet einen Reflexionsrahmen und kann gleichermaßen dazu dienen, emanzipatorische Bewegungen weiterzuentwickeln (vgl. Brand 2005, 26).

## 2.2 Forschungsdesign

Ziel der Studie ist es, Organisationen, die sich in den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit als Interessenvertretungen engagieren, zu vergleichen, um so einerseits einen Erkenntnisgewinn zum Thema Prekarisierung als auch zu kollektivem Handeln zu erlangen. Der Vergleich zielt allerdings nicht nur auf das Hervorheben von Unterschieden ab, sondern soll ebenso Gemeinsamkeiten beziehungsweise Besonderheiten des jeweiligen Bereichs verdeutlichen.

In *Qualitative Forschung – ein Handbuch* werden die Basisdesigns qualitativer Sozialforschung vorgestellt, darunter auch die beiden Designs Einzelfall- und Vergleichsstudie:

„Die Dimension Einzelfall – Vergleichsstudie stellt eine Achse dar, anhand deren sich die Basisdesigns qualitativer Forschung ordnen lassen. Eine Zwischenstufe stellt die Verbindung mehrerer Fallanalysen dar, die zunächst als solche durchgeführt werden und dann komparativ oder kontrastierend gegenübergestellt werden.“ (Flick 2017, 254)

Fallstudien zielen darauf ab, den Untersuchungsgegenstand (den Fall) genau zu untersuchen und Besonderheiten dieses Falls zu rekonstruieren (vgl. Flick 2017, 253f). Fallstudien „können komplexe Variablen spezifizieren und messen; sie können induktiv neue Variablen

identifizieren und neue Hypothesen entwickeln; sie können kontingente Generalisierungen oder typologische Theorien formulieren“ (Muno 2016, 83). Personen, Parteien aber ebenso Institutionen und Organisationen können einen solchen Fall darstellen (vgl. Flick 2017, 253f). Auch Muno (2016) zeigt auf, dass „ein Fall ein beliebiges politikwissenschaftliches Untersuchungsobjekt sein“ (88) kann. Daraus folgert der Autor: „Das Erkenntnisinteresse definiert den Fall. Fallstudien sind allerdings nur dann Teil der vergleichenden Methoden, wenn sie sich nicht auf reine Deskription beschränken, sondern *comparative merit* aufweisen, d. h. theoriebezogen sind“ (Muno 2016, 88, Herv.i.O.).

In vergleichenden Forschungsdesigns rücken bestimmte Aspekte in den Vordergrund, die bei einer Vielzahl von Fällen untersucht werden: „Hier stellen sich vor allem Fragen der Auswahl der Fälle in den zu vergleichenden Gruppen. Ein weiteres Problem ist der (als notwendig erachtete) Grad an Standardisierung oder Konstanzhaltung der übrigen Bedingungen, die nicht Gegenstand des Vergleiches sind“ (Flick 2017, 254).

Grundlage von Untersuchungen vergleichender Politikwissenschaft ist, dass mindestens zwei Untersuchungsgegenstände zueinander in Beziehung gesetzt werden, die zumindest eine gemeinsame Eigenschaft besitzen. Diese Untersuchungsgegenstände werden systematisch ausgewählt und verglichen (vgl. Pickel 2016, 25f). Aus dem Vergleich, der idealtypisch entweder theoriegeleitet oder theoriengenerierend sein kann, kann in weiterer Folge Erkenntnis gewonnen werden (ebd. 26), der oben bereits genannte *comparative merit*.

Zusammenfassend kann das Forschungsdesign also wie folgt beschrieben werden: es wird ein Vergleich kollektiven Handelns in den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit angestellt. Dieser Vergleich wird durch die Durchführung mehrerer Einzelfallstudien gestützt. Im Rahmen dieser Masterarbeit werden die Fälle ausgehend von den in Kapitel 1.3.3 angeführten Untersuchungsdimensionen charakterisiert (siehe Abbildung 1) – die Untersuchung der Fälle beschränkt sich somit nicht nur auf eine reine Deskription, sondern ist somit vor allem analytisch. Die Ergebnisse können nicht als Verallgemeinerung für die beiden Bereiche angesehen werden, allerdings sollen für die beiden Bereiche typische Fälle ausgewählt werden. Trotz einer solchen repräsentativen Auswahl werden die Ergebnisse dennoch nicht generalisiert. Durch eine theoretisch-systematische Auswahl soll Repräsentativität – allerdings nicht im statistischen Sinne – erreicht werden (vgl. Lamnek und Krell 2016, 175-179).

Nach dieser Darstellung des Forschungsdesigns soll nun explizit auf einzelne methodische Schritte, nämlich Datenerhebung und Datenauswertung eingegangen werden.

## 2.3 Datenerhebung

Die Datenerhebung soll mittels semi-strukturierter Interviews durchgeführt werden. Das Interview soll im Sinne der sozialkonstruktivistischen Perspektive als sozialer Prozesse verstanden werden, „in dem in einer dafür bewusst hergestellten Kommunikationssituation gemeinsam Sinn generiert wird, als eine soziale Interaktionspraxis“ (Blatter et al. 2018, 49). Die sinnvolle Interpretation der Antworten ist demnach zentraler Bestandteil der Untersuchung. Für das Forschungsinteresse dieser Masterarbeit sollen problemzentrierte Interviews geführt werden: die Strukturiertheit kann als mittel bis stark, der Interviewstil vorrangig als dialogisch beschrieben werden; die Forschungshaltung ist „nicht-direkt aktiv“; das Vorwissen kann teilweise eingebracht werden (vgl. ebd., 53).

Für die Durchführung der Interviews soll ein Leitfaden erstellt werden. Dieser könne gegebenenfalls im Laufe der Untersuchung verändert werden: „so können durchaus neue Fragen hinzugenommen werden, die sich als erkenntnisgenerierend erweisen, auch wenn dadurch die direkte Vergleichbarkeit der Interviews erschwert wird“ (ebd., 66). Im Anschluss an die Interviews soll ein Post Skript verfasst werden, um etwaige Gedanken zu Setting, Gesprächsverlauf, Störungen, oder eventuell auch erste Überlegungen zum Inhalt und ad-hoc-Deutungen festzuhalten (vgl. ebd., 72). Die Interviews sollen in weiterer Folge transkribiert und entsprechend der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet werden.

Bei der Datenerhebung mittels offener Befragung betonen Behnke et al. (2010, 252) anhand des konkreten Beispiels eines Leitfaden-Interviews die Durchführung eines Probeinterviews im Sinne eines Pre-Tests. In Vorbereitung auf die Interviews konnte ebenso ein Probeinterview durchgeführt werden. Dafür wurde ausgehend von einem ersten Entwurf des Leitfadens eine verkürzte Version erstellt. Durch das Testen dieses Leitfadens konnten die Formulierung der Fragen als auch inhaltliche Aspekte im Leitfaden nachgebessert werden. Dieses Probeinterview konnte für den Rahmen dieser Masterarbeit mit Rainer Hackauf (Bureau für Selbstorganisation und Mitinitiator der EuroMayDay-Bewegung in Österreich), durchgeführt werden.

Aufgrund der Covid-19-bedingten Einschränkung direkter Sozialkontakte wurden alle Interviews mit den Akteur\*innen der Organisationen via Videokonferenz oder Telefonat abgehalten.

## 2.4 Datenauswertung

Ausgangspunkt der Datenauswertung ist die vollständige Transkription der Interviews. Dabei orientiere ich mich an den Vorschlägen von Kowal und O'Connell (2017). Pausen ab drei Sekunden wurden in den Transkripten mit „(.)“ markiert. Kürzere Pausen konnten aufgrund der Interviewführung via Videokonferenz vernachlässigt werden, da die Pausen nicht zwingend auf die Gesprächsführung, sondern eventuell auf die Internetverbindung zurückzuführen waren. Redebegleitende Verhaltensweisen wurden in Klammern hinzugefügt, so beispielsweise „(lacht)“ oder „(sucht ein Dokument)“. Wenn von beiden Gesprächsteilnehmer\*innen (Interviewerin und Interviewter\*m) gleichzeitig gesprochen wurde, so ist dies mit „[,]“ markiert. Betonte Wörter wurden im Transkript durch die Schreibweise in Großbuchstaben gekennzeichnet. Füllwörter und dialektale Ausdrücke wurden in dieser Form transkribiert. Zudem wurde die Zeichensetzung „/“ verwendet, um grammatikalisch unvollständige Sätze zu markieren.

Bei der Auswertung der Interviews orientiere ich mich an der Inhaltsanalyse nach Mayring (2010), sowie an der Analyse von Leitfadeninterviews nach Schmidt (2017). Die einzelnen Auswertungsschritte, sowie die darauffolgende Analyse der Ergebnisse der Auswertung sollen den vorgeschlagenen Schemata folgen. Der Fokus dieser Darstellung liegt auf einer regelgeleiteten und systematischen Auswertung der Interviews.

Die Stärke der qualitativen Inhaltsanalyse sieht Mayring in der Festlegung eines konkreten Ablaufmodells der Auswertung (vgl. Mayring 2010, 59). Mayring schlägt hier drei Grundformen vor: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung (vgl. ebd., 65). Im Fall dieser Masterarbeit soll das Material zusammenfassend bearbeitet werden. Nach Schmidt lässt sich die Auswertungsstrategie in fünf Schritte gliedern: Bildung von Kategorien in Auseinandersetzung mit dem Material, Erarbeitung eines Auswertungsleitfadens, Codierung aller Interviews, Erstellung von Fallübersichten entlang der Codes. Diese Fallübersichten sind in weiterer Folge die Grundlage für den fünften Schritt, die vertiefende Darstellung und Analyse einzelner Beispiele (vgl. Schmidt 2017, 448).

Zentral für die Auswertung ist zunächst das Festlegen von Codiereinheiten. Als Codiereinheit, also „der kleinste Materialbestandteil“ (Mayring 2010, 59) wird ein Satz festgelegt. Da im Gesprochenen oft Hauptsätze aneinandergereiht werden beziehungsweise Sätze zwar inhaltlich, aber nicht grammatikalisch vollständig sind, werden sehr lange Sätze unterteilt beziehungsweise auch Satzteile als Codiereinheit angenommen.

Zunächst soll ein Teil des Materials codiert werden, um so einen Codierleitfaden zu erarbeiten. Darin werden Ankerbeispiele für die verwendeten Codes vorgestellt, um eine klare Abgrenzung zu anderen Codes ersichtlich zu machen. Grundlage für die Codes sind die Untersuchungsdimensionen. Der Codierleitfaden soll entsprechend der Empfehlung von Mayring (2010) nach der Codierung von 10-50% des Materials erstellt werden. Anschließend soll das Gesamtmaterial mit dem finalen Codierleitfaden nochmals codiert werden. Durch die Codierung der gesamten Interviews werden auch jene Passagen beachtet, die nicht auf den ersten Blick konkret zu einer der bereits erarbeiteten Dimensionen passen. So kann vermieden werden, dass die Auswertung nur auf jene Passagen reduziert wird, „die sich als Beleg oder Illustration für die Vorannahmen eignen“ (Schmidt 2017, 450). Die Codierung ist somit sowohl deduktiv als auch induktiv angelegt.

Die konkrete Umsetzung der Codierung stellt sich wie folgt dar: Die einzelnen Codiereinheiten (Sätze) sollen in einer Tabelle erfasst werden. In einem ersten Schritt soll die Satzaussage paraphrasiert werden, um in weiterer Folge der Satzaussage einen oder mehrere Codes zuzuordnen – dieser Prozess ist an die Schritte der Technik der Zusammenfassung nach Mayring (2010, 67-85) angelehnt. Der Vorgang soll chronologisch den Transkripten folgend durchgeführt werden. Ergebnis dieses Prozesses sind dementsprechend die codierten Transkripte in Form von Tabellen.

### **3 Fallauswahl**

Dieses Kapitel verfolgt das Ziel, die Kriterien der Fallauswahl anzuführen und die schließlich ausgewählten Organisationen kurz vorzustellen.

Zunächst hat sich aus dem Erkenntnisinteresse der Arbeit ergeben, Initiativen zu berücksichtigen, die im Kulturbereich beziehungsweise im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit in Österreich tätig sind. Um die Auswahl zu konkretisieren, dienten die Kriterien ähnlicher Studien als Orientierung. So waren vorrangig drei Aspekte relevant, wie bereits in Kapitel 1.2.2 beschrieben: die Organisationen sollten nicht profit-orientiert, aktuell aktiv und zudem unabhängig von politischen Institutionen, das heißt, eine Nicht-Regierungsorganisation sein (vgl. Baglioni und Giugni 2014, 5). Ob die Organisation zum Untersuchungszeitpunkt aktiv ist, wird im Rahmen dieser Masterarbeit danach bewertet, ob dies über die Homepage der Initiative ersichtlich ist, beispielsweise durch aktuelle Blogbeiträge, Veranstaltungshinweise oder Ähnliches. Zudem war es wichtig, dass die Initiative nicht nur eine Wirkung nach innen für

ihre Mitglieder (wie etwa eine Selbsthilfegruppe) anstrebt, sondern auch eine Wirkung nach außen, im Sinne einer politisch aktiven Interessengruppe (vgl. Bernauer et al. 2015, 333).

Welche Organisationen kommen anhand dieser Kriterien nun für die vorliegende Untersuchung in Frage? In der Literatur wird immer wieder festgehalten, dass es keine Branchengewerkschaft für Kulturarbeiter\*innen gibt – und dennoch kann dies nicht als gewerkschaftsfreier Raum bezeichnet werden, da sich auch in diesem Feld Interessenvertretungen etablieren konnten (vgl. Manske und Schnell 2018, 439). Exemplarisch können hier beispielsweise die IG freie Theaterarbeit oder IG Bildende Kunst genannt werden. Dass unter Kunst- und Kulturschaffende allgemein ein hoher Vernetzungsgrad herrscht, wurde auch in einer umfassenden Studie zu den Lebensverhältnissen dieser Gruppe in Österreich bestätigt (vgl. Wetzel et al. 2018, 53).

Neben Interessenvertretungen gibt es auch Zusammenschlüsse, die versuchen individuelle Risiken von selbständigen Kunst- und Kulturschaffenden zu kollektivieren, so etwa Smart, „solidarökonomische Genossenschaft für Künstler\*innen, Kreative und Neue Selbständig“ (Über Smart, o.D.). Im Sinne der Interessengruppe nach Bernauer et al. (2015) verfolgt eine solche Genossenschaft allerdings vor allem eine Wirkung nach innen, also für ihre Mitglieder.

Die Interessenvertretung von Erwerbsarbeitslosen ist in Österreich gesetzlich geregelt. Demzufolge ist die Bundesarbeiterkammer die rechtliche Interessenvertretung erwerbsarbeitsloser Menschen – im Wortlaut des Bundesgesetzes hierzu:

„Die Arbeiterkammern sind berufen, alle zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer einschließlich der zuvor als Arbeitnehmer beschäftigten Arbeitslosen und Pensionisten - erforderlichen und zweckmäßigen Maßnahmen zu treffen.“ (BGBl 626/1991, Abschnitt 2, § 4. [1])

Grundsätzlich wäre daher die Arbeiterkammer als zu untersuchende Organisation hinsichtlich ihrer Tätigkeiten eine relevante Akteurin. Für die Fallauswahl im Rahmen dieser Masterarbeit ist in diesem Fall aber auch das politische System Österreichs zu berücksichtigen. Dieses ist stark geprägt von der Sozialpartnerschaft. Die Sozialpartner sind dabei nicht als unabhängige Akteur\*innen zu sehen, sondern sind mit dem politischen System verflochten, „nämlich in Form der institutionell-organisatorischen Beziehungen zwischen Interessenorganisationen und Parteien“ (Tálos 2017, 160). Daher entspricht die Arbeiterkammer, wenngleich sie per Gesetz als Interessenvertretung von Erwerbsarbeitslosen fungiert, nicht den Auswahlkriterien der vorliegenden Untersuchung.

Den Auswahlkriterien entsprechend konnten zwei Initiativen für den Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit ausgemacht werden: Aktive Arbeitslose Österreich und Arbeitslos.Selbstermächtigt. Beide Initiativen erfüllten alle oben genannten Kriterien und wurden für Interviews angefragt. Für die freie Kulturarbeit bot sich als bereits langjährig tätige und zentrale Akteurin die IG Kultur Österreich an, sowie die weiteren Länderorganisationen, wobei hierfür die Kulturplattform Oberösterreich ausgewählt wurde.

Die IG Kultur Österreich (IGKÖ) ist ein bundesweiter Dachverband österreichischer Kulturinitiativen und versteht sich als kulturpolitische Interessenvertretung. Sie wurde 1990 gegründet und ist als Verein organisiert. Als Kernaufgaben sieht die IGKÖ die kulturpolitische Vertretung für die Absicherung von Kulturinitiativen und soziale Absicherung von Kulturarbeiter\*innen, die Beratung und Weiterbildung von Kulturarbeiter\*innen und die Produktion und Mitgestaltung von Wissen zur kulturpolitischen Entwicklung. Diese Ziele verfolgt die IGKÖ entlang folgender Leitsätze, die aus dem Mission Statement hervorgehen: „Selbstbestimmung und Partizipation“, „politischer Antirassismus“, „nichtidentitärer Feminismus“, „aktives Auftreten gegen Faschismus“, „Antikapitalismus“, „Kollektivität“, „Gleichheit und Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ (IGKÖ 2016).

Die IGKÖ ist wie bereits angesprochen ein Dachverband österreichischer Kulturinitiativen. Auch auf Länderebene gibt es weitere Interessenvertretungen der freien Szene. Diese wiederum sind Mitglieder in der IGKÖ. Dazu zählt unter anderem auch die Kulturplattform Oberösterreich (KUPF OÖ). Die KUPF OÖ als Länderorganisation auszuwählen, hatte mehrere Gründe. Durch die Untersuchung einer Schwesternorganisation der IGKÖ kann mehr Datenmaterial generiert, gleichzeitig aber im Sampling eine zu große Unterschiedlichkeit der untersuchten Fälle innerhalb des Bereichs der Kulturarbeit vermieden werden. Zudem führt die KUPF OÖ zusätzliche Angebote, die weit über die Beratung der Zielgruppe hinausgehen, wie beispielsweise eine Jobplattform. Weiters gibt es Formate, die die Arbeit der KUPF OÖ auch nach außen hin stark repräsentieren, wie etwa die KUPFzeitung und KUPFradio. Für die Jobplattform ist anzumerken, dass hier nur Jobangebote akzeptiert werden, die den Fair-Pay Regelungen entsprechen und damit schon ein Beitrag geleistet wird, prekäre Arbeitsverhältnisse nicht weiter zu verstärken (vgl. KUPF OÖ o.D. a). Mit der angesprochenen Fair Pay-Kampagne fordern die Interessenvertretungen der freien Szene faire Bezahlung für Kulturarbeit, ebenso wie soziale Absicherung. Dabei wird der Fokus allerdings nicht auf die Angleichung an ein Normalarbeitsverhältnis in der Kultur gelegt, sondern die Förderung von emanzipatorischen Arbeitsmodellen (IGKÖ o.D.)

Für die Fallauswahl der KUPF OÖ war zudem insbesondere die politische Aktivität wichtig, darunter unter anderem die Kampagne „Rettet das Kulturland Oberösterreich“ (Kulturlandretten o.D.)<sup>6</sup>, die sich gegen Kürzungen des Budgets für Kultur durch die Landesregierung stellte. Die KUPF OÖ versteht sich als Interessenvertretung und kulturpolitische NPO für die freie Szene in Oberösterreich (KUPF OÖ o.D. b).

Der Verein „Aktive Arbeitslose Österreich – Gesellschaft zur Förderung der Interessen und Aktivitäten Erwerbs-Arbeitsloser und prekär lebender Menschen“ wurde im Jahr 2009 gegründet. In den Vereinsstatuten werden acht Vereinszwecke angeführt. Speziell werden hier neben der Gruppe erwerbsarbeitsloser Menschen auch Invaliden und prekär arbeitende und lebende Menschen genannt. Der Verein hat unter anderem das Ziel, die Organisation dieser Gruppen zu fördern. Ebenso verfolgt der Verein das Ziel, die Entwicklung des Sozialversicherungssystems mitzubestimmen, wobei im Speziellen das Arbeitsmarktservice (AMS) genannt wird. Der Name des Vereins wird im Folgenden als „Aktive Arbeitslose“ kurz geführt.

Eine im Vergleich dazu noch jüngere Initiative im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit ist Arbeitslos.Selbstermächtigt. Der oberösterreichische Verein nennt folgende Ziele auf seiner Homepage: „Erreichung einer dauerhaft gesicherten Lebensgrundlage“, „Etablierung einer konsequenten Interessenvertretung“, „Gerechte Verteilung der Arbeit“, „Förderung von Bildungseinrichtungen“, „Würdevolle Betreuung und Beratung“ (Arbeitslos.Selbstermächtigt. o.D). Die konkreten Forderungen, die explizit an die Politik gerichtet sind, lauten wie folgt: „Erhöhung des Arbeitslosengeldes“, „Einrichtung einer gesetzlichen und politisch unabhängigen Arbeitslosenrechtsanwaltschaft“, „Abschaffung der Bezugssperren“, „Entscheidungsrecht über Aus- und Weiterbildung“ (ebd.). Der Verein wurde im Jahr 2015 gegründet und versteht sich als „eine neue Bewegung, eine neue Initiative von und für arbeitslose Menschen“ ebenso wie als „konsequente Interessenvertretung arbeitsloser Menschen“ (ebd.).

Die Initiativen wurden telefonisch oder per Mail für Interviews angefragt. Alle Initiativen erklärten sich bereit, ein Interview zu geben. Die Interviews wurden mit Yvonne Gimpel (Geschäftsführerin der IGKÖ), Katharina Serles (stellvertretende Geschäftsführerin der KUPF

---

<sup>6</sup> Für mehr Informationen siehe: <https://kulturlandretten.at/> [08.09.2020]

OÖ, sowie Leiterin der KUPFzeitung), Martin Mair (Obmann von Aktive Arbeitslose), Armin Kraml (Gewerkschafter, einfaches Mitglied), Johann Weiss (Gründungsmitglied, aktuell einfaches Mitglied) geführt.

Bisher konnten in der Masterarbeit der Theoriehintergrund, die methodische Vorgehensweise und im Anschluss daran auch die Fallauswahl der hier untersuchten Organisationen dargelegt werden. Eine eingehende Besprechung der Bereiche Erwerbsarbeitslosigkeit und Kulturproduktion konnte bis zu dieser Stelle noch nicht geleistet werden. Die nächsten beiden Kapitel widmen sich daher explizit den Regierungsweisen und den empirischen Befunden prekärer Verhältnisse in den für diese Masterarbeit ausgewählten Bereichen.

## **4 Regierungsweisen in prekären Bereichen: Kulturproduktion und Erwerbsarbeitslosigkeit im Vergleich**

Wie bereits in Kapitel 1.1.6 erläutert wurde, können Unterschiede prekärer Verhältnisse auch vor einem umfassenden Prekarisierungsverständnis ausgemacht werden. Kapitel 4.1 und 4.2 sollen daher der Erläuterung der im jeweiligen Bereich relevanten Regierungsweisen dienen. Mittels der Darstellung prekärer Verhältnisse ausgehend von Regierungsweisen sollen Unterschiede der Prekarität und Prekarisierung in den Bereichen Kulturproduktion und Erwerbsarbeitslosigkeit herausgearbeitet werden, ohne dabei eine Hierarchisierung der Bereiche und deren prekären Verhältnisse vorzunehmen.

### **4.1 Selbst-Prekarisierung in der Kulturproduktion**

Wie bereits im Kapitel zur Prekarisierungsdebatte dargelegt, zählt die Kulturproduktion zu jenen gesellschaftlichen Bereichen, in denen schon immer prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse vorherrschten. Was aber kann unter Kulturproduktion verstanden werden? Der Begriff Kulturproduktion bezeichnet weder einen Sektor, noch ein berufliches Selbstverständnis:

„Wir sprechen vielmehr von der Praxis, Unterschiedliches zu durchqueren: Theorieproduktion, Gestaltung, politische und kulturelle Selbstorganisation, Formen der Kollaboration, bezahlte und unbezahlte Jobs, informelle und formelle Ökonomien, temporäre Zusammenschlüsse, Projekt bezogenes Arbeiten und Leben.“ (Kleines postfordistisches Drama 2005, 24; zitiert nach Lorey 2006 o.S.)

In den hier zitierten Beiträgen von Lorey verwendet die Autorin unterschiedliche Begriffe, wie beispielsweise „WissensarbeiterInnen“ oder „VirtuosInnen“ (Lorey 2010b), die aber unter der Gruppe der Kulturproduzent\*innen subsumiert werden können: „KulturproduzentInnen sind wiederum nicht auf ein eng verstandenes künstlerisches Feld zu reduzieren, sondern bezeichnen eine Ansammlung vielfältiger Tätigkeiten, die nicht mehr mit klassischen Berufsbezeichnungen zu beschreiben ist“ (Lorey 2007, 122f). Kulturproduktion kann also als ein Begriff verstanden werden, der unterschiedliche Sektoren und Tätigkeiten zu umfassen versucht. Ausgehend von diesem Begriff erarbeitet Lorey ihre These der Selbst-Prekarisierung als zentrale Regierungsweise, die für Künstler\*innen, ebenso wie für Kulturarbeiter\*innen oder auch Wissensarbeiter\*innen zum Tragen kommt. Im Folgenden soll der Begriff der Kulturproduktion verwendet werden, um Loreys These der Selbst-Prekarisierung nachzuzeichnen.

Das Normalarbeitsverhältnis, dessen Bewahrung einem immunisierenden Prekarisierungsbegriff zufolge als Schutz vor Prekarisierung dient, lag in der Kulturproduktion nie als strukturgebende Norm vor. Zunächst galten also diese Arbeits- und Lebensverhältnisse, die im Kulturbereich vorherrschten, als Gegenentwurf und Alternative zum Normalarbeitsverhältnis, sowie die darin eingeschriebene Aufteilung von Reproduktions- und Lohnarbeit:

„Generell war die bewusste, die freiwillige Aufnahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse auch Ausdruck für ein Bedürfnis, die moderne, patriarchale Aufteilung in Reproduktion und Lohnarbeit anders zu leben als innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses.“ (Lorey 2007, 129)

Für die hier als freiwillig bezeichnete Aufnahme prekärer Arbeits- und somit auch Lebensverhältnisse war entscheidend: „selbst entscheiden können, was und mit wem gearbeitet wird“ sowie mehr Freiheit und Autonomie, ebenso wie eine freiere Zeiteinteilung und nicht zuletzt Selbstbestimmung (vgl. Lorey 2006, o.S.).

Versteht man wie Boltanski und Chiapello Kritik als Motor für die Anpassungen und Weiterentwicklungen des Kapitalismus (vgl. Boltanski und Chiapello 2006, 86), so war es die von den beiden Autoren so benannte Künstlerkritik, die in weiterer Folge den Kapitalismus in seiner jetzigen Form gestärkt beziehungsweise mitgeprägt hat (vgl. Manske und Schnell 2018, 434). Euteneuer beschreibt diesen Wandel der gesellschaftlichen Bedeutung der für den Kulturbereich typischen Arbeitsverhältnisse als einen Wandel „vom Gegenentwurf zum Vorbild“ (Euteneuer 2011, 23). Jene Arbeitsverhältnisse, die einst als Alternativen zum Normalarbeitsverhältnis galten, sind nun „stärker ökonomisch verwertbar geworden, weil sie

die Flexibilisierung begünstigen, die der Arbeitsmarkt forderte“ (Lorey 2006, o.S.). Das bedeutet allerdings nicht, dass ehemals alternative Lebensformen nun „gesellschaftlich hegemonial werden“ (Lorey 2007, 123). Denn genau der umgekehrte Prozess findet statt:

„Die massenhafte Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen wird mit der Verheißung, die eigene Kreativität zu verantworten, sich nach den eigenen Regeln selbst zu gestalten, für all diejenigen, die herausfallen aus dem Normalarbeitsverhältnis, als zu begehrende, vermeintlich normale Existenzweise erzwungen.“ (ebd.)

Unter den aus dem Normalarbeitsverhältnis Herausfallenden können beispielsweise neue Erwerbsformen wie jene der sogenannten Solo-Selbständigen<sup>7</sup> verstanden werden (vgl. Candeias 2008).

Manske und Schnell beschreiben Prekarität im Kulturbereich als ambivalent, strukturlogisch und selbstgewählt (vgl. Manske und Schnell 2018, 426). Dieser ist stark geprägt von Beschäftigungsverhältnissen (ähnlich) der Freiberuflichkeit, verbunden mit geringer sozialstaatlicher Absicherung, projektorientierter und auftragsbasierter Arbeit (vgl. Mayerhofer 2012, 57ff; Atzmüller 2018, 67; Manske und Schnell 2018, 432). Diese Arbeits- und Lebensverhältnisse haben eine „historische Kontinuität“ (Manske und Merkel 2009, 295). Denn wie bereits festgehalten wurde, zählt der Kulturbereich zu jenen Bereichen, die bereits vor dem Brüchigwerden des Normalarbeitsverhältnisses prekäre Arbeitsverhältnisse aufwies (vgl. Motakef 2015, 9f). Anhand der Untersuchung von Hesmondhalgh und Baker (2010) kann die Ambivalenz prekärer Verhältnisse in der Kulturarbeit verdeutlicht werden. Im Rahmen der Studie wurden insgesamt 63 semi-strukturierte Interviews mit Arbeiter\*innen aus den Branchen Print, Fernsehen und Musik in England von 2006 bis 2007 geführt. Die Studie zeigt zum einen, dass Kulturproduzent\*innen bewusst ist, dass ihre Arbeitsverhältnisse eine gewisse Freiheit mit sich bringen, jedoch bezeichnen sie diese als eine „very complicated version of freedom“ (Hesmondhalgh und Baker 2010, 13). Diese Studie liefert empirische Befunde dafür, dass die Ambivalenz prekärer Verhältnisse auch von Kulturproduzent\*innen selbst wahrgenommen und so benannt wird.

---

<sup>7</sup> Unter dem Begriff Solo-Selbständige versteht Mario Candeias Erwerbstätige unterschiedlichster Sektoren, die er klar von herkömmlichen Selbstständigen unterscheidet. So zählt er zu der Gruppe der Solo-Selbständigen etwa „hoch-qualifizierte Freelancer, 'freie' Journalisten und Medienschaffende mit Projektaufträgen, selbsttätige Masseure, Trainer oder Bildungsreferenten, alternative Ein-Personen-Betriebe und unfreiwillige Ich-AGs“ (Candeias 2008, 66).

Neben den Begriffen strukturlogisch und ambivalent wurde nun schon mehrmals der Begriff „selbstgewählt“ genannt, um prekäre Verhältnisse konkret in der Kulturproduktion zu beschreiben. Isabell Lorey prägt hier den Begriff der Selbst-Prekarisierung (vgl. Lorey 2006; 2010b). Dieser könnte – wörtlich genommen – zunächst bedeuten, dass Kulturproduzent\*innen „sich selbst prekarisieren“ und somit für die eigenen prekären Verhältnisse selbst Rechnung zu tragen hätten; Prekarisierung könnte als freie Entscheidung dargestellt werden, um im Gegenzug autonom(er) und nicht dem Normalarbeitsverhältnis entsprechend zu leben und zu arbeiten; sondern eben „zu leben und zu arbeiten wie ein Künstler“ (McRobbie 2002). Bei dem Begriff der Selbst-Prekarisierung geht es Isabell Lorey allerdings nicht darum, danach zu fragen, wann und ob *tatsächlich* frei entschieden und autonom gehandelt wurde. Im Zentrum steht für Lorey die Frage, „inwiefern durch ‚selbst gewählte‘ Prekarisierung die Voraussetzungen dafür mitproduziert werden, aktiver Teil neoliberaler politischer und ökonomischer Verhältnisse werden zu können“ (Lorey 2006, o.S.). Selbst-Prekarisierung versteht Lorey als „neoliberale Subjektivierungsweise, eine Weise der Selbstregierung“ (dies. 2010b, 16). Diese Lebens- und Arbeitsverhältnisse würden von den Kulturproduzent\*innen selbst gewählt um „relativ frei und autonom ihre größtmögliche Entfaltung zu leisten“ (dies. 2007, 123). Selbst-Prekarisierung als eine Form der Selbstregierung ist nur über die Imagination von Autonomie und Freiheit, die Vorstellung „sich selbst und sein Leben frei, autonom und nach eigenen Entscheidungen gestalten zu können oder zu müssen“ (dies. 2010b, 20) möglich.

Diese Regierungsweise der Selbst-Prekarisierung wird aber nicht immer als solche entschlüsselt. Oftmals wird die eigene Position als gesellschaftskritisch verstanden: „Von besonderem Interesse sollen hier diejenigen sein, die sich in ihren unterschiedlich bezahlten Projektstätigkeiten, ihren verschiedenen Honorarjobs durchaus als *gesellschaftskritisch* verstehen.“ (Lorey 2007, 123, Herv.i.O.) Denn viele dieser Kulturproduzent\*innen beziehen „sich auf eine bewusste oder unbewusste Geschichte ehemals alternativer Existenzweisen [...], auch wenn sie keinen direkten politischen Bezug zu dieser Geschichte haben“ (ebd.).

Diesen Überlegungen nach kann festgehalten werden, dass prekäre Verhältnisse in der Kulturproduktion kein neuartiges Phänomen darstellen. Vielmehr wird Prekarisierung hier durch die historische Kontinuität eine gewisse Normalität beigemessen. Zudem werden prekäre Verhältnisse im Zusammenhang mit Autonomie auch von Kulturproduzent\*innen selbst ambivalent betrachtet. Eine Selbstregierung, die in der Kulturproduktion von besonderer Bedeutung ist, ist die Selbst-Prekarisierung. Zentral bei der Regierungsweise der Selbst-Prekarisierung ist vor allem, dass diese nicht immer als solche entschlüsselt wird, ihre

gesellschaftliche Bedeutung als Vorbild für neoliberale Arbeitsverhältnisse daher von Kulturproduzent\*innen nicht immer wahrgenommen wird.

## **4.2 Soziale Sicherheit als widerrufbares Gut**

Bei der Darstellung prekärer Verhältnisse im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit schließt die vorliegende Masterarbeit an Forschungen an, die diesen Bereich immer wieder exemplarisch nennen und (oft nur implizit) als prekären gesellschaftlichen Bereich darstellen. Das Kapitel ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird erläutert, inwiefern Erwerbsarbeitslosigkeit als prekär verstanden werden kann. Hierbei wird auf den umfassenden Prekarisierungsbegriff zurückgegriffen, der nicht zwingend ein Erwerbsarbeitsverhältnis als Ausgangspunkt für prekäre Verhältnisse sieht. Bei der Bearbeitung von Prekarisierung im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit ist die Berücksichtigung staatlicher Maßnahmen unerlässlich. Um prekäre Verhältnisse herauszuarbeiten, wird die Argumentation auf Beiträge gestützt, die Regierungsformen des Sozialstaates in den Blick nehmen (vgl. Pühl 2008, Wöhl 2011), um in einem nächsten Schritt die Imperative der Aktivierungspolitik zu erläutern (vgl. Scherschel et al. 2012).

In den Beiträgen zur Prekarisierungstheorie werden Erwerbsarbeitslose oftmals als Beispiel für eine spezifische prekäre Gruppe genannt (exemplarisch vgl. Marchart 2013, 47), worin auch Bezug auf das Protestpotenzial dieser Gruppe genommen wird (vgl. Lorey 2010a, 57; Precarias a la deriva 2014, 51). Umgekehrt wird auch in der Untersuchung aktueller Tendenzen in der Ausgestaltung des Sozialstaates im deutschsprachigen Raum eine Brücke zum Phänomen der Prekarisierung geschlagen. Dabei wird aber oft nicht differenziert, ob es dabei nicht nur um die auf die Erwerbsarbeitslosigkeit folgende prekäre Beschäftigung geht. Hier wird der Bezug zu jenen sozialstaatlichen Maßnahmen hervorgehoben, die zur Aufnahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse führen – dies wird unter dem Stichwort „Aktivierung in die Prekarität“ verhandelt (vgl. Scherschel und Booth 2012). Oft greifen auch prekäre Beschäftigung und der Bezug sozialstaatlicher Leistungen ineinander, was mit dem Begriff *working poor* beschrieben werden kann. Jedoch kann nicht nur die Situation von Erwerbsarbeitslosen, die zusätzlich prekärer Beschäftigung nachgehen, als prekär beschrieben werden. Dieser Masterarbeit zufolge ist die Phase der Erwerbsarbeitslosigkeit in jedem Fall *per se* prekär. Dies ist in diesem Fall nicht auf prekäre Beschäftigung zurückzuführen, sondern auf die Herstellung der Prekarität durch die neoliberale Ausgestaltung des Sozialstaates. Kurz

zusammengefasst fallen die Begriffe der Arbeitslosigkeit / Erwerbsarbeitslosigkeit und Prekarisierung / Prekarität oft im selben Kontext, jedoch wird nur an wenigen Stellen konkret ausgeführt, dass es sich bei der (Phase der) Erwerbsarbeitslosigkeit um eine prekäre Lage handelt.

Um Prekarisierung in diesem Bereich zu bearbeiten, ist daher die Berücksichtigung sozialstaatlicher Rahmenbedingungen notwendig. Im Zuge der neoliberalen Transformation kam es auch zu einer Neudefinition sozialer Sicherheit (vgl. Pühl 2008, 104). Dabei gewann auch in der Sozialpolitik das Wettbewerbsprinzip immer mehr an Bedeutung (vgl. ebd., 108). Damit einher geht die „Nachordnung von Sozial- gegenüber Arbeitsmarktpolitik“ (ebd., 117). So hebt Pühl in Anlehnung an Denis Meuret hervor, dass es nicht nur rein um eine Übertragung von ökonomischen Prinzipien in die Politik geht, sondern um ein „auf neue Weise *artikulierte Verhältnis* von Ökonomie zu Politik und Staat“ (ebd., 109, Herv.i.O). Das bedeutet konkret, dass nicht „gerechte Mittelwerte“ und Umverteilung, sondern „Existenzminima für diejenigen, die sich nur vorübergehend oder gar nicht selbst am Markt erhalten können“ (ebd.) angestrebt werden. Diese Existenzminima stehen aber gleichzeitig zur Disposition. Dadurch wird soziale Sicherheit ein „prekäres, widerrufbares soziales Gut, das im Zuge neoliberaler gesellschaftlicher Veränderungen stets zur Disposition gestellt werden kann“ (ebd., 121). Die Existenzminima sind durch das Prinzip des Förderns und Forderns an eine Gegenleistung für die sozialstaatliche Leistung geknüpft (vgl. ebd., 103f, Anmerkung 1). Sozialstaatliche Errungenschaften werden nicht mehr als solche erachtet; Sozialleistungen zu erhalten liegt in der Verantwortung eines einzelnen Individuums, wofür eine Gegenleistung erbracht werden muss (vgl. Wöhl 2011, 40). So wird Arbeitslosigkeit nicht als strukturelle Ungleichheit, sondern als Arbeitsunwilligkeit abgetan (vgl. Weiss 2014, 15). In ihrer Analyse zur österreichischen Sozialpolitik führt Alexandra Weiss aus: „Soziale Verhältnisse werden im Zuge der Individualisierung sozialer Problemlagen kaum noch als asymmetrische Machtverhältnisse im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion verstanden“ (dies. 2018, 20). In ihrer empirischen Studie zur österreichischen Mindestsicherung beschreiben Globisch und Madlung Aktivierung als eine gouvernementale Technik, „mit der das Subjekt als durch Maßnahmen aktivierbar und individuell verantwortlich konstruiert und ihm eine kompetente Sorge um und Aktivierung von sich zuschreibt“ (Globisch und Madlung 2017, 324).

Arbeitsmarktpolitik ist im neoliberalen Sozialstaat geprägt von Aktivierungspolitik. Diese kann als paradoxes Pendant zur Erwerbsprekarisierung gesehen werden (vgl. Völker und Amacker 2015, 9). Auch die aktuelle Forschung zur Ausgestaltung westeuropäischer Sozialstaaten

nimmt den aktivierenden Sozialstaat in den Blick (exemplarisch vgl. Dingeldey 2011). Dabei ist zwischen der aktiven und der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zu unterscheiden: „Diese [die aktive Arbeitsmarktpolitik, Anmerkung EM] orientierte sich an der Vollbeschäftigungsidee, wies eindeutig präventiven Charakter auf und gewährte klare Rechtsansprüche auf Qualifizierungsförderung und berufliche Weiterbildung“ (Scherschel et al. 2012, 8). Aktivierender Arbeitsmarktpolitik (im Unterschied zu aktiver Arbeitsmarktpolitik) liegt die Idee zugrunde, „dass bedingungslos gewährte sozialstaatliche Unterstützungsleistungen Passivität hervorrufen und keine Leistungsanreize enthalten. Gefordert werden deshalb aktive Beiträge der Betroffenen“ (ebd.). Aus gouvernementaler Perspektive kann Aktivierungspolitik, die oft mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen verbunden ist, wie folgt erläutert werden:

„Man könnte sagen, dass letztere [Erwerbsarbeitslose, Anm. EM] durch private wie öffentliche Wohlfahrts- und Weiterbildungsbürokratien eher zum *Objekt* gouvernementaler Technologien gemacht würden, wären nicht auch sie zunehmend den Subjektivierungsimperativen einer ‚aktivierenden‘ Arbeitsmarktpolitik ausgesetzt und damit auf paradoxe Weise zum Subjekt-Sein verurteilt.“ (Marchart 2013, 47, Anmerkung 12, Herv.i.O.)

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik konstituiert sich demnach aus dem bereits beschriebenen Wechselspiel zwischen Selbst- und Fremddregierung: ein Zusammenspiel der einerseits disziplinierenden Maßnahmen von Aktivierungspolitiken (in denen Arbeitslose zum „Objekt gouvernementaler Technologien“ werden), und andererseits der Subjektivierungsimperative, die auf Selbstregierung abzielen und so zu einem „erzwungenen“ Subjekt-Sein führen. Die Subjektivierungsweise von einem „‘heteronomen‘ tayloristischen Arbeiter“ hat sich hin zu einem „‘autonomen‘ Manager seines Risikos“ (Marchart 2013, 47) entwickelt.

### **4.3 Regierungsweisen im Vergleich**

In den beiden Kapiteln 4.1 und 4.2 wurden nun wie eingangs beschrieben die Besonderheiten prekärer Verhältnisse aufgezeigt, um so „Unterschiede in Unsicherheitslagen“ (Motakef 2015, 138) vor einem umfassenden Prekarisierungsverständnis auszuweisen. Erstens konnten verschiedene Regierungsweisen in den beiden prekären Bereichen erarbeitet und somit auch das Zusammenspiel von Selbst- und Fremddregierung hervorgehoben werden (siehe auch Kapitel 1.1.1). In der Gegenüberstellung der beiden Bereiche wurde deutlich, dass im Bereich der Kulturproduktion nach innen verlagerte Regierungsweisen, wie etwa die Selbst-Prekarisierung, in den Vordergrund rücken. So werden Regierungsziele mit Selbstregierung

verknüpft. Im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit wurden hingegen vor allem vom Staat ausgehende Regierungsweisen beschrieben, die teilweise aber ebenso auf eine nach innen verlagerte Selbstregierung abzielen. In der Gegenüberstellung der beiden Bereiche wird auch die Bedeutung prekärer Verhältnisse an sich deutlich. Dem normalen *Dauerzustand* prekärer Verhältnisse durch ihre historische Kontinuität, steht die unerwünschte *Phase* prekärer Verhältnisse im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit, die durch die Aktivierungspolitik möglichst rasch überwunden werden soll, gegenüber.

Wie die Initiativen beziehungsweise die Akteur\*innen ebendieser die prekären Verhältnisse wahrnehmen, soll daher in den Interviews thematisiert werden, da diese Einschätzung mit ein Ausgangspunkt des Handelns der Organisationen ist. Stellt die Einschätzung der Akteur\*innen der prekären Verhältnisse eine Herausforderung für kollektives Handeln dar? Aufgrund dieser Annahme wurde, wie bereits in der Übersicht der Untersuchungsdimensionen (siehe Kapitel 1.3.3) angeführt, die Wahrnehmung prekärer Verhältnisse durch die Akteur\*innen als Sub-Dimension möglicher Herausforderungen aufgenommen.

Die Erkenntnisse dieses Kapitels lassen sich nun auch mit den in 1.2.2 dargestellten Untersuchungen im Bereich der informellen Ökonomie verknüpfen. So wurde aufgezeigt, dass die Organisationen zunächst die Relevanz ihrer Arbeit der Zielgruppe gegenüber vermitteln müssten. Aufbauend auf diese Untersuchungsergebnisse wurde auch für die Untersuchung dieser Masterarbeit die Zielgruppe als mögliche Herausforderung angenommen. Diese Annahme konnte anhand der Darstellung der Regierungsweisen in den Bereichen Kulturproduktion und Erwerbsarbeitslosigkeit nun weiter spezifiziert werden.

Ausgehend von der Regierungsweise der Selbst-Prekarisierung rückt weniger ein mangelndes Bewusstsein für die Notwendigkeit in den Mittelpunkt. Vielmehr verweist die Literatur hier auf die Problematik, dass die eigene Position oftmals als gesellschaftskritisch wahrgenommen wird und so die Bedeutung als Vorbild für neoliberale Arbeitsverhältnisse von Kulturproduzent\*innen selbst verkannt werden kann.

Für Erwerbsarbeitslosigkeit konnte festgehalten werden, dass aktivierende Arbeitsmarktpolitik Individualisierung bedingt und auch diese Regierungsweise kollektivem Handeln im Weg stehen kann. Beide hier dargestellten Regierungsweisen können sich als Herausforderung für die Arbeit jener Organisationen angenommen werden, die sich als Interessenvertretung dieser beiden gesellschaftlichen Bereiche engagieren, was in weiterer Folge in den Interviews thematisiert werden soll.

Im Anschluss an die Regierungsweisen der beiden Bereiche sollen in Kapitel 5 nun vor allem die Verhältnisse in Österreich umrissen werden.

## **5 Prekäre Verhältnisse in Österreich**

Der Fokus der bisherigen Ausführungen lag auf der theoretischen Annäherung an Prekarisierung als Phänomen, sowie auf der Erarbeitung der Regierungsweisen im Zusammenhang mit Prekarisierung in den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit. Im folgenden Kapitel wird nun der Forschungsstand dargelegt, der Auskunft über die prekären Verhältnisse in den beiden Bereichen in Österreich gibt.

### **5.1 Kulturarbeit: prekäre Finanzierung, prekäre Beschäftigung**

Im vorhergehenden Kapitel wurde der Begriff der Kulturproduktion verwendet. Hinsichtlich der theoretischen Annäherung an die Regierungsweisen im Feld war dieser Begriff dienlich. Für dieses Kapitel, das an konkreten empirischen Befunden zu prekären Verhältnissen interessiert ist, müssen die Begrifflichkeiten hier präzisiert werden. Diese Masterarbeit nimmt in der empirischen Untersuchung Interessenvertretungen der freien Kulturarbeit in den Blick. Es gibt keine einheitliche Definition, was unter freier Kulturarbeit verstanden werden kann. Moser (2015) entwickelte hierfür folgende Definition:

„Ganz generell kann gesagt werden, dass die freie Kunst- und Kulturarbeit ein sehr heterogenes Feld ist, das Kunstschaffende verschiedenster Sparten ebenso umfasst wie Kulturinitiativen, Netzwerke, freie Medieninitiativen und Künstler\_innenkollektive. Sie zählt neben den öffentlich-rechtlichen oder ›staatlichen‹ Kulturbetrieben und den – im Profit-Bereich anzusiedelnden – privatrechtlich-kommerziellen Einrichtungen zur dritten wichtigen Säule des heimischen Kulturbetriebs. Kennzeichen dieses 3. Sektors als privatrechtlich-gemeinnützigen Kulturbetrieb ist, dass er – wie der Name schon sagt – im Non-Profit-Bereich angesiedelt und gemeinnützig ausgerichtet ist.“ (Moser 2015, 33)

Freie Kulturarbeit ist daher keineswegs gleichzusetzen mit beispielsweise dem Begriff der Kreativwirtschaft<sup>8</sup>. Dass dies sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen sehr oft der Fall ist, und so wiederum die Datenlage für diesen Bereich maßgeblich beeinflusst, unterstreicht auch Moser (2015, 33).

Zum Zweck dieses Kapitels kann insbesondere auf drei sehr umfassende und rezente Studien zurückgegriffen werden. Im Auftrag des Kulturrat Österreich führte die Arbeiterkammer eine

---

<sup>8</sup> Für Anmerkungen zu den Begriffen „Kulturberufe“, „Kulturdienstleistungen“, oder auch „Kreativwirtschaft“ vgl. Manske und Merkel 2009, 296f.

Studie zu Problemen der sozialen Absicherung für Kunstschaaffende in Österreich durch (vgl. Christl und Griesser 2017). Eine weitere Studie zur sozialen Lage von Kunstschaaffenden und Kunst- und Kulturvermittler\*innen wurde von L&R Sozialforschung durchgeführt (vgl. Wetzel et al. 2018). Durch die Darstellung der Ergebnisse der beiden Studien, die sich zum einen hauptsächlich auf Expert\*inneninterviews (Christl und Griesser 2017) und zum anderen auf eine Online-Umfrage von Kunstschaaffenden stützen (Wetzel et al. 2018) kann ein guter Überblick zu zentralen und relevanten Problemfeldern geschaffen werden. Die dritte Studie, die hier noch in den Blick genommen werden soll, wurde von *österreichische kulturdokumentation. internationales archiv für kulturanalysen* (Ratzenböck und Lungstraß 2013) durchgeführt und ist die einzige dieser drei Studien, die explizit freie Kulturarbeit in den Blick nimmt. Allen drei Studien ist gemeinsam, dass sie auch politische Rahmenbedingungen, wie etwa die sozialstaatliche Absicherung von Kulturarbeiter\*innen in den Blick nehmen.

Wie bereits erwähnt ist die Kulturproduktion stark geprägt von Beschäftigungsverhältnissen (ähnlich) der Freiberuflichkeit, verbunden mit geringer sozialstaatlicher Absicherung, projektorientierter und auftragsbasierter Arbeit (vgl. Mayerhofer 2012, 57ff; Atzmüller 2018, 67; Manske und Schnell 2018, 432). Auch in Österreich ist dies der Fall. Dass eine Differenzierung zwischen Künstler\*innen und Kulturarbeiter\*innen oftmals schwierig ist, zeigen auch aktuelle Studienergebnisse aus Österreich. Vielfach kombinieren Künstler\*innen kulturvermittelnde, kunstnahe als auch kunstferne Tätigkeiten mit ihren künstlerischen Tätigkeiten: 70% der befragten Kunstschaaffenden sind neben ihrer künstlerischen Tätigkeit auch in kunstnahen und/oder kunstfernen Feldern tätig (vgl. Wetzel et al. 2018, 37). Mit dem Arbeitsfeld variiert auch die Beschäftigungsform: häufig kommt es zu einer Kombination von selbständigen und unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen (vgl. ebd., 11;14), was durch den Begriff der Erwerbshybridisierung beschrieben werden kann (vgl. Manske 2016), wobei das Beschäftigungsverhältnis der Freiberuflichkeit und Neue Selbständigkeit die Arbeitsverhältnisse im Bereich der künstlerischen und kunstvermittelnden Tätigkeiten dominieren (vgl. Wetzel et al. 2018, 57ff), in kunstfernen Tätigkeiten überwiegt dahingegen ein Anstellungsverhältnis (vgl. ebd., 58). Auch Kulturproduzent\*innen verstehen sich selbst als Unternehmer\*innen beziehungsweise die Notwendigkeit „Zahlen, Buchhaltung und Marketing [...] im Griff“ (ebd., 45) zu haben, wie eine interviewte Person es darstellt: „Selbständige/r Künstler/in zu sein heißt in der heutigen Zeit AUCH Unternehmer/in sein“ (ebd., Herv.i.O.). Verschiedene Beschäftigungsformen werden auch von der Studie Ratzenböck und Lungstraß (2013) konkret für die freie Kulturarbeit berücksichtigt. Basis für die Ergebnisse sind 205

Online-Fragebögen, die von Kulturinitiativen ausgefüllt wurden. Ein wenig überraschendes, aber zentrales Ergebnis der Studie ist die Rolle ehrenamtlicher Arbeit für die Kulturarbeit in Österreich: etwa die Hälfte der Mitarbeiter\*innen ist ehrenamtlich tätig. Zudem liegt ein Normalarbeitsverhältnis als Beschäftigungsform am seltensten vor. Zu den oben genannten Beschäftigungsformen der Freiberuflichkeit und projektorientierter Arbeit, kann also das Ehrenamt insbesondere für die freie Kulturarbeit in Österreich hervorgehoben werden; Moser (2015) bezeichnet das Ehrenamt in Anlehnung an die Ergebnisse von Ratzenböck und Lungstraß (2013) als „Gratisarbeit“ (Moser 2015, 36). Die Ergebnisse von Ratzenböck und Lungstraß (2013) bestätigen ebenso, dass künstlerische, kulturnahe, aber auch administrative und organisatorische Tätigkeiten ineinanderfließen, da diese oft von einer Person übernommen werden (Ratzenböck und Lungstraß 2013, 4).

In der Studie von Christl und Griesser (2017) werden, unter anderem durch die Miteinbeziehung des Praxiswissens von Interessenvertretungen aus verschiedenen Bereichen der Kunst und Kultur, sieben zentrale Problemfelder dargestellt (vgl. Christl und Griesser 2017, 46ff), die sich grundlegend aus der Inkompatibilität von vorherrschenden Beschäftigungsverhältnissen und dem Sozialversicherungssystem ergeben (vgl. ebd., 5; 12). Der österreichische Sozialstaat orientiert sich an einem „doppelten Leitbild“ eines starken Familienernährers und dem Vorliegen eines Normalarbeitsverhältnisses (vgl. ebd., 14). Zu den Problemfeldern wurden aber ebenso Lösungsvorschläge entwickelt (vgl. ebd., 58ff). Die Lösungsansätze, die gemeinsam mit staatlichen Akteur\*innen erarbeitet wurden, bleiben aber, wie die Studie explizit darstellt, systemimmanent (vgl. ebd., 60). Sie werden als Detailverbesserungen verstanden, mittels derer „Probleme [...] lediglich abgemildert“ (ebd., 81), aber nicht grundlegend behoben oder verändert werden.

Wie im Theoriekapitel bereits erläutert wurde, liegt dieser Masterarbeit kein enger, immunisierender Prekarisierungsbegriff zugrunde, der Prekarität als abzuwehrende Gefahr und das Normalarbeitsverhältnis als Absicherung gegen dieses Phänomen versteht. Das reine Bestreben des Erreichens eines Normalarbeitsverhältnisses beziehungsweise die sozialversicherungsrechtliche Absicherung prekärer Beschäftigung entsprechend eines Normalarbeitsverhältnisses ist mit einem umfassenden und ambivalenten Prekarisierungsbegriff daher nicht ausreichend. Vielmehr geht es um Zielsetzungen, die über das bestehende System hinausgehen. In Christl und Griesser (2017) finden konkrete Vorstellungen und Zielsetzungen der Interessenvertretungen diesbezüglich durch den Fokus auf den Zusammenhang mit dem aktuellen System keinen Eingang. Der Interviewpartner des

damaligen BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz) stellt sich die Frage, ob Ziel dieser Prozesse sei, die Verhältnisse zu verändern oder bestehende Verhältnisse über sozialstaatliche Regelungen abzusichern. Dabei sei aber zu beachten, dass bei weitreichenderen Veränderungen prekäre Verhältnisse nicht noch weiter befördert würden (vgl. ebd., 60, Fußnote 43).

Auch hinsichtlich kollektiven Handelns sind die hier zitierten Publikationen hilfreich. In der Studie von Christl und Griesser (2017) äußert der Interviewpartner für das BMASK im Gespräch den Gedanken, dass Organisierung durch die limitierte Verhandlungsmacht von Kulturproduzent\*innen erschwert würde. Da sie Einzelkämpfer\*innen seien, könne sich keine Solidarität und in weiterer Folge keine weitreichendere Organisierung herausbilden. In der Studie wird diese Äußerung allerdings kritisch kontextualisiert, da der Forschungsstand immer wieder darauf hingewiesen hat, dass es sich bei der vermeintlichen Unorganisierbarkeit von Kulturproduzent\*innen um einen sich lange haltenden „Mythos“ handle (vgl. Christl und Griesser 2017, 74). Schließlich sind auch die Ergebnisse der Studie selbst Beweis dafür, dass kollektives Handeln in diesem Bereich notwendig und möglich ist. Einerseits wird festgestellt, dass eine grundlegende Inkompatibilität zwischen staatlichen Rahmenbedingungen sozialer Sicherheit in Österreich und den „vorherrschenden Beschäftigungsverhältnissen im Kunst- und Kulturfeld gibt“ (ebd., 60) und der Zielgruppe wird geringe Organisierung unterstellt: „Andererseits wird jedoch die Ansicht vertreten, dass an besagten Systemgrenzen nicht gerüttelt werden solle“ (ebd.). An mehreren Stellen der Untersuchung wird dahingegen darauf verwiesen, dass von staatlicher Seite nicht auf weitgreifende Forderungen eingegangen würde (vgl. ebd., 59; 79).

## **5.2 Erwerbsarbeitslosigkeit: Aktivierungspolitik in Österreich**

Parallel zum vorhergehenden Kapitel und den prekären Verhältnissen im Kulturbereich, sollen nun auch für den Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit empirische Erkenntnisse im österreichischen Kontext in die Untersuchung miteinbezogen werden.

Erwerbsarbeitslosigkeit ist in Österreich ein viel erforschtes Thema. Die Thematik wird aus verschiedenen Blickwinkeln bearbeitet; viele der Untersuchungen beschäftigen sich mit Erwerbsarbeitslosigkeit im Hinblick auf den Arbeitsmarkt. So wird Erwerbsarbeitslosigkeit daher mit Bezug auf bestimmte Gruppen in Berichten oder auch umfassenden Studien untersucht, wie beispielsweise im Zusammenhang mit Alter (Auer 2020b), Geschlecht (Spielmann 2019) oder Migration (Baumgartner et al. 2019). Dieses Kapitel verfolgt aber nicht

das Ziel, die Ergebnisse für einzelne Gruppen und nur hinsichtlich ihrer Situation am Arbeitsmarkt zu bearbeiten. Hingegen soll versucht werden, zum einen auf die sozialstaatliche Ausgestaltung in Österreich einzugehen, da diese die in Kapitel 4.2 beschriebenen Regierungsweisen bedingt. Zudem soll auf empirische Befunde zu kollektivem Handeln im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit eingegangen werden.

In Kapitel 4.2 wurden Regierungsweisen beschrieben, die zentral für das Verständnis prekärer Verhältnisse im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit sind. Vor allem wurden jene Charakteristika staatlicher Rahmenbedingungen dargestellt, die sich unter dem Begriff der Aktivierung zusammenfassen lassen. Auch in Österreich wurden aktivierende Politiken analysiert. Wenngleich in Österreich kein einschneidender Umbau des Sozialstaates stattgefunden hat, wie etwa in Deutschland mit den sogenannten Hartz-IV-Reformen, lassen sich dennoch sozialstaatliche Veränderungen feststellen, die Prekarisierung bedingen (vgl. Atzmüller et al 2012, 75; ders. 2009). Atzmüller (2009) untersucht workfareistische Elemente in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik und folgert, dass bereits mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz im Jahr 2007 eine verstärkte Disziplinierung Erwerbsarbeitsloser stattgefunden hat (vgl. 30f); so wurden beispielsweise die Zumutbarkeitsregeln für die Aufnahme von Arbeit verschärft (vgl. 32). Das Prinzip des Förderns und Forderns wirkt demnach pädagogisch (vgl. Atzmüller 2009) als auch disziplinierend (vgl. Leibetseder 2014).

Der politikwissenschaftliche Mainstream stellt für die Gruppe der Erwerbsarbeitslosen ein geringes Organisierungspotenzial fest. Es sei zwar möglich, dass es zu kurzfristigen Protesten kommen könne, durch die hohe Fluktuation in der Gruppe aber eine organisationelle Stabilisierung nicht möglich sei (vgl. Lahusen und Baumgarten 2006, 103). Untersuchungen, die sich dennoch mit der Organisierung und kollektivem Handeln beschäftigen, kritisieren diese Annahmen des Mainstreams, der sich „auf die Erklärung des Ausbleibens von kollektivem Protest kapriziert hat, ohne die begünstigenden Mechanismen und Bedingungen genügend zu berücksichtigen, die zu den entworfenen Erklärungsversuchen passen“ (Lahusen und Baumgarten 2006, 105). Damit kann wieder eine Parallele zur Prekarisierungstheorie gezogen werden, wo ebenso im Mainstream auf die Schwierigkeit bis Unmöglichkeit der Organisierung beziehungsweise Vertretung von Prekären fokussiert wird. Die Studie von Lahusen und Baumgarten (2006), als auch die Dissertation von Britta Baumgarten (2010) zeigen anhand der Arbeitslosenproteste in Frankreich und Deutschland 1994-2004, deren Ausgangspunkt

sozialstaatliche Änderungen waren, dass organisiertes kollektives Handeln innerhalb dieser Gruppe durchaus möglich ist.

Da spezifisch für Österreich keine derart umfassende Studie zu Arbeitslosenprotesten oder Arbeitslosenorganisationen vorliegt, kann diese Masterarbeit dazu beitragen, diese Forschungslücke ansatzweise zu schließen.

## **6 Erstellung des Leitfadens**

*Wie lässt sich kollektives Handeln in prekären Bereichen in Österreich anhand der Untersuchung von Zielen und Herausforderungen von vier Initiativen der Interessenvertretung aus den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit charakterisieren?*

Die vorliegende Untersuchung hat zum Ziel, diese übergeordnete Forschungsfrage anhand von Interviews mit Akteur\*innen der Initiativen Arbeitslos.Selbstermächtigt, IGKÖ, KUPF OÖ sowie Aktive Arbeitslose zu beantworten. Für diese Interviews soll ein Leitfaden entwickelt werden. Es stellt sich nun also die Frage, welche Themen in den Interviews mit den Akteur\*innen besprochen werden sollen, um so Material zu erheben, anhand dessen die Forschungsfrage beantwortet werden kann.

Grob zusammengefasst sollen die Vereinstätigkeiten, Ziele, Herausforderungen und Potenziale der Arbeit der Organisationen besprochen werden. Basis für die Konzeption des Leitfadens waren natürlich die Untersuchungsdimensionen (siehe Kapitel 1.3.3) auf Basis derer Themenblöcke für den Leitfaden erarbeitet werden konnten.

Nicht nur die Struktur des Leitfadens, auch die Formulierung der Fragestellungen in den Interviews wird vom Theoried Hintergrund dieser Masterarbeit beeinflusst. Insbesondere das ist hier das Handlungsverständnis (siehe Kapitel 1.2) hervorzuheben, das Handeln nicht nur als Mittel zum Zweck, zum Erreichen von Zielsetzungen, fasst, sondern als politische Praxis. So stehen auch in den Interviews nicht nur erreichte beziehungsweise nicht erreichte Ziele und durchgesetzte Forderungen im Vordergrund, sondern welche und wie Ziele in der Praxis der Organisationen gesetzt werden.

Angelehnt an das Verständnis von Theorie und Praxis (siehe Kapitel 2.1), worin die Vorrangstellung der Theorie kritisiert wird, wurden die Fragen zunächst auch möglichst offen formuliert. So können die Akteur\*innen möglichst unabhängig von den Erwartungen an die Ergebnisse antworten. Erst in einem weiteren Schritt wurden konkrete Nachfragen hinsichtlich

der Untersuchungsdimensionen formuliert, um so die relevanten Informationen zu erhalten, falls diese bis dahin nicht ohnehin zur Sprache kommen.

Wie in Kapitel 4.3 bereits beschrieben, sollte ein Leitfaden vor der eigentlichen Verwendung für die Datenerhebung getestet werden. Im Zuge der vorliegenden Masterarbeit konnte ein Probeinterview mit Rainer Hackauf (Bureau für Selbstorganisation und Mitinitiator der EuroMayDay-Bewegung in Österreich), durchgeführt werden. Dabei konnte der Leitfaden, dessen Aufbau und mögliche Fragestellungen in einer verkürzten Version getestet und auch maßgeblich weiterentwickelt werden. Schlussendlich wurde folgender Aufbau für den finalen Leitfaden gewählt.

### **Erster Themenblock: Tätigkeiten und Ziele**

Als Einstiegsfrage dienten allgemeine Fragen zur Entstehung sowie den Tätigkeiten der Organisationen. Zudem wurden Nachfragen zur Mitgliederanzahl und der Finanzierung der Organisation selbst gestellt. So konnte zum einen mit allgemeinen Fragen ein guter Gesprächseinstieg geschaffen, zum anderen grundlegende Informationen über die Initiativen selbst erhoben werden.

Bevor konkret auf die Zielsetzungen der Organisationen eingegangen wurde, wurde die Frage danach gestellt, welche Verhältnisse in den jeweiligen Zielgruppe – also in den Gruppen der Kulturarbeiter\*innen und Erwerbsarbeitslose – vorherrschen.

So werden die Akteur\*innen in den Interviews auch darum gebeten, die Lebensverhältnisse der Zielgruppe aus ihrer Sicht beziehungsweise ihrer Erfahrung nach darzustellen.

Dies gibt nicht nur Aufschluss über die Verhältnisse der Interessengruppe selbst, sondern vor allem über jene Aspekte, die hierbei für die Akteur\*innen in Bezug auf die Arbeit der Organisation im Vordergrund stehen. Aus dieser Fragestellung kann auch Aufschluss darüber gewonnen werden, ob prekäre Verhältnisse von den Akteur\*innen, wie in Kapitel 4.3 dargestellt wurde, als Phase oder als Normalität angesehen werden. Diese Fragestellungen sollen Anhaltspunkte für das Prekarisierungsverständnis liefern, auf Basis dessen die Organisationen handeln.

Anschließend wurde konkret nach den Zielsetzungen der Initiativen gefragt. Es ist anzunehmen, dass sich diese Ziele auf spezifische Problemstellungen in den ausgewählten Bereichen beziehen. Diese dann wiederum in einen prekarisierungstheoretischen Hintergrund einzubetten, wird analytisches Ziel dieser Masterarbeit sein.

## **Zweiter Themenblock: Herausforderungen und deren Bearbeitung**

Auch hinsichtlich der Herausforderungen sollen die Fragen ebenso offen formuliert werden. In weiterer Folge werden Nachfragen zu den bereits erarbeiteten Herausforderungen, die sich in erster Linie auf die Zielgruppe und neoliberale Regierungstechniken beziehen, gestellt werden. Drei konkrete Herausforderungen aus der Theorie und dem Forschungsstand erarbeitet: andere Akteur\*innen, Interessengruppe und Wahrnehmung prekärer Verhältnisse. Letztere beziehen sich auf das Prekarisierungsverständnis der Akteur\*innen und wurden schon in Themenblock eins erhoben.

Auch der Begriff Selbst-Prekarisierung wurde in den Fragestellungen eingebracht. So wurde beispielsweise danach gefragt, ob beziehungsweise inwiefern es für die Interessenvertretungen eine Herausforderung darstelle, dass kollektive Forderungen (wie etwa die faire Bezahlung von Kulturarbeit) auf individueller Ebene von Kulturproduzent\*innen unterlaufen würde.

Abschließend soll – wenn dies nicht schon in die Beantwortung der vorherigen Fragen eingeflossen ist – danach gefragt werden, wie die Akteur\*innen, also Mitarbeiter\*innen der Organisationen, mit diesen Herausforderungen umgehen. Werden die Herausforderungen in der Organisation intern diskutiert? Was bräuchte es, um diesen Herausforderungen beizukommen? Gibt es Aktivitäten, bei denen diese Herausforderungen nicht aufgetreten sind?

## **Dritter Themenblock: Potenziale**

An dieser Stelle wird nun nochmals konkret nach Potenzialen gefragt, die die Akteur\*innen der Arbeit der Organisationen beimessen. Dies bezieht sich zum einen darauf, ob Bündnisse, Allianzen oder Vernetzungsarbeit im Allgemeinen mit anderen Bereichen für die Akteur\*innen Sinn machen und an welche Bereiche hier gedacht wird.

## **Abschlussfragen**

Die Abschlussfragen schließen auch inhaltlich an den dritten Themenblock an. Es wurden zwei Abschlussfragen formuliert. Zunächst soll danach gefragt werden, wo sich die Akteur\*innen den raschesten politischen Fortschritt wünschen würden. Als zweite Frage wird nochmals nachgefragt, ob als Abschluss des Gesprächs, nochmals etwas Neues – vielleicht in der Form noch nicht Besprochenes – eingebracht, oder ob ein bestimmter Aspekt nochmals besonders betont werden sollte. So können als Abschluss des Gesprächs eventuell nochmals Prioritäten und Schwerpunkte der Organisationen ausgelotet werden und gleichzeitig wird den Akteur\*innen der Raum geboten, das Gespräch nochmals zu reflektieren und für sie zentrale Punkte nochmals zu verdeutlichen.

## **7 Analyse**

Anhand des in Kapitel 6 vorgestellten Leitfadens wurden fünf Interviews mit Akteur\*innen der Initiativen IGKÖ, Aktive Arbeitslose, Arbeitslos.Selbstermächtigt und KUPF OÖ geführt. Die transkribierten Interviews bilden den Ausgangspunkt der Analyse dieser Masterarbeit. Die Transkripte wurden zur Gänze entlang eines Codierleitfadens codiert. Für die Initiative Arbeitslos.Selbstermächtigt haben sich zwei Akteure bereit erklärt, für ein Einzelinterview zur Verfügung zu stehen. In Summe wurden daher fünf Interviews für vier Organisationen geführt und ausgewertet.

Die Analyse ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 7.1 fokussiert zunächst auf die Auswertung der Interviews und die vergebenen Codes. Die Codes wurden in sechs Kategorien eingeteilt: Verein, Aktivität, prekäre Verhältnisse, Herausforderungen, Ziele und Sonstige. Kapitel 7.1 ist demnach entlang dieser Kategorien in Unterkapitel eingeteilt, welche einen Überblick über die erhobenen Daten verschaffen. In Kapitel 7.2 liegt der Fokus anschließend auf der Interpretation des Materials und der Beantwortung der Forschungsfragen.

### **7.1 Auswertung**

Im Zuge der Auswertung, die wie in Kapitel 2.4 beschrieben, durchgeführt wurde, wurden 42 Codes entwickelt, die wiederum sechs Kategorien zugeordnet wurden. Alle Codes werden im Codierleitfaden als Ankerbeispiele aufgelistet und beschrieben. Dabei werden die einzelnen Codes der jeweiligen Kategorie angegeben sowie die Definition dieses Codes (siehe Anhang). Die Definition des Codes beschreibt, welche Aussagen mit dem jeweiligen Code versehen wurden. Zur besseren Nachvollziehbarkeit werden auch Beispiele für mit dem Code versehene Textpassagen der transkribierten Interviews angeführt. Die im Anhang angegebene Tabelle stellt die Ankerbeispiele dar – der eigentliche Codierungsprozess wurde wie im Methodenkapitel beschrieben wie folgt aufgebaut: Einteilung der Transkripte in Codiereinheiten, Paraphrase, Reduktion und anschließend die Vergabe eines Codes für die Codiereinheit. Zudem wurde in dieser tabellarischen Aufschlüsselung der Transkripte im Zuge des Codierungsprozesses noch eine weitere Spalte mit der Zuordnung des vergebenen Codes zur jeweiligen Kategorie hinzugefügt.

Durch die Auswertung mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse soll vermieden werden, dass aufgrund der Erwartungen an die Ergebnisse zentrale Aussagen in den Interviews übersehen werden (siehe auch zur Methode Kapitel 2.4). Sicherlich dienten die

Untersuchungsdimensionen als Ausgangspunkt für das Material. Die Aussagen in den Interviews gehen aber über diese Dimensionen hinaus. Daraus ergab sich aber nicht nur ein Codierleitfaden mit zusätzlichen inhaltlichen Aspekten im Vergleich zu den Untersuchungsdimensionen (siehe Kapitel 1.3.3), sondern auch eine neue Struktur. Beispielsweise wird in den Untersuchungsdimensionen, die Wahrnehmung prekärer Verhältnisse als mögliche Herausforderung angenommen und somit der Dimension Herausforderung zugeordnet. In der Auswertung der Interviews war die Wahrnehmung prekärer Verhältnisse jedoch eine eigene Kategorie mit ausdifferenzierten Sub-Codes.

Einige Codes wurden nur wenige Male beziehungsweise nicht in allen Interviews vergeben. Da die Textpassagen aber in solchen Fällen keinem der anderen Codes untergeordnet werden konnten, wurden diese Codes dennoch im Codierleitfaden beibehalten. Da das gesamte Material (fünf Interviews in der Länge von circa einer Stunde) auf Satzebene codiert wurde, sind die Codes durchaus vielschichtig.

In den folgenden Unterkapitel sollen die Kategorien und die dazugehörigen Codes dargestellt werden. Dies verschafft zunächst einen Überblick über das Material als Grundlage für die Analyse und Beantwortung der Forschungsfragen. In den Ausführungen des Kapitels 7.1 liegt der Fokus auf der Beschreibung folgender Codes: Es werden vor allem jene Codes berücksichtigt, bei denen ein klarer Unterschied zwischen den Bereichen Kulturproduktion und Erwerbsarbeitslosigkeit festgestellt werden kann. Das kann sich darin äußern, dass der Code nur bei den Initiativen, aus dem einen oder dem anderen Bereich vergeben wurde. Dies würde (entsprechend der Formulierung der ersten Forschungsfrage) eine Besonderheit der Arbeit der Organisationen in einem der beiden Bereiche darstellen. Des Weiteren werden Codes genauer beschrieben, die in allen Interviews zwar vergeben wurden, aber eine unterschiedliche Ausprägung aufweisen. So wurde das Thema Sichtbarkeit bezogen auf die Problemstellungen in der Erwerbsarbeitslosigkeit und der freien Kulturarbeit beziehungsweise hinsichtlich der Arbeit der Organisationen in manchen Interviews als Herausforderung thematisiert; in anderen Interviews wurde die Sichtbarkeit eben genau nicht als Herausforderung gesehen. Die unterschiedliche Ausprägung kann sich natürlich aber auch auf zwei Organisationen aus demselben Bereich beziehen, was die Diversität der Akteur\*innen im Feld unterstreichen würde. Zuletzt sollen auch jene Codes hervorgehoben werden, die bisher theoretisch noch nicht behandelt, somit aus dem Material heraus erarbeitet wurden und die theoretischen Annahmen der Untersuchung erweitern.

Für die Erstellung des Codierleitfadens wurde natürlich eine eindeutige Zuweisung angestrebt. Dennoch gab es Codiereinheiten (Sätze), die mehr als eine Aussage beinhalten und daher mit zwei Codes versehen wurden. Falls eine Mehrfachcodierung notwendig war, so wurden in den meisten Fällen zwei, in den seltensten Fällen drei Codes vergeben.

*Tabelle 1: Übersicht entwickelter Kategorien und Codes*

<b>Kategorie</b>	<b>Codes</b>	<b>Anzahl</b>
<b>Verein</b>	Entstehungskontext, Finanzierung, Funktion von Einzelpersonen, Interne Diskussion, Organisationsform, Mitglieder, Namensgebung, Unabhängigkeit	8
<b>Aktivität</b>	Austausch mit Zielgruppe, Beratung, Erfolgreiche Aktion, Information/Vermittlung, Interessenvertretung, Mitgliederaktivität, Öffentlichkeitsarbeit, Protestaktion, Vernetzung	9
<b>Prekäre Verhältnisse</b>	Ambivalenz, Arbeit, Andere prekäre Bereiche, Beschäftigungsform, Bestimmte Personengruppen, Diversität, Kritik, Materielle Dimension, Planungsunsicherheit, Politische Dimension, Staatliche Rahmenbedingungen, Strukturwissen, Vorbild	13
<b>Herausforderungen</b>	Andere Akteur*innen, Datenlage, Handlungsmöglichkeiten, Sichtbarkeit, Stigmatisierung, Umgang, Zielgruppe	7
<b>Ziele</b>	Forderung, Selbstverständnis, Vereinsziel	3
<b>Sonstige</b>	Persönliche Äußerung, Potenzial	2

Diese Kategorien und die dazugehörigen Codes sollen in den folgenden Unterkapitel nun genauer beschrieben werden. Vorab soll aber nochmals kurz auf das Verhältnis der Untersuchungsdimensionen und den Kategorien und Codes der Auswertung eingegangen werden.

In den Untersuchungsdimensionen sollten die Organisationen nach ihrer Entstehung, wie auch ihren Tätigkeiten charakterisiert werden. Anhand des Interviewmaterials konnte diese Aufteilung in die Kategorien „Verein“, allgemeine Informationen zur Organisation fassend und „Aktivität“, die Tätigkeiten der Organisation betreffend, eingeteilt werden. Den prekären Verhältnissen der jeweiligen Zielgruppe und der Einschätzung der Akteur\*innen diesbezüglich kam in allen Interviews eine große Bedeutung zu. In den Untersuchungsdimensionen wurde die Wahrnehmung prekärer Verhältnisse als mögliche Herausforderung angenommen. Anhand des Materials wurde hierfür eine eigene Kategorie entwickelt, die weitere 13 Codes fasst. Eine weitere Verschiebung zwischen den Untersuchungsdimensionen und dem Codierleitfaden

ergibt sich hinsichtlich der Herausforderungen. Dieser Kategorie wurden sieben Codes untergeordnet, darunter auch der Code „Umgang“. Dieser Code beschreibt den Umgang der Akteur\*innen mit Herausforderungen – in den Untersuchungsdimensionen wurde dieser Aspekt der Dimension „Potenzial“ untergeordnet. Für die Struktur des Codierleitfadens schien die Zuordnung zur Kategorie „Herausforderungen“ allerdings schlüssiger. Die Einteilung der Kategorie „Ziele“ in allgemeine Vereinsziele und konkrete Forderungen konnte von den Untersuchungsdimensionen so auch für die Codierung der Interviews übernommen werden. Hinzu kam hier noch der Code „Selbstverständnis“, welcher für jene Aussagen verwendet wurde, die Zielsetzungen ausdrücklich mit dem Selbstverständnis der Organisationen in Verbindung bringen. Der Code „Potenzial“ wurde in dieser Struktur keiner konkreten Kategorie zugeordnet und fällt gemeinsam mit dem Code „persönliche Äußerung“ in die Kategorie „Sonstige“.

Dieses Kapitel hat versucht, einen ersten Überblick über die in den Interviews besprochenen Themen darzustellen, als auch das Verhältnis der Codes zu den vorab erarbeiteten Untersuchungsdimensionen zu erläutern. Anhand dieser Darstellung konnten bereits erste Erkenntnisse dieser Masterarbeit dargestellt werden. Die Codes im Vergleich zu den Untersuchungsdimensionen geben bereits einen ersten Einblick, um welche Aspekte die theoretische Auseinandersetzung erweitert und ausdifferenziert werden konnte.

Im Folgenden sollen nun die Kategorien und dazugehörigen Codes detaillierter besprochen werden.

### **7.1.1 Verein**

In die Kategorie „Verein“ fallen insgesamt neun Codes, die zum Teil sehr allgemeine Informationen zum Verein enthalten, wie beispielsweise die Organisationsform. Hierbei ist grundsätzlich festzuhalten, dass alle vier Initiativen als Vereine organisiert sind. Bei den beiden Initiativen im Bereich Erwerbsarbeitslosigkeit werden Einzelpersonen Mitglied, wohingegen bei den beiden Interessenvertretungen der freien Kulturarbeit wiederum nur gemeinnützige Vereine die Mitgliedschaft erwerben können.

Neben allgemeineren Informationen thematisierten die Akteur\*innen in den Interviews auch die Unabhängigkeit der Vereine. Die Unabhängigkeit von Regierungsinstitutionen war ein Kriterium für die Fallauswahl (siehe Kapitel 3), wurde aber für die Erstellung des Leitfadens nicht weiter berücksichtigt. Dennoch wurde die Unabhängigkeit der Initiativen in den Interviews von den Akteur\*innen angesprochen, meist auch in Zusammenhang mit der

Finanzierung des Vereins. Der Code wurde in drei Interviews vergeben, sowohl im Kultur- als auch im Erwerbsarbeitslosenbereich.

„Wir sind selber abhängig von diesem Fördergeber [...] EXTREM abhängig vom Land Oberösterreich, das ist unser größter Fördergeber.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)<sup>9</sup>

Johann Weiss von Arbeitslos.Selbstermächtig beschreibt die Abhängigkeit des Vereins durch die finanzielle Unterstützung der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung<sup>10</sup>:

„Jetzt san ma abhängig von // dass uns die bischöfliche Arbeitslosenstiftung [...] a Unterstützung geben hat.“ (INT 3 Johann Weiss, Arbeitslos.Selbstermächtig)

In dieser Kategorie wurde zudem der Code „Namensgebung“ aus dem Material heraus entwickelt. Der Aspekt des Namens der verschiedenen Initiativen wurde in der Theorie nicht explizit behandelt, kam aber in den Interviews zur Sprache und wurde somit auch entsprechend codiert.

### **7.1.2 Aktivität**

Die Kategorie „Aktivität“ fasst alle Aussagen zu den verschiedenen Tätigkeiten der Organisationen zusammen. Insgesamt wurde diese Kategorie in neun Codes aufgeteilt. Folgende Tätigkeiten kamen in den Interviews zur Sprache: Informations- und Vermittlungstätigkeiten, die Funktion der Vereine als beratende Institution und Interessenvertretung, Protestaktionen, Aktivitäten der Mitglieder, Öffentlichkeitsarbeit des Vereins selbst, aber auch der Austausch mit der Interessengruppe. Zudem wurde in dieser Kategorie noch der Code erfolgreiche Aktion vergeben, um jene Aussagen codieren zu können, in denen die Akteur\*innen eine bestimmte Aktivität der Initiative besonders positiv hervorheben.

Bei der Auswertung der Interviews lassen sich im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Organisationen ausmachen. Konkrete Beratungstätigkeit für die Interessengruppe kam in den zwei Interviews mit der Initiative Arbeitslos.Selbstermächtig nicht zur Sprache. Martin Mair von Aktive Arbeitslose Österreich betont dahingegen mehrmals, dass die Beratungstätigkeit eingeschränkt werden solle.

---

<sup>9</sup> Um die Zitate aus den Transkripten auch optisch entsprechend zu kennzeichnen sollen diese unabhängig von deren Länge immer eingerückt werden.

<sup>10</sup> Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung wurde zwar im Interview im oben beschriebenen Kontext erwähnt, ist für die weitere Beantwortung der Forschungsfragen allerdings nicht weiter relevant. Für mehr Informationen zur Stiftung siehe: <https://www.dioezese-linz.at/site/arbeitslosenstiftung/home> [15.8.2020]

„Ja, die is im Moment ah net im Vordergrund, weil eben aufgrund der Servicehaltung. Wir können die Serviceleistung net anbieten.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

„Des heißt, wir versuchen die Rechtsinformationsarbeit schon ein bissl im Zaum zu halten mehr.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Die untersuchten Kulturinitiativen IGKÖ und KUPF OÖ sehen in der Beratungsarbeit mitunter ihre Haupttätigkeit.

Mit dem Code „Vernetzung“ wurden alle Äußerungen versehen, die sich auf Vernetzungsarbeit mit anderen Organisationen beziehen. Dies schließt bestehende Kooperationen, den Wunsch nach mehr Vernetzung, aber auch Erklärungen zu gescheiterter Vernetzungsarbeit und nicht mehr bestehenden Bündnissen mit ein. Die Aussagen, die mit diesem Code versehen wurden, weisen hier demnach inhaltlich eine weite Bandbreite auf. Der Code wurde aber in allen Interviews häufig vergeben und zeigt grundsätzlich, dass das Thema in den Gesprächen einen großen Stellenwert einnahm. Die Standpunkte der einzelnen Initiativen hierzu sind sehr differenziert. Beide Organisationen aus dem Kulturbereich verweisen auf bestehende Kooperationen, die gut funktionieren.

„Wir, das wollt ich noch sagen, genau, Stichwort Prekariat ähm von Seiten der KUPF, versuchen Schulterschlüsse zu machen. Aus der Kunst- und Kulturszene heraus in andere Bereiche, die ebenfalls ähnlich prekär ah operieren. Also zum Beispiel auf der Sozialebene. Wir haben Verbindungen mit der Sozialplattform Oberösterreich. Wir treffen uns regelmäßig, tauschen uns aus. Was sind so ähm ja Probleme ähm wie kann ma vielleicht, Stichwort Streik, vielleicht sich auch nochmal zusammenschließen.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

„Beispielsweise sind wir Mitglied sowohl in der Interessengemeinschaft gemeinnützige Organisationen als auch im Bündnis für Gemeinnützigkeit. Das ist wirklich sektorübergreifend. Da ist drinnen von der Armutskonferenz und da ahm allen Organisationen // die Großen, die man kennt, Caritas und Co, die im sozialen Bereich aktiv sind, über die großen Umweltorganisationen etc. Und wir haben fast jeden zweiten Tag einen Austausch, um unsere Arbeit zu koordinieren und uns zu ergänzen und gemeinsam da etwas zu bewegen.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Jedoch gibt es aber hinsichtlich der Vernetzungsarbeit auch kritische Anmerkungen, wie beispielsweise von Martin Mair (Aktive Arbeitslose), der von gescheiterten Kooperationen und Bündnissen berichtet. Der Code „Vernetzung“ soll insbesondere bei der Beantwortung der dritten Forschungsfrage hinsichtlich der Möglichkeiten einer Entprekarisierungspolitik nochmals aufgegriffen werden.

### 7.1.3 Prekäre Verhältnisse

Die Kategorie „prekäre Verhältnisse“ enthält die meisten Codes. Sie fasst jene Aussagen, in denen die Akteur\*innen prekäre Verhältnisse, deren Auswirkungen sowie Ursachen beschreiben.

Die prekären Verhältnisse der Zielgruppe wurden von den Akteur\*innen unterschiedlich beschrieben; verschiedene Aspekte wurden dabei thematisiert. Mit dem Code „politische Dimension“ soll beschrieben werden, dass die politische Vertretung der beiden Bereiche prekär ist. Grundsätzlich wären Angestellte von Kulturvereinen bei der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier vertreten, aber nur wenige Kulturarbeiter\*innen seien Gewerkschaftsmitglieder, so Yvonne Gimpel (IGKÖ). Katharina Serles (KUPF OÖ) weist darauf hin, dass es Gewerkschaftsvertretungen für Einzelpersonenunternehmen gäbe, diese gewerkschaftliche Vertretung für Kulturarbeiter\*innen aber nicht zufriedenstellend oder ausreichend wäre. Für Martin Mair (Aktive Arbeitslose) war die mangelnde politische Vertretung Grund für sein politisches Engagement in diesem Bereich:

„Und da hab i bemerkt halt, dass es wenig Rechtsinformationen gibt für Arbeitslose, dass ma auch bei der Arbeiterkammer eigentlich ka Information kriegt und auch bei die Gewerkschaften ah net.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Auch die beiden Akteure der Initiative Arbeitslos.Selbstermächtigt unterstreichen mehrmals den Mangel politischer Vertretung für erwerbsarbeitslose Menschen in Österreich – zur Position dieser Initiative und daraus resultierenden Zielsetzungen soll in Kapitel 7.2 nochmals detaillierter eingegangen werden. Zusammenfassend kann an dieser Stelle schon festgehalten werden, dass für alle untersuchten Organisationen der Mangel einer Interessenvertretung im politischen System für die jeweilige Zielgruppe ausschlaggebend für die Arbeit der eigenen Organisation ist.

Dass auch Beschäftigungsformen zu prekären Verhältnissen führen beziehungsweise diese verstärken können, wurde im Theorieteil bereits erläutert. Auch dieser Code findet Eingang in mehrere Interviews, insbesondere in jene der Kulturarbeit. Der Code wurde in den Interviews mit den Initiativen aus dem Bereich Erwerbsarbeitslosigkeit nicht vergeben, mit Ausnahme des Gesprächs mit Armin Kraml (Arbeitslos.Selbstermächtigt) im Zusammenhang mit den Arbeitsverhältnissen von Akademiker\*innen, die im Interview am Rande zur Sprache kamen:

„Ja also genau diese Geschichte, prekäre Arbeitsverhältnisse, Praktikumsplätze, also keine Fixanstellungen und und und.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

Bei allen Unterschieden prekärer Verhältnisse wurden zwei Aspekte in allen Interviews zentral thematisiert. Sowohl die Akteur\*innen aus den Bereichen der freien Kulturarbeit als auch jene der Erwerbsarbeitslosigkeit betonten die materielle als auch politische Dimension prekärer Verhältnisse in der Zielgruppe. Dahingegen wurden „Beschäftigungsform“ und „Planungsunsicherheit“ fast ausschließlich für die Initiativen aus dem Kulturbereich vergeben, mit Ausnahme einer Randbemerkung im Interview mit Armin Kraml (Arbeitslos.Selbstermächtigt), wie im obigen Zitat angeführt.

Einige Codes haben sich auch in dieser Kategorie aus dem Material heraus neu ergeben und bedürfen einer etwas genaueren Erklärung. Der Code „Kritik“ wurde in vier von fünf Interviews vergeben, allerdings reicht das Spektrum dieses Codes von moderater Kritik zu den Standpunkten und Handlungen anderer Akteur\*innen bis hin zu starker Ablehnung derer Ansätze. Der Code „Arbeit“ soll Standpunkte zum Verhältnis von Lohnarbeit und unbezahlter Arbeit zusammenfassen, ebenso wie Äußerungen der Akteur\*innen zur gesellschaftlichen Bedeutung von Arbeit im Allgemeinen. Der Code „Diversität“ beschreibt Äußerungen, in denen die Akteur\*innen von den unterschiedlichen Lebensverhältnissen ihrer Zielgruppe sprechen. Die Kategorie „Strukturwissen“ wurde für allgemeine Äußerungen gewählt, die sich keiner der oben genannten Kategorien zuordnen lassen und dennoch Auskunft über die prekären Verhältnisse der jeweiligen Zielgruppe geben.

Aus der Theorie wurde ebenso die Ambivalenz prekärer Verhältnisse erarbeitet. Diese bezog sich zum einen auf eine grundlegende Annahme, dass Prekarisierung als Phänomen an sich nicht nur in seinen Nachteilen betrachtet werden soll, sondern ebenso mögliche Potenziale untersucht werden sollen. Die Ambivalenz hinsichtlich prekärer Verhältnisse in der Kulturproduktion bezog sich aber auch auf einen Zugewinn an Autonomie. Der Code „Ambivalenz“ wurde nur im Interview mit der IGKÖ vergeben. Dass die Arbeitsverhältnisse in der freien Kulturarbeit durchaus mit mehr Autonomie einhergehen können, bestätigt Yvonne Gimpel:

„Zum einen widerspricht glaub ich, das Bild, das prägend ist, zumindest in vielen öffentlichen Diskursen absolut der Realität. Und es ist eine Freiheit, die beginnt sich, wenn man so möchte, irgendwann aufzufressen, weil man nicht mehr frei ist zu agieren, sondern eben kein Auskommen mehr findet und nicht mehr weiß, wie man seinen Lebensunterhalt mehr bestreiten soll.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Zudem weist sie kritisch darauf hin, dass genau diese Ambivalenz prekärer Verhältnisse, die mit einem Zugewinn an Autonomie einhergehen, sich in der Lebensrealität von Kulturarbeiter\*innen anders darstellen:

„Es wird immer sehr stilisiert und sehr romantisiert, ja, das hat mit der Realität sehr wenig zu tun.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Mit dem Code „staatliche Rahmenbedingungen“ wurden jene Aussagen codiert, die einen Zusammenhang zwischen den prekären Verhältnissen der Interessengruppe und staatlichen Rahmenbedingungen herstellen – so etwa beispielsweise die Vergabe öffentlicher Fördergelder:

„Wenn man sich beispielsweise die öffentlichen Förderungen ansieht, da wird explizit davon ausgegangen, dass man ehrenamtliche Stunden einbringt, dass man die Personalkosten sehr gering ansetzt.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Spannend für das Strukturwissen der Akteur\*innen war auch die Information, ob die Initiativen auch an andere prekäre Bereiche denken, von sich aus also andere Bereiche erwähnen und mögliches Kooperationspotenzial, oder zumindest Gemeinsamkeiten auch mit anderen Bereichen erkennen. Der Code „andere prekäre Bereiche“ wurde im Gespräch mit Armin Kraml (Arbeitslos.Selbstermächtig) sowie den Interviews mit den Akteur\*innen der Interessenvertretungen aus der freien Szene vergeben. Zwar kamen andere prekäre Bereiche im Gespräch mit Martin Mair nicht zur Sprache, jedoch ist anzumerken, dass der vollständige Name der Organisation „Aktive Arbeitslose Österreich – Gesellschaft zur Förderung der Interessen und Aktivitäten Erwerbs-Arbeitsloser und prekär lebender Menschen“ (siehe Kapitel 3) darauf schließen lässt, dass auch andere prekäre Bereiche mitgedacht werden und ein Bewusstsein für prekäre Verhältnisse im umfassenden Sinne vorliegt.

#### **7.1.4 Herausforderungen**

Diese Kategorie ist zentraler Bestandteil des Erkenntnisinteresses dieser Masterarbeit und wird in Kapitel 7.2 nochmals ausführlicher aufgegriffen, um die Forschungsfrage entsprechend zu beantworten. Insgesamt fasst diese Dimension sieben Codes: andere Akteur\*innen, Datenlage, Handlungsmöglichkeiten, Zielgruppe, Sichtbarkeit, Stigmatisierung, und Umgang. Die Codes beschreiben jene Herausforderungen, mit denen die Akteur\*innen bei ihrer Arbeit konfrontiert sind und die sie in den Interviews thematisierten. Zusätzlich zu diesen Herausforderungen wurde auch der Code „Umgang“ für Möglichkeiten und Erfahrungen im Umgang mit den thematisierten Herausforderungen vergeben. Zusätzlich zu den aus der Theorie und dem

Forschungsstand erarbeiteten Herausforderungen konnten aus dem Material noch weitere Herausforderungen und Codes für ebendiese erarbeitet werden, so etwa der Code „Stigmatisierung“ für den Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit oder auch der Code „Datenlage“ für die Kulturproduktion, ebenso wie der Code „Sichtbarkeit“, der in Interviews aus beiden Bereichen vergeben wurde.

Anhand des Codes „Datenlage“ wird also eine weitere Herausforderung für die Interessenvertretungen benannt. Problematisch ist, dass zur Gruppe der Kulturarbeiter\*innen oft keine quantitativen Daten vorliegen, auf die die Interessenvertretungen zurückgreifen könnten.

„Also die Wirtschaftskammer kann auf einen Knopfdruck sagen, so und so viele Unternehmen haben so und so viele Mitarbeiterinnen, das ist der Jahresumsatz, das sind die Beträge, um die es auch geht. Das gibt's so für den freien Bereich nicht, weil der wie gesagt ja sehr dynamisch ist, sehr fluide, wenn man auch so möchte, und schlichtweg von den meisten Erhebungen, die es gibt, bislang auch ausgeklammert wird.“ (INT 2 Yvonne Gimepl, IGKÖ)

Teilweise wurden die Herausforderungen in Interviews als solche benannt; in manchen Fällen wurden dieselben Thematiken gerade als nicht problematisch hervorgehoben, so im Falle des Codes „Sichtbarkeit“, worauf im Kapitel 7.2.1 noch genauer eingegangen werden soll.

In den Interviews wurden immer wieder andere Akteur\*innen erwähnt, die die Arbeit der Organisationen erschweren beziehungsweise eine Herausforderung darstellen. In Bezug auf den Gewerkschaftsbund hält Armin Kraml fest:

„Wie bei allem und allen Institutionen die ein bisschen größer sind ah dauert's halt ein bisschen. (lacht). Das ist das Bohren der tiefen Bretter.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtig)

Ebenso wie der Code „Sichtbarkeit“ sollen auch Herausforderungen hinsichtlich der Interessengruppe sowie der Code „Stigmatisierung“, der sich auf Aussagen hinsichtlich gesellschaftlicher Stigmatisierung der Interessengruppe bezieht, noch in Kapitel 7.2.1 ausführlich diskutiert werden.

Des Weiteren wurden die eigenen Handlungsmöglichkeiten als Herausforderung dargestellt. Dies kann sich unter anderem auf die personellen wie auch materiellen Handlungsmöglichkeiten der Organisation beziehen. Der Code wurde in allen Interviews vergeben.

„[Ja also wir sind an unsere Grenzen gestoßen, ne. Und da nächste Schritt halt ist noch nicht geschafft, also ich bin jetzt schon seit über 10 Jahren // mach ma des. Und da wäre an und für sich ein Generationswechsel notwendig oder eigentlich an der Zeit und da seh ma noch keine // (lacht) keine

Möglichkeit das loszuwerden. Und ich kenn auch keinen einzigen Arbeitslosenverein oder Initiative, die das jemals geschafft hätte in Österreich.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

„Aber i glaub // i glaub, dass da [...] die Kraft und Energie schon a bissl ausgeht, um sich da no länger zu // zu oder intensiver zu engagieren.“ (INT 3 Johann Weiss, Arbeitslos.Selbstermächtig).

Schließlich wurde in dieser Kategorie noch der Code „Umgang“ vergeben. Darauf wird in Kapitel 7.2.2 noch besonders eingegangen, um so Strategien und das Wissen, das die Akteur\*innen aufgrund ihrer Arbeit haben, in einen theoretischen Kontext einzubetten und für weitere Untersuchungen zugänglich zu machen.

### **7.1.5 Ziele**

Diese Kategorie wurde lediglich in drei Codes eingeteilt. Da diese Kategorie in der Analyse besonders in den Vordergrund rückt (siehe Kapitel 7.2.1), war eine weitere Ausdifferenzierung für die Auswertung der Interviews und in weiterer Folge deren Interpretation nicht sinnvoll. Daher wurden die Codes „Forderung“, für konkrete Forderungen wie etwa Gesetzesänderungen, „Vereinsziele“ für allgemeinere Zielsetzungen der Initiative und „Selbstverständnis“ gebildet.

Der Code „Selbstverständnis“ bezieht sich auf Äußerungen der Akteur\*innen zum Selbstverständnis der eigenen Tätigkeiten und Ziele – der Code könnte somit grundsätzlich auch der Kategorie Verein zugeordnet werden. Da in den meisten Fällen das Selbstverständnis aber hinsichtlich der Zielsetzungen der Organisation geäußert wurde, wurde der Code der Kategorie „Ziele“ zugewiesen.

### **7.1.6 Sonstige**

Diese Kategorie enthält zwei weitere Codes, die keiner anderen Kategorie zugeordnet werden konnten. Zum beinhaltet sie den Code „persönliche Äußerungen“, der sich auf Äußerungen der Akteur\*innen bezieht, die weder der Vereinsarbeit noch allgemeinen Aussagen zu prekären Verhältnissen zugeordnet werden konnten. Der zweite Code „Potenzial“ spielt eine große Rolle für die Beantwortung der dritten Forschungsfrage. Er bezieht sich allgemein auf Aussagen, die bestimmten Aktionen, Tätigkeiten oder auch Strukturen und Verhältnissen beziehungsweise Entwicklungen ein gewisses Potenzial beimessen. Dies kann anhand des folgenden Beispiels verdeutlicht werden:

„Es is, weil ja viele jetzt diskutieren, ob der Moment jetzt nicht einer wäre, genau die ganzen Druckstellen, vor allem mit Fokus auch prekäre Bedingungen, die man bei der Krise jetzt so aufbrechen sieht, ganz akut.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Die Aussagen, die mit „Potenzial“ codiert wurden, beziehen sich durchaus auf unterschiedliche Sachverhalte: teilweise auf den Umgang mit Herausforderungen, teilweise auf Situationen und Zeitpunkte, oder auch bestimmte Zielsetzungen der eigenen Organisation. Daher wurde dieser Code keiner der oberen Kategorien zugeordnet.

Anschließend an die hier dargestellte Auswertung sollen im folgenden Kapitel anhand des Materials die Forschungsfragen beantwortet werden.

## **7.2 Beantwortung der Forschungsfragen**

Die Codierung der Interviews war ein wichtiger Schritt, um das Material regelgeleitet, systematisch und nachvollziehbar auszuwerten. Durch die Auswertung konnten die Themen, die in den Interviews aufgegriffen wurden, erfasst und kategorisiert werden. Für die Beantwortung der Forschungsfragen bedarf es allerdings einer eingehenden Interpretation des Materials. Die Forschungsfragen sollen daher im folgenden Kapitel unter der Berücksichtigung der Auswertungsergebnisse beantwortet werden, um so das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Masterarbeit gezielt aufzuarbeiten.

Entsprechend der problemzentrierten Interviewführung kamen in den Gesprächen viele Details zur Sprache, die jeweils die einzelne Organisation betreffen. Daher werden die Erkenntnisse aus den Interviews, die der Beantwortung der Forschungsfragen dienen, in vielen Fällen auch für die Organisationen einzeln dargestellt. In Kapitel 1.3.2 wurden der Forschungsfrage drei weitere Fragestellungen untergeordnet. In den folgenden Unterkapiteln sollen diese nun beantwortet werden.

### **7.2.1 Herausforderungen und Ziele im Vergleich**

Die erste Forschungsfrage, die im Zuge der Interpretation des Materials hier beantwortet werden soll, lautet: *Welche Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Besonderheiten der beiden Bereiche ergeben sich hinsichtlich der von den Organisationen angegebenen Ziele und Herausforderungen?*

Da die zweite und dritte Forschungsfrage zum Teil auf die Beantwortung der ersten aufbauen, wird diese sehr ausführlich beantwortet und daher für die bessere Lesbarkeit in drei weitere Unterkapitel gegliedert. Die ersten beiden Unterkapitel beziehen sich jeweils auf einen

Teilaspekt der Fragestellung (Ziele und Herausforderungen). Das dritte Unterkapitel stellt eine Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage dar.

### **7.2.1.1 Die Ziele der Interessenvertretungen**

Zunächst soll auf die Zielsetzungen der Organisationen, die in den Interviews mit den Akteur\*innen besprochen wurden, Bezug genommen werden. Allgemeine Zielsetzungen der untersuchten Organisationen wurden zum Teil schon in der Fallauswahl angeführt (siehe Kapitel 3). Im Gespräch mit den Akteur\*innen konnten darüber hinaus Prioritäten dieser Zielsetzungen ausgemacht, die Diskussionen hinter den Zielsetzungen und das Verfolgen dieser Ziele in der Praxis eingehender diskutiert werden. In einem ersten Schritt sollen daher die von den Akteur\*innen in den Vordergrund gestellten Vereinsziele der einzelnen Organisationen dargelegt werden. Auf die Zielsetzungen soll an späterer Stelle bei der Beantwortung der dritten Forschungsfrage nochmals eingegangen werden, da ausgehend davon Ansätze für eine Entprekariisierungspolitik abgeleitet werden sollen.

Welche Ziele wurden von den Akteur\*innen nun also in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gerückt? Aktive Arbeitslose Österreich versteht sich vorrangig nicht als Selbsthilfegruppe für erwerbsarbeitslose Menschen, sondern als politische Organisation. Als Vereinsziel kann die politische Arbeit gegen Sanktionen im Rahmen aktivierender Arbeitsmarktpolitik gefasst werden.

„Naja, das erste Ziel ist eigentlich das Sanktionenregime. [...] Wir sind natürlich für die Abschaffung, aber es wär' schon amal a großer Fortschritt, wenn das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden würde, das im Herbst gefällt ist.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

In dieser Aussage bezieht sich Martin Mair auf das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichtshofes<sup>11</sup> und zieht dieses als Positivbeispiel heran. In Österreich hat dieses zwar keinerlei Rechtsgültigkeit. Dennoch wird in seiner Aussage nicht nur die Priorität der politischen Arbeit der Organisation deutlich, sondern gleichzeitig auch ein gewisses Potenzial für Veränderung in den Vordergrund gerückt.

Aus dem Interview geht zudem hervor, dass sich im Laufe der Zeit die grundlegenden Vereinsziele nicht verändert haben, die Prioritäten haben sich aber sehr wohl verschoben. So wurde der Fokus von der Beratung, hin zu mehr politischer Arbeit gerückt.

---

<sup>11</sup> Mit dem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichtes von November 2019 wurden die Sanktionen gegen Empfänger\*innen des Arbeitslosengeldes II eingeschränkt. Grundsätzlich bleiben diese zwar möglich, Sperren über 30% seien aber verfassungswidrig (vgl. Bundesverfassungsgericht 2019).

Bei Arbeitslos.Selbstermächtig wurde das Ziel der Etablierung einer Rechtsvertretung von erwerbsarbeitslosen Menschen in der Gewerkschaft besonders hervorgehoben und an vielen Stellen in beiden Interviews betont. Insbesondere Armin Kraml, selbst Gewerkschafter, sieht hier seinen Part zur Etablierung einer solchen Interessenvertretung:

„Aber wichtig ist von mir eben auch eine verbindliche Rechtsvertretung vom österreichischen Gewerkschaftsbund.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtig)

„Und da seh‘ ich auch eher so meinen Part auch, wo ich dann unterstützen sollte beziehungsweise kann, damit die arbeitslosen Menschen hier eine Rechtsvertretung bekommen, mit einem starken Partner, einem Partner, dem man in Österreich auch vertraut.“ (Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtig)

Diese Zielsetzung war auch ausschlaggebend für die Gründung der Initiative, wie Johann Weiss ausführt:

„Das Ziel war ja ah, dass die Gewerkschaft da was macht für Arbeitslose.“ (INT 3 Johann Weiss, Arbeitslos.Selbstermächtig)

Aber auch dem Kontakt mit der Zielgruppe wird bei Arbeitslos.Selbstermächtig eine große Rolle als Ziel des Vereins zugeschrieben.

„Das selbstgesteckte Ziel wäre ja wirklich ein sehr, sehr regelmäßiger Austausch eben auch mit den Betroffenen, // ah // wobei ich dann immer noch // immer noch ein paar so Hinderungsgründe sehe, wenn ich als arbeitsloser Mensch ah quasi in die Öffentlichkeit mit meiner Arbeitslosigkeit gehe.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtig)

Auf die angesprochenen Hinderungsgründe wird an späterer Stelle beim Vergleich der Herausforderungen der Organisationen nochmals genauer eingegangen. Die Interviews mit den Organisationen Arbeitslos.Selbstermächtig und Aktive Arbeitslose haben daher gezeigt, dass diese durchaus unterschiedliche Ziele verfolgen. Aktive Arbeitslose rücken ihre Tätigkeit als politische Organisation in der Änderung aktueller Arbeitsmarktpolitik in den Vordergrund. Diese Zielsetzung zielt nicht rein auf eine materielle Absicherung ab, sondern hinterfragt neoliberale Regierungsweisen. Ausgehend davon wird politische Veränderung für die Zielgruppe angestrebt. Arbeitslos.Selbstermächtig ist als Verein selbst aktiv im Sinne einer Interessenvertretung, sieht es aber vor allem als Ziel an, eine Interessenvertretung in den Gewerkschaften zu etablieren. Die Zielsetzungen, die in den Interviews besonders betont und hervorgehoben wurden, weisen hier also durchaus bereits Unterschiede innerhalb des Bereichs der Erwerbsarbeitslosigkeit auf.

Einheitlicher stellen sich die Vereinsziele der beiden Interessenvertretungen aus dem Kulturbereich dar. In den Gesprächen mit beiden Organisationen wird auf die Frage nach den

Zielen der Organisationen die Formulierung verwendet, sich selbst als Organisation überflüssig zu machen, sich selbst „abschaffen“ zu wollen:

„Das große Ziel der KUPF immer schon war es, sich selbst abzuschaffen (schmunzelt). Das heißt, es braucht irgendwann mal keine Interessenvertretung mehr, niemanden der lobbyiert, niemanden, der intervenieren muss, weil der Status der Kunst- und Kulturarbeit, der freien Szene ein hoher ist, ein abgesicherter ist, eben niemand äh hier prekär arbeiten muss.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Sowohl im Interview mit der IGKÖ als auch mit der KUPF OÖ werden die Fair Pay-Richtlinien für Kulturarbeit aufgegriffen, die die Interessenvertretungen für die freie Kulturarbeit fordern (siehe dazu Kapitel 3). Als Hauptziel beschreibt die IGKÖ Folgendes:

„Das Ziel oder die zentrale Kampagne, die wir jetzt schon seit über 10 Jahren fahren, die aber jetzt neuen Schwung bekommen hat, läuft unter dem Motto Fair Pay. Kann man dann natürlich noch weiter ausführen mit fair steuern, fair sichern. Also jeweils dieses Wortspiel wenn man so möchte.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

„Da bräuchte es sehr große Gesetzesänderungen. Ob // und, dass man dafür Lösungen finden muss, das heißt an den großen Stellschrauben zu drehen im Sozialversicherungsrecht, egal ob jetzt Krankenversicherung oder Pensionsversicherung oder Arbeitslosenversicherung geht, damit diese Menschen auch abgesichert sind, ah glaub ich, ist selbstverständlich.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Als übergeordnetes Ziel der Arbeit der IGKÖ fasst Yvonne Gimpel also folgendes zusammen:

„Im Fokus steht eigentlich immer die zentrale Mission, dass wir die Arbeitsbedingungen für emanzipatorische Kulturarbeit verbessern wollen [...], dass es quasi für eine erbrachte Leistung eine angebrachte Entlohnung oder überhaupt eine Entlohnung gibt.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Von Seiten der KUPF OÖ wird die Forderung an die Landesregierung in Oberösterreich gestellt:

„Seit Jahren fordern wir, dass das Land Oberösterreich sein Förderbudget verdoppelt ähm für die freie Szene.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Gleichzeitig wird aber auch hier der direkte Kontakt zur Zielgruppe in den Fokus gerückt:

„Eines der Ziele ist, politisch zu lobbyieren, dass es mehr Geld gibt für Förderungen. Das andere Ziel ist, Informationspolitik unter den Vereinen, also zu schauen, dass unsere Vereine so gut aufgestellt sind, dass sie vernetzt arbeiten können, dass sie alles ausnützen können, von dem was es gibt an eben Fördermöglichkeiten.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Die KUPF OÖ ist die oberösterreichische Landesorganisation der IGKÖ. Wenig überraschend haben die beiden Organisationen daher auch dieselben Zielsetzungen. In den Interviews ergaben sich dennoch unterschiedliche Schwerpunkte. Die KUPF OÖ rückte vor allem die Erhöhung der Förderungen seitens der Landesregierung in den Mittelpunkt. Im Gespräch mit

der IGKÖ wurde eine allgemeinere Ebene thematisiert, die auch die Ausgestaltung der Förderungen ebenso wie die soziale Absicherung der Kulturarbeiter\*innen miteinbezieht.

### **7.2.1.2 Herausforderungen: prekäre Verhältnisse als Phase, Bedrohung oder Ausgangspunkt für gesellschaftlichen Wandel?**

Neben den Zielen sollen auch Herausforderungen vergleichend dargestellt werden. Vor dem theoretischen Hintergrund dieser Masterarbeit wurden potenzielle Herausforderungen für kollektives Handeln in prekären Bereichen erarbeitet. Durch die gouvernementale Perspektive lag der Blick hierbei auf den spezifischen Regierungsweisen, die für den Bereich in der Literatur als zentral erachtet werden (siehe Kapitel 4.1, 4.2). Die Zielgruppe selbst, also erwerbsarbeitslose Menschen und Kulturarbeiter\*innen, rückten somit in den Blick der Untersuchung. Dass das politische Bewusstsein und die Einschätzung der Zielgruppe hinsichtlich der Notwendigkeit kollektiven Handelns eine Herausforderung für die Organisationen darstellen kann, wurde auch in Untersuchungen der Organisierung in der informellen Ökonomie unterstrichen – nämlich aus Sicht jener Organisationen, die sich als Interessenvertretungen engagieren und die Relevanz ihrer Arbeit der Zielgruppe gegenüber erst vermitteln müssen (siehe Kapitel 1.2.2). Zudem wurden auch andere Akteur\*innen als Herausforderung angegeben. Auch die Deutung prekärer Verhältnisse durch die interviewten Akteur\*innen konnte anhand des Materials ausgemacht werden. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich diese aus der Theorie erarbeiteten Herausforderungen auch in der Praxis der untersuchten Organisationen wiederfanden, was durch die Aussagen in den Interviews belegt werden soll. Zusätzlich zu diesen Herausforderungen konnten durch die Interviews weitere Problemstellungen ausgemacht werden, denen die Organisationen in ihrer Praxis begegnen, so etwa die eigenen Handlungsmöglichkeiten, die Sichtbarkeit der Prekarität der jeweiligen Zielgruppe, deren Stigmatisierung und die spärliche Datenlage zu ebendieser.

Zunächst soll die Zielgruppe als Herausforderung in den Blick genommen werden. Dass diese eine Herausforderung für die Arbeit der Initiativen darstellt, konnte für beide Bereiche und auch für alle untersuchten Organisationen bestätigt werden. Die Herausforderungen, die die Interessengruppen für die Organisationen mit sich bringen, reichen von deren Haltung gegenüber der Organisation bis hin zum Verständnis der Arbeit der Organisation als „Zwangsbeglückung“ der Zielgruppe. Die unterschiedlichen Perspektiven der Initiativen, auf welcher Ebene und in welcher Hinsicht die Zielgruppe und die darin wirkenden

Regierungsweisen eine Herausforderung für die Arbeit der Organisationen darstellen, sollen im Folgenden anhand von Zitaten der Akteur\*innen verdeutlicht werden.

Eine Lösung für individuelle Probleme zu finden sei oft der Grund, warum sich Erwerbsarbeitslose an den Verein Aktive Arbeitslose wenden. Die Problemstellung hierbei sei vor allem, dass sich diese Personen nicht zwingend politisch engagieren wollen. Diese Herausforderung wird an mehreren Stellen im Interview mit Aktive Arbeitslose deutlich:

„Also das is eben das Grundproblem, dass die meisten Leute nur kommen, wenn sie ein Problem haben [...] und sobald das Problem gelöst ist, sind sie wieder weg.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

„Also wir haben amal eine eigene Arbeitsgruppe ghabt mit zwei, drei Personen. Die haben noch an Zusatztermin im Café Müller gemacht [...], aber den gibt's nicht mehr, weil erstens amal der Eine, der die Hauptarbeit gemacht hat, eben gesundheitliche Probleme hat. Und weil eben auch die Leut' immer nur gekommen sind zum Abholen, zum Information Abholen, aber kaum jemand dann geblieben ist, der bereit ist etwas zu tun, oder Mitglied zu werden, ne. Weil da die Konsumhaltung zu groß war bei denen.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

In diesem Kontext wurde auch unterstrichen, dass manche Personen sich zwar für eine Mitarbeit im Verein interessieren, aber die eigenen Probleme in den Mittelpunkt der Arbeit der Organisation rücken wollen – diese Schwierigkeit wurde in beiden Organisationen aus dem Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit festgestellt.

„Wenn jemand aktiv werden will, kommt jemand daher und erwartet sich, dass sofort das gemacht wird, was er // was ihn interessiert und sie interessiert (lacht).“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose Österreich)

„Es is halt auch a Problem, dass vor allem ältere Männer // Arbeitslose kommen daher und sie wollen da Chef sein, ne. Das heißt, viele wollen nur dann was tun, wenn sie da Chef san und die anderen sollen tun, was sie sagen, aber das spielt's natürlich nicht, ne.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose Österreich)

„Manche haben uns verlassen, weil ma net tan haben was sie sich vorgestellt haben.“ (INT 3 Johann Weiss, Arbeitslos.Selbstermächtig)

Die Interviews liefern auch Hinweise darauf, dass diese Problematik eine allgemeine Herausforderung für Organisation im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit ist. Martin Mair verweist im Interview auf eine weitere Erwerbsarbeitsloseninitiative, die aufgrund der oben beschriebenen Problematik seiner Einschätzung nicht mehr aktiv ist.

Aufgrund der oben bereits angesprochenen Konsumhaltung steht die Mobilisierung neuer Mitglieder für Aktive Arbeitslose auch nicht im Vordergrund. Für Arbeitslos.Selbstermächtig ist das Thema Mobilisierung ebenso schwierig, ein Punkt, der später noch unter dem Code „Stigmatisierung“ erläutert werden soll.

Wie lassen sich diese Aussagen nun mit dem prekarisierungstheoretischen Hintergrund dieser Masterarbeit verknüpfen? In Kapitel 4.2 wurden die für den Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit zentralen Regierungsweisen dargelegt. Dabei wird Erwerbsarbeitslosigkeit nicht mehr als gesellschaftliches Problem gesehen. Hingegen wird die Verantwortung auf individueller Ebene angesiedelt. Die zunehmende Individualisierung auch wirkt sich aus der Sicht der Akteure aus dem Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit demnach auf kollektives Handeln aus und wird hier unter anderem als „Konsumhaltung“ bezeichnet.

In der Theorie wurde auch der Punkt aufgegriffen, ob der Einschätzung der Akteur\*innen nach in der Zielgruppe das Bewusstsein für die Notwendigkeit kollektiven Handelns besteht, ob die Zielgruppe also den Bedarf der Arbeit der Organisationen erkennt. Die Einschätzungen der Akteur\*innen diesbezüglich müssen für die zwei Organisationen aus dem Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit differenziert dargestellt werden. Armin Kraml von Arbeitslos.Selbstermächtigt schätzt das politische Bewusstsein der Zielgruppe wie folgt ein:

„Ich glaub, dass teilweise auch das Bewusstsein teilweise auch nicht da, weil eben, und so seh ich das jetzt, ein bisschen // weil eben auf den anderen hingehackt wird, der noch ein bisschen schwächer ist und gesagt wird, die andere Person is Schuld oder Personengruppe is Schuld, dass du jetzt quasi in dieser Lage bist. Und es wird einfach in Kauf genommen so.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

In diesem Zusammenhang steht auch der Begriff der „Zwangsbeglückung“, der in einem der beiden Gespräche mit der Initiative Arbeitslos.Selbstermächtigt thematisiert wurde. Armin Kraml hielt im Zuge der Frage, ob aus seiner Sicht die Zielgruppe die Relevanz der Arbeit der Organisation erkennt, fest:

„Ahm ja, es im Endeffekt ist so in Richtung Zwangsbeglückung, so das Ganze.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

Gleichzeitig steht der Name der Initiative gewissermaßen im Widerspruch zu dieser Aussage. Auf die Frage, was der Begriff Selbstermächtigung in diesem Kontext bedeute:

„Für mich ist Selbstermächtigung letztendlich auch, dass man Menschen auch Möglichkeiten gibt, sich selbst auch zu ermächtigen und gewisse Dinge auch zu tun. Ah aber es bedingt natürlich auch immer auch eine Unterstützung auch von außen, damit diese Menschen, die in solcher Lage sind, in der Arbeitslosigkeit sind, sich dementsprechend // sich auch selbst ermächtigen können.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

Anders stellt sich die Einschätzung des politischen Bewusstseins der Zielgruppe aus der Sicht von Martin Mair dar. Hinsichtlich jener Personen, die bereits an Treffen von Aktive Arbeitslose

teilgenommen haben, weist Martin Mair darauf hin, dass die Notwendigkeit für kollektives Handeln von Erwerbsarbeitslosen durchaus erkannt wird:

„Wenn’s ums Diskutieren geht, ist das Bewusstsein schon hoch, aber wenn’s ums Handeln geht, ist es halt weniger konkret.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Klar formuliert Martin Mair in diesem Kontext auch die größte Herausforderung von Aktive Arbeitslose:

„Naja die größte Herausforderung ist eigentlich den Mitgliedern oder sonstigen Leuten Arbeitslosen klar zu machen, dass sie selbst aktiv werden müssen und zwar in einer Art und Weise, dass man auch aufeinander Rücksicht nimmt.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Anhand dieser Aussagen kann aus mehreren Perspektiven ein Bezug zu den theoretischen Ausführungen hergestellt werden. Wie in Kapitel 1.3.2 dargelegt, müssen Organisationen, die sich in prekären Bereichen als Interessenvertretung engagieren, oftmals erst ihre Relevanz für die Zielgruppe darlegen (vgl. Kabeer et al. 2013a, 255). Dieser Punkt kam unter dem Begriff der „Zwangsbeglückung“ zur Sprache, was darauf schließen lässt, dass aus Sicht des Akteurs diese Relevanz der Zielgruppe gegenüber noch nicht ausreichend vermittelt wurde. Aus gouvernementaler Perspektive kann argumentiert werden, dass neoliberale Regierungsweisen, nämlich jene der Überantwortung von Erwerbsarbeitslosigkeit auf die Individuen (vgl. Pühl 2008; Weiss 2018), aus Sicht der Akteure von der Zielgruppe durchaus hinterfragt werden. Die Einschätzungen der Akteure der unterschiedlichen Organisationen unterscheiden sich hier allerdings.

Aus prekarisierungstheoretischer Perspektive setzen Forschungsansätze, die sich mit sozialen Bewegungen und Organisation auseinandersetzen, der von einem engen Prekarisierungsverständnis entwickelten These einer Entpolitisierung bedingt durch Prekarisierung, das Potenzial für Organisation entgegen, das mit Prekarisierung einhergehen kann (vgl. Freudenschuß 2011). Das oben angeführte Zitat des Interviews mit Aktive Arbeitslose zeigt, dass die Notwendigkeit für kollektives Handeln erkannt wird und Erwerbsarbeitslosigkeit durchaus als gesellschaftliches Problem, nicht als individuelle Verantwortung begriffen wird. Nun bezieht sich die Aussage von Martin Mair nicht auf die Gruppe der Erwerbsarbeitslosen im Allgemeinen, sondern auf jene Personen, die bereits an einem Treffen von Aktive Arbeitslose teilgenommen haben. Gleichzeitig formuliert Martin Mair allerdings auch die Problemstellung, dass dieses Wissen nicht zwingend dazu führt, dass Erwerbsarbeitslose politisch aktiv werden. So sei es die größte Herausforderung der Organisation, den Leuten bewusst zu machen, dass sie selbst politisch aktiv werden müssen.

Inwiefern werden Herausforderungen hinsichtlich der Zielgruppe in den Interessenvertretungen der Kulturarbeit diskutiert? Auch hier wurde im Theorieteil der Masterarbeit auf Herausforderungen hingewiesen, die durch für das Feld spezifische Regierungsweisen entstehen können. Im Speziellen wurde auf die These der Selbst-Prekarisierung (vgl. Lorey 2006) eingegangen. Verschiedene Herausforderungen wurden in den Interviews genannt, die zwar grundsätzlich auch mit der Zielgruppe zusammenhängen, aber dennoch im Kontrast zu den Herausforderungen des Bereichs der Erwerbsarbeitslosigkeit gesehen werden können.

Für die Regierungsweise der Selbst-Prekarisierung können Anhaltspunkte aus dem Material ausgemacht werden:

„Wenn man dann aber in der Praxis mit jemandem diskutiert und sagt, naja führst du eine Arbeitszeitliste // ich red‘ jetzt von Anstellungen // ah dann kommt oft, ‚ja stimmt, wär‘ ka schlechte Idee‘ (lacht).“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Grundsätzlich wird, im Unterschied zu den Organisationen aus dem Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit mehrmals festgehalten, dass ein sehr hohes politisches Bewusstsein in der Zielgruppe besteht. Dieses politische Bewusstsein führt aber nicht zwingend dazu, dass Kulturarbeiter\*innen ihre Rechte umso vehementer einfordern:

„Ich hab‘ den Eindruck, dass das politische Bewusstsein SEHR stark da ist. Egal um welches Thema es geht. Wenn‘ s jetzt um Umweltthemen ging, das war ein Schwerpunkt letztes Jahr, wenn‘ s auch um quasi soziale Fragen geht und Ungleichheiten, dass man sehr gut mobilisieren kann, dass sehr auch in der eigenen Arbeit auch behandelt wird. Ja. Allerdings wenn‘ s um das Einfordern geht von Rechten für sich selbst es da doch eine gewisse Scheu gibt.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Genau dieses hier als Scheu bezeichnete Nicht-Einfordern der eigenen Rechte kann vor dem Hintergrund der Prekarisierungstheorie als Arrangement mit Unsicherheit bezeichnet werden. So sind es jene Arrangements, die zur Normalisierung prekärer Verhältnisse beitragen (siehe dazu Kapitel 1.1.7). Folgendes Zitat unterstreicht zudem nochmals die Divergenz zwischen dem Wissen und dem Handeln von Kulturarbeiter\*innen:

„Der Anspruch, der auf quasi ideologischer Ebene unterstützt wird und was dann gelebt wird, fallen dann manchmal doch sehr auseinander.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Dass ein großes politisches Bewusstsein in der Zielgruppe der Kulturarbeiter\*innen besteht, basieren die Akteur\*innen der Organisationen auf den Austausch mit Kulturarbeiter\*innen bei der Generalversammlung des Vereins, der Aufnahme der politischen Schwerpunkte in die Arbeit einzelner Kulturinitiativen, aber auch den Rücklauf der aktuellen Datenerhebung im Zuge der Covid-19-Situation. Die Datenerhebung, die von den Interessenvertretungen der

freien Szene initiiert wurde, hatte zum Ziel, den wirtschaftlichen Schaden verursacht durch die Covid-19-Situation für die freie Szene quantitativ zu erfassen.

„Wie diese Datenerhebung dann auch ausgefüllt worden ist, was für Rückmeldungen wir bekommen haben, zeigt [...] einen hohen Grad an politischer Informiertheit und eine ganz selbstkritische Haltung sozusagen der eigenen Selbstaussbeutung gegenüber.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Ausgehend von dieser Aussage lassen sich zwei relevante Punkte für das Erkenntnisinteresse dieser Masterarbeit aufzeigen: zum einen wird das Auseinanderfallen von theoretischem Wissen und praktischem Handeln der Zielgruppe verdeutlicht, denn Kulturarbeiter\*innen beuten sich oftmals zwar selbst aus, stehen dem eigenen Handeln aber kritisch gegenüber.

Basierend auf der These der Selbst-Prekarisierung von Kulturproduzent\*innen wurde in Kapitel 4.1 dargestellt, dass mit dieser Regierungsweise auch Problemstellungen für kollektives Handeln entstehen können. Werden die eigenen prekären Verhältnisse bereits als gesellschaftskritische Position verstanden, allein aufgrund der Tatsache, dass diese nicht dem Normalarbeitsverhältnis entsprechen, so wird der Blick auf den Beitrag der eigenen Position zur Normalisierung prekärer Verhältnisse verstellt. Entsprechend der Aussagen der Interessenvertretungen besteht – zumindest teilweise – eine selbstkritische Haltung der eigenen Selbstaussbeutung und den eigenen prekären Verhältnissen gegenüber. Dass sich diese kritische Haltung aber auf individueller Ebene nicht im Handeln der Kulturarbeiter\*innen widerspiegelt, verdeutlicht beispielsweise das Zitat, dass die eigene Arbeitszeit oft nicht dokumentiert würde. Die Ergebnisse hinsichtlich dieses Effekts der Regierungsweise der Selbst-Prekarisierung sind anhand dieser Aussagen also durchaus ambivalent. Was bedeutet dies nun zuletzt für die Arbeit der Organisationen? Katharina Serles bestätigt zwar, dass dieses Auseinanderfallen des Wissens und der eigenen Praxis von Kulturarbeiter\*innen zwar für die Interessenvertretung eine Herausforderung darstellt, weist aber in einer Randbemerkung ebenso darauf hin, dass genau solche Ambivalenzen die eigene Arbeit aber durchaus spannend machen.

Durch den Vergleich der Regierungsweisen in den beiden Bereichen wurde in Kapitel 4.3 darauf verwiesen, dass die Wahrnehmung der prekären Verhältnisse zentraler Ausgangspunkt für das Handeln der Organisationen ist. Wie also deuten die Akteur\*innen die prekären Verhältnisse? Welches Prekarisierungsverständnis liegt ihrem Handeln zugrunde? Ausgehend von den Regierungsweisen, die mit der Aktivierungspolitik einhergehen, wurde angenommen, dass Organisation im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit besonders schwierig sei, da Erwerbsarbeitslosigkeit nur als Phase zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen gesehen würde. Dahingegen wurde für den Kulturbereich festgehalten, dass sich gerade durch die

historische Kontinuität von Prekarität in diesem Bereich, Herausforderungen für kollektives Handeln ergeben, da diese kein neues Phänomen darstellen würden, wogegen mobilisiert werden könne. In den Interviews konnten verschiedene Aussagen zum Prekarisierungsverständnis als Ausgangspunkt des Handelns der Organisationen ausgemacht werden.

Eine Schwierigkeit, mit der die KUPF OÖ konfrontiert ist, ist das geringere Wachstum der freien Szene in den letzten Jahren.

„Aber es gibt viel, viel weniger Neugründungen von Vereinen, einfach weil sich niemand drüber traut, weil einfach alle wissen: es gibt extrem beschränkte Ressourcen, es gibt extrem wenig Möglichkeiten hier Förderungen zu bekommen.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Neugründungen und eine hohe Mitgliederanzahl stärken natürlich auch die Handlungsmöglichkeiten der Interessenvertretungen. Das Zitat macht ebenso deutlich, dass die KUPF OÖ davon ausgeht, dass genau jene prekären Verhältnisse, mit denen Kulturarbeiter\*innen aktuell bereits konfrontiert sind, abschreckende Wirkung haben können.

Eine weitere Äußerung zur Wahrnehmung prekärer Verhältnisse durch die Kulturarbeiter\*innen selbst kann hier noch angeführt werden. Denn im Unterschied zum Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit stellte sich für den Kulturbereich nicht die Frage, ob prekäre Verhältnisse nur als Phase verstanden würden, sondern ob diese als ohnehin normal erachtet werden, sodass auch kein Potenzial mehr erkannt wird, diese zu verändern.

„Ich würd‘ sagen, es spielt eine sehr große Rolle, weil‘ s viel zu oft nicht hinterfragt wird, oder diese Haltung als selbstverständlich vorausgesetzt wird: ‚das geht ja gar nicht anders.‘“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Die Annahme aus der Theorie, dass mit der historischen Kontinuität der Prekarität diese auch nicht mehr hinterfragt wird, kann anhand der Einschätzung der Akteurinnen durchaus auch bestätigt werden.

Dass prekäre Verhältnisse im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit lediglich als Phase wahrgenommen werden, wird durch die Aussagen von Armin Kraml untermauert. Das Ziel der Initiative ist es unter anderem, eine Rechtsvertretung im Österreichischen Gewerkschaftsbund für Erwerbsarbeitslose zu etablieren.

„Wenn zum Beispiel ein Nicht-Mitglied Mitglied werden würde und dieses würde dann wieder in eine Arbeit finden, dann glaub ich eher, dass diese Person dann Mitglied bleiben wird im Österreichischen Gewerkschaftsbund.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

Eine weitere Aussage ist zentral, um das Prekarisierungsverständnis hier darzulegen:

„Aber letztendlich ist es genau jetzt [...] in unsere soziale Mitte gerückt, dass viele, viele Menschen arbeitslos geworden sind und zwar genau das, was wir immer auch sagen: es kann einen jeden treffen.“

(INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

In dieser Überlegung spiegelt sich deutlich wider, dass eine solche Rechtsvertretung an die Wiederaufnahme von Lohnarbeit, die gewerkschaftlich bereits vertreten ist, geknüpft wäre. So wird Erwerbsarbeitslosigkeit als Phase zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen entsprechend oder ähnlich einem Normalarbeitsverhältnis gesehen. Vor allem das zweite Zitat lässt sich durchaus als Narrativ eines Bedrohungsszenarios verstehen. Diese wurden vor dem Hintergrund der Prekarisierungstheorie in Kapitel 1.1.2 unter dem Begriff biopolitischer Immunisierung besprochen. Prekäre Verhältnisse, im Speziellen die Phase der Erwerbsarbeitslosigkeit, wird auch hier also als Bedrohung dargestellt, die „jeden treffen“ könne.

Martin Mair unterstreicht, dass die Menschen, die sich bei Aktive Arbeitslose engagieren, wie auch er selbst, teilweise nicht mehr in dieses System zurück wollen und dieses auch grundsätzlich hinterfragen:

„Die glauben dann immer wir san die Vermittlungsagentur für Vorzeigarbeitslose (lacht), also immer nur so als Einzelfall, aber nicht als politisches Thema, [...] und dass es dann nicht darum geht wieder ein bestehendes System hereinzukommen. Das ist bei den meisten nicht mehr möglich und die meisten wollen das auch nicht mehr.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose Österreich)

Im Zitat nimmt Martin Mair zunächst Bezug auf Medien, die auf den Verein zukommen und äußert Kritik daran, dass diese den Verein Aktive Arbeitslose nicht als politische Akteurin wahrnehmen, sondern als „Vermittlungsagentur für Vorzeigarbeitslose“. Dabei wird auch der allgemeine Standpunkt des Vereins deutlich, dass aus der Erfahrung des Akteurs viele Erwerbsarbeitslose nicht mehr nach einem Beschäftigungsverhältnis als Lohnarbeit im kapitalistischen System suchen. Die politische Praxis der Organisation stützt sich somit nicht auf das Verständnis, dass Erwerbsarbeitslosigkeit eine prekäre Phase, die durch das Aufnehmen einer neuen Beschäftigung wieder überwunden wird, sei. Dies beeinflusst auch maßgeblich die Zielsetzungen der Organisationen. Auch hierin zeigt sich wiederum ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden untersuchten Organisationen aus den Bereichen der Erwerbsarbeitslosigkeit.

Die Wahrnehmung prekärer Verhältnisse durch die Akteur\*innen kann also zusammenfassend wie folgt dargestellt werden. Arbeitslos.Selbstermächtigt sieht Erwerbsarbeitslosigkeit – und somit auch die damit einhergehenden prekären Verhältnisse – als Phase an; jedoch wird dies nicht als Schwierigkeit für die Mobilisierung gesehen, sondern sogar als positives Argument verwendet, da die Interessenvertretung im Österreichischen Gewerkschaftsbund etabliert werden soll. Im Kontrast dazu steht die Aussage von Martin Mair, dass viele im Verein auch gar nicht mehr in das System zurück wollen. Das Prekarisierungsverständnis der Interessenvertretungen aus dem Kulturbereich wurde vorrangig aus der Sicht der Kulturarbeiter\*innen dargelegt. So wirken prekäre Verhältnisse auf Kulturarbeiter\*innen den Akteurinnen der Organisationen zufolge abschreckend. Teilweise wird durch die historische Kontinuität der Verhältnisse auch die Möglichkeit verkannt, eine Entprekarisierung der Verhältnisse anzustreben.

Eine weitere Herausforderung sind andere Organisationen im Feld, mit deren Tätigkeiten die hier untersuchten Organisationen auf unterschiedliche Art konfrontiert sind. Auch hinsichtlich des Codes „andere Akteur\*innen“ ergeben sich Unterschiede zwischen den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit. Im Kulturbereich wurde die Herausforderung anderer Akteur\*innen im Feld hauptsächlich auf mangelnden politischen Willen der Bundes- beziehungsweise Landesregierung bezogen. Für die KUPF OÖ ergeben sich Schwierigkeiten für die eigene Arbeit im Austausch mit der Landesregierung, deren Kulturpolitik auf der einen Seite kritisiert wird, auf der anderen Seite die eigene Arbeit aber von Landesförderungen abhängig sind.

Dahingegen bezieht sich dieser Code für die Initiativen der Erwerbsarbeitslosigkeit nicht auf Landes- oder Bundesregierung, sondern auf Gewerkschaften. Im Fall von Aktive Arbeitslose stellen auch weitere Akteur\*innen eine Herausforderung dar, so etwa das Arbeitsmarktservice (AMS) beziehungsweise andere zivilgesellschaftliche Organisationen:

„Also dass das AMS seine Politik ändert, ist durchaus möglich, aber da braucht’s halt // das geht nicht sofort und vor allem geben sie’s dann nicht zu, wenn sie aufgrund unserer Tätigkeiten oder Vorschläge das geändert haben, ne. Also es wird natürlich überall versucht halt Erfolgserlebnisse zu verhindern, oder dass wir Gewicht bekommen halt, ne.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

„Wir haben auch versucht in Richtung Solidarwerkstatt // de san a bissl zu festgefahren (lacht). Weil die haben Ressourcen; haben a Zeitung und da hab ma mal angefragt, wenn ma da an Artikel schreiben, also was des kosten tät [...] Eigentlich müssten die von sich aus sagen, naja ihr kriegt’s von unserer Zeitung jedes Mal a ganze Seiten gratis, ne. [...] Also des hätt ma in den 80er Jahren gmacht, oder 90er vielleicht noch.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Martin Mair hält hier also den mangelnden Willen für Unterstützung des Vereins durch andere zivilgesellschaftliche Organisationen fest.

Arbeitslos.Selbstermächtig äußert sich hinsichtlich anderer Akteur\*innen im Feld als Herausforderung lediglich dahingehend, dass sich die Etablierung einer Interessenvertretung im Gewerkschaftsbund als mühsame Arbeit erweist.

„Wie bei allem und allen Institutionen, die ein bisschen größer sind, ah dauert’s halt ein bisschen. (lacht). Das ist das Bohren der tiefen Bretter.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtig)

Auch hier zeigt sich also ein deutlicher Unterschied der Erfahrungen der Organisationen aus den Bereichen Kulturproduktion und Erwerbsarbeitslosigkeit. Gleichzeitig weisen auch die beiden Organisationen aus dem Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit wiederum Unterschiede auf.

Die Sichtbarkeit des jeweiligen Bereiches hat sich in den Interviews ebenso als Herausforderung herausgestellt. Auch hier kann allerdings kein Unterschied entlang der beiden Bereiche ausgemacht werden, da sich die Akteure der Initiativen Arbeitslos.Selbstermächtig und Aktive Arbeitslose Österreich unterschiedlich positionieren. Aktive Arbeitslose Österreich sieht die mangelnde Sichtbarkeit als ein Problem der eigenen Arbeit an, bezieht dies aber konkret auf Medienöffentlichkeit:

„Ein Problem san natürlich auch die Medien. Die berichten ganz wenig über uns. Es gab amal // irgendwann vor fünf oder sechs Jahren gab’s die Kurs-Diskussion. Da war ich dann öfter wo mal eingeladen gewesen [...]. Aber sonst, in den letzten zwei drei Jahren ganz wenig.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Anders stellt sich das Thema der Sichtbarkeit für Armin Kraml von Arbeitslos.Selbstermächtig dar. Für ihn erhält das Thema nun insbesondere durch die Covid-19-Situation mehr Aufmerksamkeit. Genau jetzt komme durch die überdurchschnittlich hohe Erwerbsarbeitslosenquote dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu:

„Also vorher eher ein Randthema wird es jetzt immer interessanter und spannender beziehungsweise die Leute können auch damit umgehen und sagen: ‚ja mein Nachbar ist auch gekündigt worden‘. Also auch die Betroffenheit ist viel, viel näher, ist plötzlich da.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtig)

Die Sichtbarkeit der Thematik Erwerbsarbeitslosigkeit wird hier also nicht als Herausforderung für die Arbeit der eigenen Organisation gesehen. Inwiefern allerdings, wie im Interview mit Martin Mair (Aktive Arbeitslose) thematisiert, die Sichtbarkeit der Arbeit des Vereins selbst als problematisch angesehen wird, kam in den beiden Interviews mit Arbeitslos.Selbstermächtig nicht zur Sprache.

Auch in den weiteren Interviews wurde der Code „Sichtbarkeit“ vergeben. In den Gesprächen mit IGKÖ und KUPF OÖ wurde auf ähnliche Aspekte hingewiesen: es geht um die Unsichtbarkeit der Kulturarbeit und in weiterer Folge auch darum, welche Instrumentarien der Absicherung von staatlicher Seite aus zur Verfügung stehen.

„Der Fokus ist fast immer nur auf Künstlerinnen und Künstler gerichtet, weil sich darunter alle etwas vorstellen können. Wenn man mit dem Begriff Kulturarbeiterin/Kulturarbeiter kommt, dann hört’s meistens schon auf, das Verständnis. Und das führt in der Praxis dazu, dass es sehr viele quasi Instrumentarien gibt, die aber wirklich nur auf Künstlerinnen abzielen und die Realitäten des Sektors, oder große Bereiche des Sektors ausblenden.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Katharina Serles zieht einen Vergleich zu Care-Arbeit hinsichtlich der Sichtbarkeit und der notwendigen Entlohnung für diesen Bereich:

„Kulturarbeit ist ganz ähnlich, so dass in den seltensten Fällen das eine Zivilbevölkerung SIEHT, dass das Arbeit ist, die eben auch genauso fair entlohnt werden soll.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Auch die eigenen Handlungsmöglichkeiten wurden als Herausforderungen formuliert. Die Aussagen bezogen sich hier bei den Initiativen aus dem Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit auf personelle und finanzielle Mittel. So unterstreicht Martin Mair (Aktive Arbeitslose), dass die politische Kritik für den Verein vordergründig ist im Vergleich zur Beratungstätigkeit, und merkt im Zuge dessen an:

„Aber wie gesagt mit wenig Mitteln is es halt schwierig.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Im Kulturbereich dahingegen wurden die Handlungsmöglichkeiten auch auf die Reichweite der eigenen Tätigkeiten bezogen – so hält Katharina Serles (KUPF OÖ) zur Möglichkeit eines Streiks fest:

„Das Ganze verläuft sich aber bisher immer in Gedankenspielerlei, ähm weil sozusagen allen ein bissl im Hintergrund bewusst ist oder vorschwebt, dass es niemanden betreffen wird, dass sich niemand daran stört, wenn alle Häuser zu sind. Mein Gott, dann geht ma halt woanders hin beziehungsweise in die großen, in die staatlichen Häuser, in die Institutionen. Die Tanker werden ja nicht mit uns mitstreiken.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Die eigenen Handlungsmöglichkeiten werden daher in Organisationen beider Bereiche durchaus als Herausforderung genannt.

Die Fragestellung zielt nicht nur auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten ab. Auch Besonderheiten, die konkret an einen Bereich geknüpft sind, sollen berücksichtigt werden. Hierbei sind insbesondere zwei Codes hervorzuheben. Der Code „Stigmatisierung“ fällt zwar

auch in den Bereich der Interessengruppe, dennoch schien es wichtig, diese Herausforderung auch konkret in der Codierung zu benennen.

„Wobei ich dann immer noch // immer noch ein paar so Hinderungsgründe sehe, wenn ich als arbeitsloser Mensch ah quasi in die Öffentlichkeit mit meiner Arbeitslosigkeit gehe. Das ist immer so ein großer, großer Hemmschuh // ah und auch sich quasi selbst als arbeitslos, sich irgendwo zu deklarieren, ist auch immer sehr, sehr schwierig“. (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtig)

Der Code „Datenlage“, der ebenso aus dem Material heraus erarbeitet wurde, wurde als solcher nur im Interview mit IGKÖ vergeben. Dabei wird die Herausforderung geäußert, dass nicht zuletzt durch die Diversität der Zielgruppe, einheitliche Daten nicht zur Verfügung stehen und die Kulturarbeit auch bei empirischen Untersuchungen nicht berücksichtigt wird, da auch hier der Fokus auf Künstler\*innen liegt. Dies erschwert unweigerlich die Arbeit von Interessenvertretungen. An dieser Stelle sei nochmals das in Kapitel 7.1.4 angeführte Zitat angeführt:

„Also die Wirtschaftskammer kann auf einen Knopfdruck sagen, so und so viele Unternehmen haben so und so viele Mitarbeiterinnen, das ist der Jahresumsatz, das sind die Beträge, um die es auch geht. Das gibt's so für den freien Bereich nicht, weil der wie gesagt ja sehr dynamisch ist, sehr fluide, wenn man auch so möchte, und schlichtweg von den meisten Erhebungen, die es gibt, bislang auch ausgeklammert wird.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

### **7.2.1.3 Zusammenfassung**

In diesem Kapitel wurden Gemeinsamkeiten, Besonderheiten, sowie Unterschiede hinsichtlich der Ziele und Herausforderungen der untersuchten Organisationen angeführt. Mit dieser Fragestellung wurde versucht, kollektives Handeln auf Basis der Unterschiedlichkeit von Unsicherheitslagen zu untersuchen, ohne dabei prekäre Bereiche kategorisierend gegenüberzustellen, um so einem umfassenden Prekarisierungsverständnis gerecht zu werden. Zusammenfassend können folgende Erkenntnisse festgehalten werden.

Als Gemeinsamkeit kann die Entstehung und die damit einhergehende Zielsetzung der Organisationen gefasst werden. Alle Akteur\*innen knüpfen die Entstehung der eigenen Organisation an den Mangel einer anderen politischen Vertretung der Zielgruppe. In Verbindung mit der Auswertung der Interviews wird die Entstehung der Vereine immer im Zusammenhang mit der politischen Dimension prekärer Verhältnisse, also die Ermangelung politischer Vertretung der Interessengruppe in den Vordergrund gerückt.

Folgende Herausforderungen wurden in den Interviews besprochen und wurden im Zuge der Analyse wiederum vor einem prekarisierungstheoretischen Hintergrund kontextualisiert. Die Zielgruppe stellte für alle Organisationen eine Herausforderung dar. Diese Herausforderungen

konnten ebenso mit den im Theorieteil erarbeiteten Regierungsweisen in Zusammenhang gebracht werden. Besonders die Ergebnisse der beiden Bereiche vergleichend können an dieser Stelle nochmals spannende Aspekte herausgearbeitet werden.

Zwischen den beiden Bereichen ergibt sich für die untersuchten Organisationen folgender Unterschied hinsichtlich des politischen Bewusstseins in der Zielgruppe. Der Einschätzung der Akteur\*innen nach ist die Zielgruppe der Kulturarbeiter\*innen für politische Themen (exemplarisch wurden hier etwa Klimawandel oder soziale Ungleichheiten genannt) sensibilisiert. Umgekehrt fällt es den Kulturarbeiter\*innen oftmals schwer, eigene Rechte einzufordern – oder wie es in den Interviews formuliert wurde: das Wissen und die Praxis der Kulturarbeiter\*innen fallen auseinander. Die Einschätzung der Akteur\*innen aus dem Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit zeigt gewissermaßen den umgekehrten Effekt. Hier wurde von beiden Organisationen bestätigt, dass Erwerbsarbeitslose ihr politisches Engagement oftmals auf die Lösung individueller Probleme beschränken.

Zudem wurde erörtert, welches Prekarisierungsverständnis die Organisationen haben und wie dies mit den Herausforderungen ihrer Arbeit zusammenhängt. Ebenso werden andere Akteur\*innen im Feld – auch dieser Aspekt wiederum mit unterschiedlichen Blickwinkeln – als Herausforderung für die eigene Arbeit empfunden.

Mangelnde Sichtbarkeit der eigenen Thematik wird für alle Organisationen als Schwierigkeit in der eigenen Arbeit dargestellt, wobei hier die Unterschiede zwischen den einzelnen Initiativen besonders deutlich werden: Aktive Arbeitslose Österreich sehen vor allem die mangelnde Aufmerksamkeit von Medien als problematisch an, wohingegen die IGKÖ zufolge die spärliche Datenlage zu Kulturarbeiter\*innen die eigene Arbeit erschwert. Die KUPF OÖ unterstreicht in diesem Zusammenhang die Unsichtbarkeit von Kulturarbeit. Arbeitslos.Selbstermächtigt sieht gerade jetzt durch die außergewöhnlich hohe Rate an Erwerbsarbeitslosen bedingt durch die Covid-19-Situation, dass die Sichtbarkeit für die Problemstellungen verbunden mit Erwerbsarbeitslosigkeit zunimmt.

Die Besonderheiten der Bereiche stellen zum einen die aus dem Material erarbeiteten Codes „Stigmatisierung“ für den Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit und „Datenlage“ für die Kulturproduktion dar.

Wie können nun also die Ergebnisse dieser ersten Forschungsfrage zusammengefasst werden? Durch die theoretische Annäherung wurde angenommen, dass für die Zielgruppe spezifischen Regierungsweisen, aktivierende Arbeitsmarktpolitik und damit einhergehende Individualisierung und Selbst-Prekarisierung, Herausforderungen für die Organisationen

darstellen. Diese Regierungsweisen wurden auch thematisiert und konnten auch als Herausforderung für die Arbeit der Organisationen bestätigt werden. Dahingegen wurde aber vor allem auch die Diversität der Organisationen und deren Zielsetzungen und Herangehensweise im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit deutlich. Die Interessenvertretungen aus dem Kulturbereich vertreten als Schwesternorganisationen ähnliche Standpunkte, wenn auch in den Interviews unterschiedliche Schwerpunkte ausgemacht werden konnten.

## **7.2.2 Praxiswissen im Umgang mit Herausforderungen kollektiven Handelns**

Die zweite Forschungsfrage lautet: *Welches Praxiswissen zu kollektivem Handeln kann aus den Interviews mit den Akteur\*innen zum Umgang mit den genannten Herausforderungen gewonnen werden?*

Die empirische Untersuchung ermöglichte es nicht nur, Herausforderungen hinsichtlich der Arbeit der untersuchten Organisationen, aufzuzeigen, sondern auch Praxiswissen der Akteur\*innen den Umgang mit den besprochenen Herausforderungen betreffend zu gewinnen. Wie also kann man sich der Interpretation des Materials annähern, um diese Forschungsfrage adäquat zu beantworten? Wie in Kapitel 6 dargestellt wurde, wurde in den leitfadengestützten Interviews nach den Herausforderungen gefragt, um im Anschluss unter anderem die Frage zu stellen, wie die Organisation mit diesen Problemstellungen bezüglich ihrer eigenen Arbeit umgehen. Dabei ist zunächst ein allgemeiner Eindruck festzuhalten, der sich aus dem Post Skript der Interviews (siehe Kapitel 2.3) ergeben hat. Den Akteur\*innen fiel es größtenteils leicht über die Herausforderungen der eigenen Arbeit zu sprechen. Die Problemstellungen konnten klar benannt werden. Weniger leicht schien den Akteur\*innen die Antwort auf die Frage zu fallen, wie in der Organisation mit diesen Herausforderungen umgegangen werde. Bei dieser Fragestellung wurde sowohl konkret auf einzelne Herausforderungen Bezug genommen als auch allgemein die Frage danach gestellt, inwiefern sich politische Rahmenbedingungen oder auch die Arbeit der Organisation ändern müssten, um diesen Herausforderungen beizukommen. Zudem wurde gefragt, welche Aktivitäten der Organisation bisher besonders positiv hervorzuheben sind, um auch somit einen Rückschluss auf diese Forschungsfrage ziehen zu können. In der Theorie wurde auf vier Stränge der Bearbeitung der Herausforderungen in Anlehnung an Kabeer et al. (2013a) verwiesen: kulturelle Aneignung, Information, Diskurs und legaler Aktivismus. Wenngleich diese Differenzierung bereits

definierte Kategorien vorgibt, kann eine so klare Einteilung im Rahmen dieser Masterarbeit nicht angewandt oder entwickelt werden, da die Aussagen der Akteur\*innen hier teilweise keine konkrete Kategorisierung zulassen. Auf Basis dieser Überlegungen sollen die Codes „Umgang“, „Potenzial“, und „erfolgreiche Aktivität“ berücksichtigt werden, um diese Forschungsfrage zu beantworten.

Wie bereits angemerkt wurden die Antworten sehr vage gehalten, wie etwa „mehr Internetpräsenz“ oder „Ausbau der Homepage“. Als vage werden diese Antworten deshalb bezeichnet, weil kein klarer Zusammenhang zu den vorher genannten Herausforderungen hergestellt werden kann, welcher Schwierigkeit mit den genannten Maßnahmen also begegnet werden soll. Andere Antworten waren wiederum sehr konkret, so etwa der Vorschlag ein „skill sharing“-Plattform zum Thema Aktivismus mit anderen Nicht-Regierungsorganisationen (*non-governmental organisation*, NGO) aufzusetzen:

„Sich zum Beispiel kurz zu schließen mit anderen NGOs, um verschiedene aktivistische ähm Mittel, Methoden // sich auszutauschen, also nicht nur in Hinblick auf Aktivismus, sondern auch in Hinblick auf Selbstorganisation, wie [...] stellt man eine ein effizient arbeitende Organisation auf, wie führt man ein Büro, wie macht man das ganze digital online. Da sind wir dabei. Da gibt's Austausch mit den Schwesternorganisationen, aber eben auch die Idee, das mit anderen NGOs zu machen.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

In einer weiteren Überlegung spiegelt sich der Gedanke der Vernetzung verschiedener prekärer Bereiche wider:

„Ich hab jetzt gerade ein Attac-Webinar mitgemacht zum Thema Online-Aktivismus. Ähm (.) also grade im Hinblick auf // also ähnlich wie zum Beispiel sozusagen inhaltlicher Natur oder politischer Natur wir der Meinung sind oder der Überzeugung sind, dass Prekariat branchenübergreifend ist, dass auch so Online-Aktivismus, Aktivismus an sich, nichts Kulturspezifisches aus dieser eigenen Szene // kleinen Szene herauszudenken.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Diese Aussage schließt hier also durchaus an den von der Prekarisierungstheorie vorgeschlagenen Ansatz an „bei aller Unterschiedlichkeit nach Bündnisstrategien und Allianzen“ (Lorey 2010a, 72) zu suchen.

Eine solche Vernetzung der Organisierung von unterschiedlichen prekären Lebenslagen wurde im Rahmen der EuroMayDay-Bewegung angestrebt. Diesbezüglich merkt Yvonne Gimpel an, dass die EuroMayDay-Bewegung ein Beispiel dafür sei, dass Vernetzung von prekären Bereichen grundsätzlich gut funktionieren kann. Allerdings seien die damals entwickelten Formate nicht mehr die richtigen. Die Nachhaltigkeit wird in der eigenen Organisation daher immer mitgedacht:

„Ich glaub‘, es ist wie bei allem eine Frage der Nachhaltigkeit, wie viel Wirkung kann man tatsächlich erzielen, die tatsächlich auch im Sinne der vertretenen Personen ist und für diese eine Wirkung entfaltet in der Praxis.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Bei der Vernetzung ist daher immer auch die Frage mitzudenken, welche Verbesserungen für die vertretenen Personen hier erzielt werden können.

Im Zuge der Analyse wurde bereits mehrmals auf die Herausforderung verwiesen, dass Wissen und Praxis von Kulturarbeiter\*innen der Erfahrung der Akteur\*innen nach auseinanderfallen können. Auf die Frage, wie in der Organisation mit dieser Herausforderung umgegangen wird, antwortet Yvonne Gimpel:

„(seufzt) Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseinsbildung, Dialog.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Dass genau diese Strategie auch funktionieren kann, betont Yvonne Gimpel an späterer Stelle. Eine Aktivität wurde im Interview in dieser Hinsicht als besonders erfolgreich hervorgehoben.

„Das Schöne ist, ich hab‘ zum Beispiel letzte Woche wieder zwei E-Mails bekommen, die auf das Symposium Bezug genommen haben und einen kurzen Input da hatten und wo ich mir gedacht hab: ah ok es hat zumindest weitergearbeitet, ja (lacht).“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Dabei spricht die Akteurin das Symposium der freien Szene an, worin es vor allem um faire Bezahlung für Kulturarbeit ging (vgl. IG Kultur Wien 2019, IG Kultur Wien o.D.).

Konkret für den Umgang mit der Herausforderung, dass die Servicehaltung in der Interessengruppe zu hoch sei, haben Aktive Arbeitslose einen Fokus auf kleinere Aktionen gelegt, und versuchen die Beratungsfunktion „im Zaum zu halten“ beziehungsweise bauen sie diese nicht weiter aus.

Aussagen, die mit dem Code „erfolgreiche Aktion“ codiert wurden, wurden von den Akteur\*innen oftmals nicht direkt mit dem Umgang mit besprochenen Herausforderungen in Verbindung gebracht. Dennoch sind es jene Tätigkeiten und Aktionen, die von den Akteur\*innen besonders positiv hervorgehoben wurden, die Aufschluss über mögliche Strategien zum Umgang mit den Herausforderungen der Arbeit der Organisationen geben. In allen Interviews wurden erfolgreiche Aktivitäten besprochen. Die Interessenvertretungen im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit heben Folgendes hervor:

„Also eine Veranstaltung beziehungsweise eine Einrichtung, welche jetzt der ÖGB Oberösterreich auch auf Druck vom Arbeitslosenverein wahrscheinlich initiiert hat, ist dieses Themenforum Arbeitslosigkeit, das es in Oberösterreich gibt.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

„In den Jahren ist auch die Anzahl der Sanktionen in Wien zurückgegangen aufgrund der Informationsarbeit.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Über die Aktion „Rettet das Kulturland Oberösterreich“ der KUPF OÖ äußert sich Katharina Serles wie folgt:

„Ich glaub‘, dass die extrem dazu beigetragen hat, einerseits die Landschaft in Oberösterreich, die Kulturszene zu politisieren. Das war eine sehr [...], auf professioneller Ebene geführte breite Aktion // zivilgesellschaftliche Aktion letztlich, aus der schöpfen wir ein Praxiswissen. Aus der sind einige Akteurinnen immer noch in der KUPF.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Die Berücksichtigung dieser Äußerungen, die mit dem Code „erfolgreiche Aktivität“ versehen wurden, zeigen zwar keine konkreten Strategien für den Umgang mit Herausforderungen auf. Jedoch geben sie einen Einblick in jene Tätigkeiten und Umstände hinsichtlich der Arbeit der Organisationen, die von den Akteur\*innen besonders positiv hervorgehoben werden. Die Darstellung dieser Tätigkeiten ist für die Beantwortung dieser Forschungsfrage somit durchaus hilfreich. Der Erfolg wird dabei an der Beeinflussung anderer Akteur\*innen, sowie positivem Feedback und Mobilisierung aus der Zielgruppe bemessen.

Abschließend soll noch auf die aktuelle Situation aufgrund von Covid-19 eingegangen werden. Auch diese Umstände wurden in den Interviews thematisiert, woraus sich ebenso Überlegungen im Umgang mit den besprochenen Herausforderungen ergaben.

Dass genau die Covid-19-Situation ein Momentum für die Anliegen der Interessenvertretungen darstellen könnte, wird in den Interviews von mit der IGKÖ als auch und mit Arbeitslos.Selbstermächtigt geäußert:

„Es is‘ – weil ja viele jetzt diskutieren, ob der Moment jetzt nicht einer wäre, genau die ganzen Druckstellen, vor allem mit Fokus auf prekäre Bedingungen, die man bei der Krise jetzt so aufbrechen sieht – ganz akut.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

„Jetzt wär‘ natürlich der beste Zeitpunkt um es wirklich lautstark auch zu sagen, was falsch läuft.“ (INT 4 Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

Die aktuelle Situation könnte also die Möglichkeit bieten, jenem Mangel an Sichtbarkeit, die als Herausforderung dargestellt wurde, beizukommen. In Verbindung mit der aktuellen Situation und dem Umgang mit der Herausforderung, Kulturarbeit sichtbar zu machen, wird im Interview mit Katharina Serles das Potenzial festgehalten, das die Datenerhebung ihres Erachtens zeigt. Denn diese zeigte auch, dass die vorhergehende Selbstausbeutung nun doppelt problematisch ist:

„Einige Vereine haben uns geschrieben, im Laufe der Datenerhebung ähm // sie haben sich vorher schon so ausgebeutet, sich selbst ausgebeutet, dass es ihnen jetzt eigentlich gar nicht auf den Kopf fällt. Weil sozusagen mehr als Minus oder mehr als Selbstausschöpfung geht ja gar nicht. Weil sie ja vorher alle schon ehrenamtlich gearbeitet haben, verlieren sie natürlich jetzt kein Geld in dem Sinne.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Als Umgang mit dieser aktuellen Herausforderung nennt sie konkret die Notwendigkeit, diese Zusammenhänge auch so transparent wie möglich zu kommunizieren:

„Deswegen fand ich diese Ergebnisse dieser Datenerhebung, die das eben so schön sichtbar machen, diesen komischen Zirkelschluss sozusagen // ähm, wenn es uns gelingt, das zu kommunizieren ähm (.) Wir haben's ja da auch zum Glück mit dieser einer Zielgruppe zu tun, die extrem innovativ ist, extrem flexibel // [...]. Also ich glaube, wenn man das gut äh kommunizieren kann, gut transparent machen kann, dann hat das ein extremes Potenzial, dieses ganze System zu hinterfragen, Systemkritik zu machen und irgendwie zu unterwandern, vielleicht sogar ein starkes revolutionäres Potenzial (lacht).“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Diese Inhalte zu kommunizieren kann ein wichtiger erster Schritt sein. Eine Überlegung diesbezüglich stellt Yvonne Gimpel an:

„Es ist nur ein Unterschied ob ich jetzt mal kurz Öffentlichkeit erzeugen will und ein Statement setzen möchte, oder ob man in dieser wirklich mühen der ebene in der kleinteiligen politischen Arbeit ist, wo man dann über einzelne Paragraphen diskutiert und versucht Überzeugungsarbeit zu leisten, dass es sehr wohl machbar wäre.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Die Interviews zeigen demnach einige Punkte zum Umgang mit den Herausforderungen der einzelnen Organisationen auf. Wenngleich die Strategien in den Gesprächen mit den jeweiligen Initiativen und in Bezug auf ihre Arbeit besprochen wurden, so haben einige Ansätze hier durchaus das Potenzial auch übergreifend für die andere Organisationen nützlich zu sein. Insbesondere sei hier nochmals der Vorschlag einer „skill sharing“-Plattform für NGOs hervorgehoben sowie Vernetzungsarbeit im Allgemeinen. Auch die Verlagerung der Prioritäten der eigenen Vereinstätigkeit kann als adäquates Mittel dienen, wie Aktive Arbeitslose an mehreren Stellen unterstreichen, da sie ihre Beratungstätigkeit einschränken beziehungsweise nicht weiter ausbauen. Die IGKÖ unterstreicht wiederum den direkten Austausch und die Vermittlungsarbeit, um die Zielgruppe weiter zu sensibilisieren.

### **7.2.3 Überlegungen zur Entprekarisierungspolitik**

Die dritte und letzte Forschungsfrage lautet: *Welche Ansätze einer Entprekarisierungspolitik können ausgehend von den Zielen der vier untersuchten Interessenvertretungen ausgemacht werden?*

Um diese Forschungsfrage zu beantworten, sollen nochmals die Zielsetzungen in den Blick genommen werden. Welche Forderungen stellen die Initiativen und wie können diese im Sinne einer Entprekarisierungspolitik formuliert werden? Die Ziele der untersuchten Organisationen wurden bereits hinsichtlich der ersten Forschungsfrage (Kapitel 7.2.1.1) in den Blick genommen. Die Beantwortung der dritten und letzten Forschungsfrage baut somit auf diese Ausführungen auf.

Folgende Aspekte der Untersuchung liefern eine gute Basis für die Beantwortung dieser Forschungsfrage. Erstens kann nochmals unterstrichen werden, dass sich keine der Organisationen auf die Beratung der Interessengruppe beschränkt. Diese ist zwar Teil der Arbeit der Organisationen, wird aber nie als einzige Aufgabe der Organisation gesehen. Zweitens wurden auch immer wieder Ziele thematisiert, die über die Forderungen für die eigene Zielgruppe hinausgehen. Im Zuge dessen wurden drittens auch jene Standpunkte der Organisationen dargestellt, die das kapitalistische System kritisch hinterfragen. Letztere wurden insbesondere in den Interviews mit Katharina Serles und Martin Mair thematisiert.

Aus der Interpretation der Ergebnisse können einige Anhaltspunkte für eine Entprekarisierungspolitik festgehalten werden. Diese Überlegungen können auf vier Ebenen ausgemacht werden. Zunächst rückt eine Entprekarisierung der Verhältnisse in den Blick, gefolgt von einer Entprekarisierung der Interessenvertretungen. Des Weiteren können Überlegungen ebenso hinsichtlich der Vernetzungsarbeit der Organisationen in Bezug auf eine Entprekarisierungspolitik angestellt werden, wie auch in Hinblick auf die Veränderung politischer Rahmenbedingungen.

Bevor jedoch auf diese vier Aspekte als Ansatzpunkte für eine Entprekarisierungspolitik eingegangen wird, sollen noch jene Aussagen der Akteur\*innen dargestellt werden, die systemkritische Ansätze in der Arbeit der Organisationen reflektieren. Dabei wird hier nochmals auf jene Ziele verwiesen, die auch grundlegend neoliberale Regierungsweisen hinterfragen und sich nicht auf systemimmanente Lösungen beschränken (siehe Kapitel 1.3.3). Aus prekarisierungstheoretischer Sicht ist hier also die „Potenzialität für emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen“ (Lorey 2010a, 60) gemeint, die insbesondere vor dem Hintergrund eines umfassenden und ambivalenten Prekarisierungsverständnisses in den Fokus der Untersuchung gerückt wurde.

Systemkritische Ansätze im Verhältnis zu Ansätzen, die systemimmanente Lösungen suchen, konnten im Gespräch mit der IGKÖ sehr konkret besprochen werden. Letztere können ebenso dazu führen, aktuell bereits prekarierte Verhältnisse aufrecht zu erhalten und somit zur Normalisierung der Prekarisierung beitragen:

„Gleichzeitig schafft man natürlich noch Situationen wo man auch ah dieses System, dass es erhalten wird, noch unterstützt, indem man solche Lösungsgeschichten wieder dran flickt.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Hierbei wurde konkret die Genossenschaft Smart (siehe dazu auch die Fallauswahl, Kapitel 3) thematisiert:

„Also es ist jetzt nicht so, dass das kostenlos ist, sondern dafür, dass das System nicht funktioniert, zahlen dann auch noch die Klient\*innen von Smart eigene Gebühren, damit sie Erleichterungen bekommen.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Die IGKÖ wählt hier einen anderen Ansatz. So unterstreicht die Akteurin im Anschluss an die obige Aussage nochmals, dass für die IGKÖ vor allem Selbstermächtigung von Kulturarbeiter\*innen vordergründig ist:

„Die eigene Kompetenz zu haben zu entscheiden und auch das eigene Knowhow zu haben, um die Dinge bewerten zu können und äh entsprechend selbst erledigen zu können.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Im Gespräch mit KUPF OÖ stellt Katharina Serles im Kontext der aktuellen Covid-19-Situation und der damit einhergehenden Verschärfung prekärer Verhältnisse im Kulturbereich auch ein gewisses Potenzial fest – verkürzt sei an dieser Stelle nochmals das bereits angeführte Zitat genannt:

„Dieses ganze System zu hinterfragen, Systemkritik zu machen und irgendwie zu unterwandern, vielleicht sogar ein starkes revolutionäres Potenzial (lacht).“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Auch hier kommt es also zur Sprache, dass das System an sich hinterfragt werden müsse. Auf die Frage hin, welche Lösungswege gesucht werden – innerhalb des Systems oder ebendieses kritisierend – reflektiert Katharina Serles die Aktivitäten und Finanzierung der KUPF OÖ selbst:

„Ja, wir sind auch pragmatisch. Wir sind ja auch genauso Teil dieses Systems mit unseren eigenen Produkten. Mit dem KUPFticket zum Beispiel oder der KUPFzeitung, wo wir auch über Inserate äh dann wieder die Zeitung selber wieder finanzieren, die Mitarbeiterinnen selber wieder finanzieren.“ (INT 1 Katharina Serles, KUPF OÖ)

Das Zitat weist zwar auf keine Zielsetzung im engeren Sinne hin, macht aber dennoch deutlich, dass innerhalb der KUPF OÖ systemkritische Ansätze diskutiert und in den eigenen Handlungsmöglichkeiten auch mitgedacht werden.

Auch bei den Erwerbsarbeitslosenorganisationen stellt sich die Frage, inwiefern hier Systemkritik geübt wird. Martin Mair von Aktive Arbeitslose übt im Interview anti-kapitalistische Kritik:

„[...] und dieses System stellen wir grundlegend in Frage, dieses kapitalistische System, ne, weil des geht sich mathematisch einfach nicht aus.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Wenngleich in den Gesprächen Arbeitslos.Selbstermächtigt keine Kritik dieser Art geäußert wurde, verfolgt die Initiative dennoch Ziele, die sich keineswegs nur auf die Rechte von erwerbsarbeitslosen Menschen beschränken. So sprechen sich die beiden Akteure in den Interviews zum einen für ein bedingungsloses Grundeinkommen, als auch für eine Arbeitszeitverkürzung aus. Somit lässt sich auch in dieser Organisation eine weitreichendere Vorstellung einer anderen Gesellschaft ausmachen. Allerdings wird hier weniger konkret als in den anderen Interviews Kapitalismuskritik geübt, oder zumindest nicht als solche benannt.

Dieser erste Abschnitt der Beantwortung der Forschungsfrage hat versucht, nochmals zu verdeutlichen, welche Positionen die Organisationen hinsichtlich systemkritischer Ansätze vertreten. In weiterer Folge soll nun auf die vier Überlegungen einer Entprekarisierungspolitik eingegangen werden.

Die Entprekarisierung der Verhältnisse, ausgehend von den Zielsetzungen der Organisationen, bezieht sich auf die materielle Absicherung der Zielgruppe. So fordert die KUPF OÖ, wie bereits angesprochen, eine Erhöhung der Förderungen für Kulturvereine. Yvonne Gimpel verdeutlicht im Interview den Zusammenhang von staatlichen Förderungen und den prekären Verhältnissen in der freien Szene:

„Das eine ist quasi die politische Seite, dort wo öffentliche Förderungen im Spiel sind, dass sich diese selbstverpflichtet auf die Einhaltung von absoluten Mindeststandards, und das verstehen wir als soziale Standards, auch zu achten, wenn sie Förderungen gewährt. Da gibt's international sehr gute und spannende Modelle, wo das eine Selbstverständlichkeit mittlerweile ist, also man nicht durch öffentliche Förderung Armut auch produziert.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Bei dieser Zielsetzung wird konkret die Ausgestaltung staatlicher Förderungen in den Blick genommen. Diese sollen Grundlage dafür sein, dass Kulturarbeit fair entlohnt wird.

Armin Kraml von Arbeitslos.Selbstermächtigt fordert vehement die Erhöhung der Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes. Auch hier wird die konkrete Forderung der Entprekarisierung der Verhältnisse an den Staat gerichtet. Die Interessenvertretungen zielen hier auf eine Entprekarisierung durch die materielle Absicherung der Zielgruppe ab und richten

ihre Forderungen dabei klar an den Staat. Eine Entprekarisierung im Sinne einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes wurde im Interview mit Aktive Arbeitslose nicht thematisiert.

Des Weiteren rückt die Entprekarisierung der Interessenvertretung und somit der Organisationen selbst in den Blick. Der Mangel an politischer Vertretung im politischen System wurde von allen Akteur\*innen problematisiert. Dafür wurde der Code „politische Dimension“ in der Kategorie „Prekäre Verhältnisse“ vergeben. Diese mangelnde politische Vertretung war mitbestimmend für die Gründung aller Organisationen. Aufbauend auf die Erkenntnisse der ersten Forschungsfrage, in der die Handlungsmöglichkeiten der Interessenvertretungen von den Akteur\*innen als Herausforderung dargestellt wurde, spielt die Finanzierung der Organisationen selbst auch hinsichtlich der Entprekarisierungspolitik eine Rolle. Die KUPF OÖ ist abhängig von Landesförderung, die, wie Katharina Serles ausführte, seit zehn Jahren nicht mehr erhöht wurde. Auch im Gespräch mit Aktive Arbeitslose wurde die Finanzierung problematisiert, da sich der Verein ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert, die Handlungsmöglichkeiten dementsprechend also eingeschränkt sind. Johann Weiss fordert daher:

„Na, a Finanzierung, a regelmäßige, sollt's geben. De gibt's daweil net [...] für solche Vereine wie unseran. Damit ma a Interessenvertretung auch wirklich auf die Beine stellen können.“ (INT 3 Johann Weiss, Arbeitslos.Selbstermächtigt)

Diese Äußerungen zeigen deutlich, dass die Organisationen in ebenso prekären Verhältnissen handeln wie ihre jeweilige Zielgruppe. Eine Entprekarisierung jener Organisationen, die sich als Interessenvertretungen in prekären Bereichen engagieren, kann also ein erster Schritt und die Basis einer umfassenden Entprekarisierungspolitik sein.

Im Sinne eines umfassenden Prekarisierungsverständnisses soll auch nochmals auf mögliche Vernetzungsarbeit und Bündnisse eingegangen werden. Wie bereits in Kapitel 7.1.2 dargestellt, wurde Vernetzungsarbeit in allen Interviews thematisiert. Diese Vernetzungsarbeit wurde an vielen Stellen sehr positiv bewertet:

„Beispielsweise sind wir Mitglied sowohl in der Interessengemeinschaft gemeinnützige Organisationen als auch im Bündnis für Gemeinnützigkeit. Das ist wirklich sektorübergreifend. Da ist drinnen von der Armutskonferenz und da ahm allen Organisationen // die Großen, die man kennt, Caritas und Co, die im sozialen Bereich aktiv sind, über die großen Umweltorganisationen etc. Und wir haben fast jeden zweiten Tag einen Austausch, um unsere Arbeit zu koordinieren und uns zu ergänzen und gemeinsam da etwas zu bewegen.“ (INT 2 Yvonne Gimpel, IGKÖ)

Kritisch hinsichtlich der Vernetzung mit anderen Akteur\*innen äußerte sich vor allem Martin Mair. Als Beispiel kann hier folgendes Zitat angeführt werden:

„Wir sind auch bei der Initiative Zivilgesellschaft, aber die (lacht), die schaffen's auch so schwer untereinander, was gemeinsam zu tun.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Bündnisse prekärer Bereiche als Potenzial anzusehen, war eine der Grundannahmen dieser Untersuchung, die auch auf einem umfassenden Verständnis von Prekarisierung basieren. Auf Basis der Auswertung kann festgehalten werden, dass Vernetzungsarbeit in allen Interviews thematisiert wurden. Allerdings wurde von Aktive Arbeitslose darauf hingewiesen, dass mit Vernetzungs- und Bündnisarbeit auch weitere Herausforderungen verbunden sein können.

Ein letzter Punkt lässt sich hinsichtlich der Beantwortung dieser Forschungsfrage noch festhalten. Insbesondere im Interview mit Martin Mair von Aktive Arbeitslose wurde auch die politische Arbeit gegen neoliberale Arbeitsmarktpolitik, insbesondere das damit verbundene Sanktionenregime, thematisiert. Vor dem Theoriehintergrund dieser Masterarbeit richtet sich diese Kritik an aktuellen staatlichen Rahmenbedingungen gegen die in Kapitel 4 beschriebenen Regierungsweisen. Im Interview wurde dies an vielen Stellen thematisiert. Exemplarisch sei hier folgendes Zitat hinsichtlich der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik angeführt:

„Wir halten es grundsätzlich eben nicht nur für menschenrechtswidrig, sondern auch für unsinnig, weil des eben die schwarze Pädagogik eigentlich nur kontraproduktiv ist, weil das nur Angst macht.“ (INT 5 Martin Mair, Aktive Arbeitslose)

Hierbei kritisiert Mair die Sanktionierung von Erwerbsarbeitslosen. Eine Entprekarisierung der Verhältnisse bezieht sich vor allem auf die materielle Dimension, wohingegen sich eine solche Kritik gegen neoliberale Regierungsweisen selbst richtet, die Prekarisierung bedingen. Die politische Arbeit gegen diese neoliberalen Regierungsweisen muss daher ebenso Teil der Entprekarisierungspolitik sein.

Diese Erkenntnisse zusammenfassend lässt sich die Forschungsfrage daher wie folgt beantworten: Eine Entprekarisierungspolitik ausgehend von der Auswertung des Materials muss in den vier Dimensionen ineinandergreifen. Sie muss sowohl die materiellen Verhältnisse der Interessenvertretung absichern, um so eine politische Vertretung der Interessengruppe zu garantieren. In einem weiteren Schritt müssen sich die Forderungen gegen die Regierungsweisen richten, aber auch dahingehend, dass die materiellen Verhältnisse entprekarisiert werden, wie es sich bereits jetzt in den Forderungen nach Fair Pay und einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes widerspiegelt. Zuletzt kann Entprekarisierungspolitik ebenso

über Bündnisse verfolgt werden. Dies ist keine Forderung im engeren Sinne, die sich, wie etwa die Entprekarisierung der materiellen Verhältnisse an den Staat richtet, sondern eine Strategie für die Arbeit von Organisationen selbst.

## 8 Schlussfolgerungen

Diese Masterarbeit verfolgte das Ziel, kollektives Handeln in prekären Bereichen zu untersuchen. Hierfür wurden die Bereiche der Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit herangezogen. Dabei leitete folgende übergeordnete Fragestellung die theoretische als auch empirische Untersuchung an:

*Wie lässt sich kollektives Handeln in prekären Bereichen in Österreich anhand der Untersuchung von Zielen und Herausforderungen von vier Initiativen der Interessenvertretung aus den Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit charakterisieren?*

Im Zuge der Analyse dieser Masterarbeit wurden drei dieser Forschungsfrage untergeordneten Fragestellungen hinsichtlich des Vergleichs der Herausforderungen und Zielsetzungen, des Praxiswissens der Akteur\*innen im Umgang mit den Herausforderungen und Ansätzen einer Entprekarisierungspolitik beantwortet. Dieses Kapitel soll nun nochmals auf einer allgemeineren Ebene die Erkenntnisse der vorliegenden Untersuchung zusammenfassen, um so auch die übergeordnete Forschungsfrage zu beantworten.

Grundsätzlich geben die Erkenntnisse dieser Masterarbeit nicht nur Aufschluss über kollektives Handeln in prekären Bereichen in Österreich, sondern liefern ebenso Informationen zur Prekarität von Kulturarbeiter\*innen und Erwerbsarbeitslosen.

Wie lässt sich kollektives Handeln anhand der untersuchten Organisationen also charakterisieren? Kollektives Handeln wurde im Zuge dieser Masterarbeit anhand von zivilgesellschaftlichen Organisationen untersucht. Diese verstehen sich selbst als Interessenvertretung, aber auch als beratende Institution für die jeweilige Zielgruppe. Für alle untersuchten Organisationen stand im Vordergrund, dass es abgesehen von der eigenen Tätigkeit an politischer Vertretung für die jeweilige Zielgruppe im politischen System in Österreich mangelt. Dabei wurde auch immer wieder die Unabhängigkeit der eigenen Organisation unterstrichen. Dies war zwar ein Kriterium für die Fallauswahl für die empirische Untersuchung dieser Masterarbeit, wurde in weiterer Folge allerdings nicht mehr in die Untersuchungsdimensionen miteinbezogen.

Kollektives Handeln in prekären Bereichen anhand der hier untersuchten Organisationen weist an vielen Stellen auch auf Zielsetzungen hin, die über Forderungen für die eigene Zielgruppe hinausgehen. Dies ist teilweise auch mit systemkritischen Ansätzen verbunden. Genau in diesen Zielsetzungen stellt sich das aus der Theorie angenommene Potenzial gesellschaftlicher

Veränderung dar, das sich durch Organisierung in prekären Bereichen ergibt (vgl. Lorey 2010a, 60, Freudenschuß 2011). Eine Charakterisierung kollektiven Handelns in prekären Bereichen in Österreich anhand der untersuchten Organisationen IG Kultur Österreich, Kulturplattform Oberösterreich, Arbeitslos.Selbstermächtigt und Aktive Arbeitslose zeichnet sich ebenso in den Auswertungsergebnissen der Interviews ab. Dabei wurden 42 Codes entwickelt, die wiederum sechs Kategorien zugeordnet wurden. Die Auswertung war Grundlage für die Analyse hinsichtlich der Beantwortung der Forschungsfragen, kann aber durchaus auch als Ausgangspunkt für weiterführende Untersuchungen dienen.

Bevor nun auf die Ergebnisse eingegangen wird, die sich aus der Beantwortung der drei Fragestellungen ergeben, soll an dieser Stelle nochmals der wissenschaftliche Mehrwert der vorliegenden Masterarbeit unterstrichen werden. Insbesondere durch den Vergleich kollektiven Handelns in zwei prekären Bereichen hebt sich die empirische Untersuchung der vorliegenden Masterarbeit von der bestehenden Literatur ab. Über den Forschungsstand wurde aufgezeigt, dass vor allem vor dem Hintergrund eines umfassenden Prekarisierungsverständnisses die EuroMayDay-Bewegung, die keinem konkreten prekären Bereich zuzuordnen ist, sondern Prekarisierung als umfassendes Phänomen thematisiert, in den Blickpunkt empirischer Untersuchungen rückte. Die vorliegende Masterarbeit versuchte hier eine Forschungslücke zu schließen, indem Organisationen untersucht wurden, deren Arbeit sich auf einen konkreten Bereich spezialisierte. Zudem soll nochmals unterstrichen werden, dass im Rahmen der empirischen Untersuchung Regierungsweisen nicht auf deren Vorhandensein reduziert wurden, sondern vor allem deren Zusammenhang mit und Bedeutung für kollektives Handeln – konkreter die Arbeit der Organisationen – untersucht wurde. Mit diesem Forschungsansatz konnte ein Beitrag dazu geleistet werden, prekarisierungstheoretische Überlegungen hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten von Organisationen kollektiven Handelns theoretisch und empirisch in Österreich zu bearbeiten.

Im Folgenden soll nochmals auf die Beantwortung der drei untergeordneten Fragestellungen eingegangen werden. Die erste Forschungsfrage zielte auf einen Vergleich der untersuchten Organisationen der Bereiche Erwerbsarbeitslosigkeit und Kulturarbeit ab. Dabei haben sich sowohl Unterschiede, Gemeinsamkeiten als auch Besonderheiten der beiden prekären Bereiche ergeben. So wie auch die prekären Verhältnisse in den jeweiligen Bereichen verschieden sind, sind es auch Herausforderungen, mit denen die Organisationen bei ihrer Arbeit konfrontiert sind. Wie im Methodenkapitel (siehe Kapitel 2.2) dargestellt, wurde die Untersuchung als ein

Vergleich, gestützt auf vier Fallstudien, durchgeführt. Diese Zusammenfassung versucht nun insbesondere die Erkenntnisse hinsichtlich der Regierungsweisen als Herausforderung herauszuarbeiten und deren Bedeutung für die Prekarisierungstheorie zu verdeutlichen.

Der Vergleich zwischen den beiden Bereichen Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit ließ sich allerdings nicht durchgängig ziehen, da vor allem die beiden untersuchten Organisationen im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit hinsichtlich der Zielsetzungen aber auch der thematisierten Herausforderungen Unterschiede aufweisen.

Sowohl die „Konsumhaltung“ seitens Erwerbsarbeitsloser als auch die „Scheu“ von Kulturarbeiter\*innen davor, eigene Rechte einzufordern, sind jene Arrangements mit Unsicherheit (Lorey 2012), die der Realisierung des Potenzials der Organisation hinderlich sein können. Hinsichtlich der Regierungsweise der Selbst-Prekarisierung von Kulturproduzent\*innen verweist Lorey (2007) insbesondere auf die Schwierigkeit, dass die Wahrnehmung der eigenen prekären Verhältnisse als gesellschaftskritische Position den Blick auf politische Kämpfe verstellen und so zur Normalisierung prekärer Verhältnisse beitragen könne. Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass aus Sicht der Akteur\*innen die eigene Position zwar nicht als gesellschaftskritisch wahrgenommen, durchaus also eine selbstkritische Haltung gegenüber der eigenen Selbst-Prekarisierung eingenommen wird. Die These, dass die eigene Position als gesellschaftskritisch wahrgenommen wird, stellt anhand des ausgewerteten Materials keine Herausforderung für die Organisationen dar. Vielmehr ist es die Problematik, dass dennoch nicht entsprechend des Wissens gehandelt wird. Selbst-Prekarisierung wurde in der theoretischen Annäherung dieser Masterarbeit fokussiert, dennoch kam in den Interviews immer wieder zur Sprache, dass vor allem auch durch staatliche Rahmenbedingungen, wie etwa öffentliche Förderungen, gerade im freien Kulturbereich prekäre Verhältnisse produziert werden. Selbst-Prekarisierung reicht also nicht aus, um Prekarisierung im Bereich der Kulturarbeit zu erklären.

Zentraler Bestandteil dieser Masterarbeit in der theoretischen Annäherung war die Erarbeitung eines Prekarisierungsverständnisses als Ausgangspunkt für die Untersuchung. So wurde vor allem betont, dass Prekarisierung als umfassend im Sinne von nicht auf einen Sektor beschränkt und auch nicht ausgehend von einem prekären Beschäftigungsverhältnis definiert wird. Zudem wird Prekarisierung auch als ambivalent verstanden – das heißt, dass auch darin ein Potenzial erkannt wird, wie oben bereits erwähnt. Dahingegen wurden allerdings auch negative und immunisierende Prekarisierungsbegriffe kontrastierend vorgestellt. Auch in den Interviews

wurde anhand der Beschreibung prekärer Verhältnisse in der jeweiligen Zielgruppe durch die Akteur\*innen deren Prekarisierungsverständnis ausgemacht. Dabei zeigte sich, dass das Prekarisierungsverständnis hier nicht durchgehend als ambivalent und umfassend kategorisiert werden kann. Dabei kann vor allem wieder im Bereich der Erwerbsarbeitslosigkeit ein Unterschied zwischen den beiden untersuchten Organisationen ausgemacht werden.

Erwerbsarbeitslosigkeit wird einerseits als Phase gesehen – dies wird durchaus als positiver Aspekt gesehen, da es Ziel des Vereins Arbeitslos.Selbstermächtigt ist, die Interessenvertretung von Erwerbsarbeitslosen im Österreichischen Gewerkschaftsbund zu etablieren, die politische Vertretung somit wiederum an ein System der Lohnarbeit geknüpft ist. Andererseits wird Erwerbsarbeitslosigkeit von Aktive Arbeitslose als Ausgangspunkt für die Kritik am kapitalistischen System gesehen.

Das Prekarisierungsverständnis der Interessenvertretungen aus dem Kulturbereich wurde vorrangig aus der Sicht der Kulturarbeiter\*innen dargelegt. So wirken prekäre Verhältnisse auf Kulturarbeiter\*innen den Akteurinnen der Organisationen zufolge abschreckend. Teilweise wird durch die historische Kontinuität der Verhältnisse auch die Möglichkeit verkannt, die Verhältnisse tatsächlich zu verändern.

Regierungsweisen, die sich als problematisch erweisen, konnten nicht klar wie in der Theorie als Fremd- oder Selbstregierung ausgewiesen werden, wenngleich auch in der Theorie immer auf ein Wechselspiel dieser Regierungsformen verwiesen wurde. Als Fazit der ersten Forschungsfrage lässt sich festhalten, dass die Ziele und Herausforderungen der einzelnen Organisationen zwar divers sind, diese sich aber dennoch auf in einer vergleichenden Perspektive bearbeiten lassen. Nur die Codes „Stigmatisierung“ und „Datenlage“ wurden als Besonderheit erarbeitet (siehe Kapitel 7.1 zur Auswertung der Interviews). Gerade für weitere wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Organisationen der Interessenvertretungen können die hier erarbeiteten Codes als Grundlage für weitere Untersuchungen dienen.

Die zweite Forschungsfrage bringt vor allem einen praktischen Fokus in die Analyse mit ein. Dies auch mitzudenken und vielleicht auch als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen zu nehmen, ist ganz im Sinne des in Kapitel 2.1 dargestellten Verhältnisses von Theorie und Praxis. Die Darstellung der Ergebnisse der zweiten Forschungsfrage können vor allem für andere Organisationen, die sich als Interessenvertretungen in prekären Bereichen engagieren, hilfreich sein. Als Umgang mit Herausforderungen wurden folgende Vorschläge in den Interviews thematisiert: der Vorschlag einer „skill-sharing“-Plattform, die nicht nur für den

Kulturbereich angedacht ist, sondern auch mit anderen Sektoren. Um auf die Problemstellungen der jeweiligen Zielgruppe aufmerksam zu machen wurde auch immer wieder erwähnt, dass genau jetzt – durch die aktuelle Situation bedingt durch Covid-19 – gesellschaftliche Ungleichheiten sichtbar gemacht werden könnten. Eine wichtige Erkenntnis hinsichtlich dieser Forschungsfrage ist zudem, dass die Akteur\*innen der Organisationen die Herausforderungen oftmals klar benennen konnten, Überlegungen zum Umgang mit Herausforderungen sichtlich schwerer fielen.

Im Rahmen einer solchen Arbeit stellt sich unweigerlich die Frage, wie prekäre Verhältnisse politisch bearbeitet werden können, um gesellschaftlichen Wandel von einem Standpunkt prekärer Lebenslagen aus bewirken zu können. Darauf zielte die dritte Forschungsfrage ab, die nach Ansätzen einer Entprekarisierungspolitik ausgehend von den Zielen der Organisationen fragte. Die Zielsetzungen der Organisationen sind natürlich vielgestaltig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Und dennoch lassen sich auch hier, wie bereits in der Zusammenfassung der ersten Forschungsfrage angemerkt, Gemeinsamkeiten ausmachen. Ergebnis dieser Masterarbeit ist, dass eine umfassende Entprekarisierungspolitik als Grundstein die Entprekarisierung jener Organisationen bedarf, die sich in prekären Bereichen als Interessenvertretungen engagieren. Eine solche Forderung ließe sich über extensive Förderung (von staatlicher Seite) solcher Interessenvertretungen realisieren. Auch hier wäre die Forderung einer Entprekarisierungspolitik zunächst an den Staat gerichtet. In weiterer Folge müssen jene staatlichen Mechanismen kritisiert und verändert werden, die prekäre Verhältnisse herstellen.

Vor allem zeigt diese Analyse, dass die Herstellung prekärer Verhältnisse kein rein wirtschaftliches Phänomen aufgrund des Aufkommens neuer Arbeitsverhältnisse und -formen ist, sondern dass ein umfassendes Prekarisierungsverständnis es ermöglicht genau jene Bereiche in den Blick zu nehmen, die unter anderem durch staatliche Rahmenbedingungen prekarisiert werden. Anhand dieser Schlussfolgerung kann nochmals der Zusammenhang zwischen Prekäresein und Prekarität verdeutlicht werden: die gesellschaftliche Verteilung von Prekäresein ist eine politische Entscheidung und damit genauso auch politisch bearbeitbar. Die Schwierigkeit besteht in beiden untersuchten Bereichen unter anderem darin, Arrangements mit Unsicherheit in der Zielgruppe aufzubrechen. Staatliche Rahmenbedingungen stellen prekäre Verhältnisse her. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich eine Entprekarisierungspolitik vor allem auch Forderungen an den Staat stellt. Im Anschluss an die Erkenntnisse von Kaber et al.

(2013a) ist Interessenvertretung in prekären Bereichen immer auch eine Forderung nach einem verantwortlicheren Staat.

Das Fazit der vorliegenden Masterarbeit kann auf einer allgemeineren Ebene angesiedelt werden. Die Untersuchung der vier Organisationen konnte zeigen, dass sich mit einem prekarisierungstheoretisch informierten Forschungsdesign aktuelle politische Praxis sehr gut bearbeiten lässt. Jene Initiativen zu untersuchen, die sich als Interessenvertretungen in prekären Bereichen, exemplarisch in diesem Fall Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit, engagieren, ist für politikwissenschaftliche Untersuchungen äußerst spannend. Auf diese Weise hat die vorliegende Masterarbeit versucht, das Praxiswissen der Akteur\*innen sowohl für die Arbeit anderer zivilgesellschaftliche Organisationen als auch für weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung zugänglich zu machen.

## 9 Ausblick

Im Zuge der Recherche für diese Masterarbeit wurden einige spannende Punkte erarbeitet, die aber nicht weiter in die Untersuchung miteinfließen konnten. Diese sollen hier – nicht zuletzt als Anreiz für weiterführende Auseinandersetzungen – abschließend angeführt werden. Grundsätzlich können die Ergebnisse dieser Masterarbeit als Basis für weitere Untersuchungen dienen, die die Bereiche Erwerbsarbeitslosigkeit oder freie Kulturarbeit näher in den Blick nehmen wollen. Gleichzeitig könnten angelehnt an die hier erarbeiteten Untersuchungsdimensionen der Ziele, Herausforderungen und Potenziale noch weitere Organisationen aus anderen prekären Bereichen, wie etwa für Organisationen im Bereich der (informellen) Sorgearbeit auch noch weitere Fallstudien in die Diskussion miteinbezogen werden.

Die EuroMayDay-Bewegung fand im theoretischen Teil Eingang in diese Masterarbeit. Da diese in Österreich allerdings aktuell nicht mehr aktiv ist, wäre eine Untersuchung der Organisierung und der damaligen Formate spannend, um auch hier Praxiswissen und Erfahrungswerte der Akteur\*innen sichtbar und für weitere Auseinandersetzung zugänglich zu machen.

Isabell Lorey verweist in ihren Arbeiten auf das Potenzial einer sozialen Bewegung, die ihren Ausgangspunkt in prekären Verhältnissen nimmt. Im Rahmen dieser Masterarbeit wurden zivilgesellschaftliche Organisationen untersucht – ein weiterer spannender Aspekt, der in die vorliegende Studie keinen Eingang fand, ist der Zusammenhang sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Diese können durch ihre Arbeit dazu beitragen, widerständige Subjektivität hervorzubringen und zu fördern (vgl. Karriem und Benjamin 2015). Dies wäre für eine weiter politikwissenschaftliche Untersuchung sicherlich ein lohnendes Forschungsgebiet.

Ein weiterer zentraler Aspekt, der im Rahmen dieser Masterarbeit allerdings nicht weiter behandelt werden konnte, sind die Akteur\*innen der Initiativen selbst. Auf diese Thematik weisen auch Kabeer et al. (2013a) hin. Viele der Organisationen seien nicht selbst-organisiert von Betroffenen, sondern von *middle class* Aktivist\*innen ins Leben gerufen: „The fact that many of these organizations have been initiated by middle-class activists makes class division within their ranks a challenge that has to be negotiated“ (Kabeer et al. 2013a., 34).

Insbesondere hinsichtlich des Bereichs der Erwerbsarbeitslosigkeit ist an dieser Stelle noch zu erwähnen, dass gouvernementale Technologien nicht zwingend vom Staat ausgehen müssen, sondern diese

„schon lange an private oder halb-private Einrichtungen ausgegliedert wurden, die mit dem Management dieser Anti-Gemeinschaften beauftragt sind. Im Fall etwa der Gruppe der Arbeitslosen übernimmt diesen Auftrag eine Fortbildungsindustrie, die als out-gesourceter Zulieferbetrieb eines reduzierten Wohlfahrtsstaats fungiert.“ (Marchart 2013, 48)

Diese Masterarbeit konnte in der Beantwortung der dritten Forschungsfrage Überlegungen für eine Entprekarisierungspolitik anstellen und hierfür vier zentrale Dimensionen möglicher Ansatzpunkte herausarbeiten. Für eine weiterführende Auseinandersetzung wäre eine Konkretisierung an Strategien und Forderung in Zusammenarbeit mit den in diesem Bereich tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen auch aus politikwissenschaftlicher Sicht eine lohnende Aufgabenstellung.

## Literaturverzeichnis

- Alberti, Gabriella, Ioulia Bessa, Kate Hardy, Vera Trappmann, und Charles Umney. 2018. „In, Against and Beyond Precarity: Work in Insecure Times“. *Work, Employment and Society* 32 (3): 447–57.
- Arbeitslos.Selbstermächtig. o.D. „Was ist Arbeitslos.selbstermächtig“ Abgerufen unter: <https://www.alse.info/#WhyTutoring> [18.9.2020]
- Arendt, Hannah. 2013. *Vita activa oder vom tätigen Leben*. 13. Aufl. München und Zürich, Piper.
- Armano, Emiliana, Arianna Bove, und Annalisa Murgia. 2017. „Mapping precariousness: subjectivities and resistance. An introduction“. In: Emiliana Armano, Arianna Bove, und Annalisa Murgia (Hg.): *Mapping Precariousness, Labour Insecurity and Uncertain Livelihoods Subjectivities and Resistance*. New York, Routledge, 1–12.
- Atzmüller, Roland. 2009. „Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik.“ *Kurswechsel*, Nr. 4: 24–34.
- — —. 2018. „Prekäre Arbeit, prekäres Leben“. In: IG Kultur Österreich in Kooperation mit der Arbeiterkammer Wien (Hg.): *Zentralorgan für Kulturpolitik*, Wien, 65–69.
- Atzmüller, Roland, Manfred Krenn, und Ulrike Papouschek. 2012. „Innere Aushöhlung und Fragmentierung des österreichischen Modells: Zur Entwicklung von Erwerbslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik“. In: Karin Scherschel, Peter Streckeisen, und Manfred Krenn (Hg.): *Neue Prekarität: Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich*, Bd. 2. International Labour Studies. Frankfurt am Main, Campus Verlag, 75–109.
- Auer, Eva. 2020a. „Die Arbeitsmarktentwicklung von März bis Juli 2020“. In: AMS Spezialthema zum Arbeitsmarkt. Wien.
- Auer, Eva. 2020b. „Die Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen in der aktuellen Covid-19-Krise“. In: AMS Spezialthema zum Arbeitsmarkt. Wien.
- Baglioni, Simone und Giugni, Marco. 2014. „Civil Society, Unemployment and Precarity in Europe: An Introduction“. In: dies. (Hg.): *Civil Society Organizations, Unemployment, and Precarity in Europe – Between Service and Policy*. New York, Palgrave Macmillan, 1–12.
- Baumgarten, Britta. 2010. *Interessenvertretung aus dem Abseits – Erwerbsloseninitiativen im Diskurs über Arbeitslosigkeit*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Baumgartner, Paul, Meike Palinkas und Valentin Daur. 2020. *Prozesse der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich. Forschungsbericht der dritten Welle des FIMAS-Flüchtlings surveys: FIMAS+INTEGRATION*. International Centre for Migration Policy Development, Wien.
- Becksteiner, Mario, und Clemens Rettenbacher. 2012. „Subjektivität und Widerstand. Theoriebildung in sozialen Bewegungen“. In: Kreisky, Eva; Löffler, Marion; Spitaler, Georg (Hg.): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*, Wien, Facultas, 147–159.
- Behnke, Joachim, Nina Baur, und Nathalie Behnke. 2010. *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*. Paderborn, UTB.

- Benhabib, Seyla. 1994. „Feministische Theorie und Hannah Arendts Begriff des öffentlichen Raums“. In: Margrit Brückner (Hg.): *Die sichtbare Frau: die Aneignung der gesellschaftlichen Räume*. Freiburg, Kore, 270–299.
- Bernauer, Thomas; Jahn, Detlef; Kuhn, Patrick M.; Walter, Stefanie. 2015. *Einführung in die Politikwissenschaft. Studienkurs Politikwissenschaft*. Baden-Baden, Nomos.
- BGBI, Nr. 626/1991: „Bundesgesetz über die Kammern für Arbeiter und Angestellte und die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammergesetz 1992 – AKG)“. In: RIS (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008787&FassungVom=2020-12-31> [18.9.2020]
- Blatter, Joachim, Phil C. Langer, und Claudius Wagemann. 2018. *Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Boltanski, Luc, und Eve Chiapello. 2006. *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft.
- Brand, Ulrich. 2005. *Gegen-Hegemonie – Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg, VSA-Verlag.
- Bröckling, Ulrich. 2007. *Das unternehmerische Selbst*. 1. Auflage. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich, Thomas Lemke, und Susanne Krasmann. 2000. „Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung“. In: dies. (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main, Suhrkamp, 7-41.
- Bundesverfassungsgericht. 2019. „Sanktionen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten bei Bezug von Arbeitslosengeld II teilweise verfassungswidrig“. Abgerufen unter: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/bvg19-074.html> [18.9.2020]
- Candeias, Mario. 2008. „Die neuen Solo-Selbständigen. Zwischen Unternehmergeist und Prekarität“. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 38 (150): 65–81.
- Casas-Cortés, Maribel. 2014. „A Genealogy of Precarity: A Toolbox for Rearticulating Fragmented Social Realities in and out of the Workplace“ *Rethinking Marxism*, 26:2, 206-226.
- Castel, Robert. 2000. *Metamorphosen der sozialen Frage – eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz.
- — —. 2005. *Die Stärkung des Sozialen – Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg, Hamburger Edition.
- Christl, Clemens, und Markus Griesser. 2017. *Unselbständig Selbständig Erwerbslos*. Kulturrat Österreich (Hg.), Wien.
- Dingeldey, Irene. 2011. *Der aktivierende Wohlfahrtsstaat : Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland*. Wien, Campus Verlag.
- Dörre, Klaus. 2017. „Prekarität“. In: Hartmut Hirsch-Kreinsen und Heiner Minssen (Hg.): *Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie*. Baden-Baden, Nomos Verlag, 258–62.
- Dörre, Klaus, Ulrich Brinkmann, Silke Röbenack, Klaus Kraemer, und Frederic Speidel. 2006. *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive*

- Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Bonn, bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Edthofer, Julia. 2008. „Lernen, das Richtige im Falschen zu versuchen“. *Kurswechsel* 1: 67–76.
- Euteneuer, Matthias. 2011. *Unternehmerisches Handeln und romantischer Geist: Selbständige Erwerbsarbeit in der Kulturwirtschaft*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Falter, Matthias. 2012. „Was ist politisch? Eine mehrdimensionale Annäherung an Politik und das Politische“. In: Kreisky, Eva; Löffler, Marion; Spitaler, Georg (Hg.): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. Wien, Facultas, 67–78.
- Foucault, Michel. 1984. *Von Der Freundschaft Als Lebensweise: Michel Foucault Im Gespräch*. Berlin, Merve Verlag.
- — —. 2006. *Die Geburt der Biopolitik – Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979*. Michel Sennelart (Hg.). Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Freudenschuß, Magdalena. 2011. „Prekäres Wissen über prekäre Arbeit? Wissensproduktion jenseits der Arbeitssoziologie“. *WSI-Mitteilungen* 64 (8): 433–34.
- Globisch, Claudia, und Fabian Madlung. 2017. „Aktivierende Sozialpolitik zwischen Systemimperativ und Eigensinn: Eine Untersuchung der Effekte und Aneignungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Österreich“. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 42 (4): 321–43.
- Greven, Michael Th. 2010. „Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung“. In: Thomas Bedorf und Kurt Röttgers (Hg.): *Das Politische und die Politik*. Berlin, Suhrkamp, 68–88.
- Hammer, Katharina, Mara Verlic. 2020. „Kunst und Kultur unter Druck: fortschreitende Prekarisierung in Corona-Zeiten.“ Abgerufen unter: <https://awblog.at/kunst-und-kultur-in-corona-zeiten/> [18.9.2020]
- Han, Clara. 2018. „Precarity, Precariousness, and Vulnerability“. *Annual Review of Anthropology* 47: 331–343.
- Herzog, Kerstin. 2013. „Prekarisierung und Formen des Widerstands (Rezension des Buches Die Regierung der Prekären, von I. Lorey)“. *Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 33 (128): 149–54.
- Hesmondhalgh, David, und Sarah Baker. 2010. „‘A very complicated version of freedom’: Conditions and experiences of creative labour in three cultural industries“. *Poetics* 38 (1): 4–20.
- IGKÖ. 2016. „Vision“. Abgerufen unter: <https://igkultur.at/organisation/vision> [18.9.2020]
- — —. o.D. „Fair Pay“. Abgerufen unter: <https://www.igkultur.at/projekt/fair-pay> [18.9.2020]
- IG Kultur Wien. 2019. „Freie Szene – Freie Kunst : IG Kultur Wien beim Symposium am 8. und 9. April im Gartenbaukino“. Abgerufen unter: [https://www.igkulturwien.net/news/singlenews/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=366&cHash=995e4012ac6017a809d25bdc1fbd4fb2](https://www.igkulturwien.net/news/singlenews/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=366&cHash=995e4012ac6017a809d25bdc1fbd4fb2) [18.9.2020]
- — —. o.D. „Freie Szene – Freie Kunst. Soziale Gerechtigkeit Fair Pay – Konkrete Strukturen und Ideen für Wien“. Abgerufen unter:

- <https://www.igkulturwien.net/fileadmin/diverses/FREIESZENEFREIEKUNST2019Programm.pdf> [18.9.2020]
- Janowitz, Klaus M. 2006. „Prekarisierung“. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 29 (2): 335–41.
- Kabeer, Naila, Kirsty Milward, und Ratna M. Sudarshan. 2013a. *Organizing Women Workers in the Informal Economy : Beyond the Weapons of the Weak. Feminisms and Development*. London, Zed Books.
- Kabeer, Naila, Kirsty Milward, und Ratna Sudarshan. 2013b. „Organising women workers in the informal economy“. *Gender & Development* 21 (2): 249–63.
- Kajewski, Mareike. 2018. „Revolution und Kollektivität: Zur Form revolutionären Handelns“. *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaft* 4 (1): 265–282.
- Karriem, Abdulrazak, und Lehn M. Benjamin. 2016. „How Civil Society Organizations Foster Insurgent Citizenship: Lessons from the Brazilian Landless Movement“. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 27 (1): 19–36.
- Kowal, Sabine, und Daniel C. O’Connell. 2017. „Zur Transkription von Gesprächen“. In: Uwe Flick, Ernst von Kardoff, und Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung – ein Handbuch*, 12. Aufl., Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 437–447.
- KUPF OÖ. O.D. a. „Kulturjobs“: <https://kupf.at/kulturjobs/> [18.9.2020]
- — — .o.D. b „Geschichte“. Abgerufen unter: <https://kupf.at/geschichte/> [18.9.2020]
- Lahusen, Christian, und Britta Baumgarten. 2006. „Die Fragilität kollektiven Handelns: Arbeitslosenproteste in Deutschland und Frankreich“. *Zeitschrift für Soziologie* 35 (2): 102–19.
- Lamnek, Siegfried und Claudia Krell. 2016. *Qualitative Sozialforschung*. 6. Überarbeitete Aufl., Weinheim, Beltz.
- Lang, Sabine. 2004. „Politik – Öffentlichkeit – Privatheit“. In: Birgit Sauer und Sieglind K. Rosenberger (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. Wien, Facultas, 65–82.
- Leibetseder, Bettina. 2014. „Social assistance in Austria: regulating the poor as in-between“. *European Journal of Social Work* 17 (1): 104–17.
- Lemke, Thomas. 2000. „Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies“. *Politische Vierteljahresschrift* 41 (1): 31–47.
- — — . 2013. *Biopolitik zur Einführung*. 2. Überarbeitete Aufl. Frankfurt am Main, Junius.
- Lorey, Isabell. 2006. „Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung Zur Normalisierung von KulturproduzentInnen“. Abgerufen unter: <http://eipcp.net/transversal/1106/lorey/de> [18.9.2020]
- — — . 2007. „Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion – Biopolitische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen“. In: Gerald Raunig (Hg.): *Kritik der Kreativität*. Wien, Turia + Kant, 121–136.
- — — . 2010a. „Prekarisierung als Verunsicherung und Entsetzen – Immunisierung, Normalisierung und neue Furcht erregende Subjektivierungsweisen“. In: Alexandra Manske und Katharina Pühl (Hg.): *Prekarisierung zwischen Anomalie und*

- Normalisierung – Geschlechtertheoretische Bestimmungen*. Münster, Westfälisches Dampfboot, 48–83.
- — —. 2010b. „Virtuosität zwischen Dienstbarkeit und Exodus. Postfordistische Öffentlichkeit, soziale Produktion und politisches Handeln“. *FKW//Zeitschrift für Geschlechterforschung und visuelle Kultur*, Nr. 49: 11–23.
- — —. 2012. *Die Regierung der Prekären*. Wien und Berlin, Turia + Kant.
- — —. 2017. „Labour, (in-)dependence, care. Conceptualizing the precarious“. In: Emiliana Armano, Arianna Bove, und Annalisa Murgia (Hg.): *Mapping Precariousness, Labour Insecurity and Uncertain Livelihoods*. New York, Routledge, 199–209.
- Manske, Alexandra. 2016. „Zwischen den Welten: Hybride Arbeitsverhältnisse in den Kulturberufen“. *Industrielle Beziehungen / The German Journal of Industrial Relations* 23 (4): 498–516.
- Manske, Alexandra, und Christiane Schnell. 2018. „Arbeit und Beschäftigung in der Kultur- und Kreativwirtschaft“. In: Fritz Böhle, G. Günter Voß, und Günther Wachtler (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie: Band 2: Akteure und Institutionen*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, 423–450.
- Marchart, Oliver. 2013. *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste – Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*. Bielefeld, transcript Verlag.
- Mayerhofer, Elisabeth. 2013. „Selbständigkeit jenseits der Prekarität – Kulturberufe, Strukturwandel und Pauperisierung“. In: Dagmar Fink, Birge Krondorfer, Sabine Prokop, und Claudia Brunner (Hg.): *Prekarität und Freiheit? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und Selbstorganisation*. Münster, Westfälisches Dampfboot, 56–64.
- Mayring, Philipp. 2010. *Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken*. 12. Auflage. Weinheim, Beltz Verlagsgruppe.
- Mc Robbie, Angela. 2002. „‘Jeder ist kreativ’: Künstler als Pioniere der New Economy?“. In: Jörg Huber (Hg.): *Singularitäten – Allianzen*. Wien, New York, Springer, 37–60.
- Millar, Kathleen M. 2017. „Toward a critical politics of precarity“. *Sociology Compass* 11 (6): 1–11.
- Miller, Peter, und Nikolas Rose. 1994. „Das ökonomische Leben regieren“. In: Richard Schwarz (Hg.): *Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault*. Mainz, edition bronski, 54–108.
- Motakef, Mona. 2015. *Prekarisierung*. Bielefeld, transcript Verlag.
- Muno, Wolfgang. 2016. „Fallstudien und Process Tracing in der Vergleichenden Politikwissenschaft“. In: Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer, und Gert Pickel (Hg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, 79–90.
- Pickel, Susanne. 2016. „Methodologische Grundlagen des Vergleichs und Vergleichsdesigns“. In: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel, und Marianne Kneuer (Hg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, 25–46.
- Pieper, Marianne, und Encarnación Gutiérrez Rodríguez. 2003. „Einleitung“. In: dies. (Hg.): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt am Main, Campus Verlag, 7–21.
- Precarias a la deriva. 2014. *Was ist dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*. Wien, transversal texts.

- Pühl, Katharina. 2008. „Zur Ent-Sicherung von Geschlechterverhältnissen, Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik. Gouvernamentalität der Entgarantierung und Prekarisierung“. In: Patricia Purtschert, Katrin Meyer, und Yves Winter (Hg.): *Gouvernamentalität und Sicherheit*. Bielefeld, transcript, 103–26.
- Ratzenböck, Veronika, und Anja Lungstraß. 2013. *Online-Umfrage. Fair Pay – Zur finanziellen Situation freier Kulturinitiativen und -vereine*. Auswertung. Österreichische kulturdokumentation. internationales archiv für kulturanalysen (Hg.). Wien.
- Scherschel, Karin, und Melanie Booth. 2012. „Aktivierung in die Prekarität: Folgen der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland“. In: dies. (Hg.): *Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich*. Frankfurt/New York, Campus Verlag, 17–46.
- Scherschel, Karin, Peter Streckeisen, und Manfred Krenn. 2012. *Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schmidt, Christiane. 2017. „Analyse von Leitfadeninterviews“. In: Uwe Flick, Ernst von Kardoff, und Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 12. Auflage. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 447–456.
- Schultze, Rainer-Olaf, und Dieter Nohlen. 2010. *Lexikon Der Politikwissenschaft : Theorien, Methoden, Begriffe*. Aktualisierte Und Erw. Auflage. München, Beck.
- Serles, Katharina. 2020. „Datenerhebung zur Lage der Kulturszene“. Abgerufen unter: <https://kupf.at/blog/corona-datenerhebung/> [11.9.2020]
- Smart. O.D. „Über Smart“ Abgerufen unter: <https://www.smart-at.org/smartat/> [18.9.2020]
- Spielmann, Viktoria. 2019. „Bericht Gleichstellungskennzahlen“ Arbeitsmarktservice Österreich, Wien.
- Straßenberger, Grit. 2015. *Hannah Arendt zur Einführung*. Hamburg, Junius.
- Telios, Thomas, und Mareike Kajewski. 2018. „Kollektivitäten im Zwiestreit: Verheißungen, Ambivalenzen, Fallstricke“. *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaft* 4 (1): 7–20.
- Uwe Flick. 2017. „Design und Prozess qualitativer Forschung“. In: Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung – ein Handbuch*. 12. Aufl. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 252–264.
- Verdi. O.D. „Über Uns“ Abgerufen unter: <https://www.verdi.de/ueber-uns> [18.9.2020]
- Völker, Susanne, und Michèle Amacker. 2015. „Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik. Einleitung“. In: dies. (Hg.): *Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik*. Weinheim, Beltz Verlagsgruppe, 7–25.
- Weiss, Alexandra. 2014. *Systemfehler: Spaltungsrhetorik als Entpolitisierung von Ungleichheit*. Wien, ÖGB Verlag.
- Weiss, Alexandra. 2018. *Von der industriellen Reservearmee zur Ich-AG –Frauenarbeit in Österreich im Strukturwandel des Kapitalismus*. AMS report, Arbeitsmarktservice Österreich (Hg.). Wien.
- Wetzel, Petra, Lisa Danzer, Veronika Ratzenböck, Anja Lungstraß, und Günther Landsteiner. 2018. *Soziale Lage der Kunstschaffenden und Kunst- und Kulturvermittler/innen in Österreich*. L&R Sozialforschung, österreichische kulturdokumentation. Internationales archiv für kulturanalysen. Wien.

Wöhl, Stefanie. 2011. „Die politische Rationalität des Neoliberalismus—eine demokratiethoretische Betrachtung im Anschluss an Wendy Brown“. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 40 (1): 37–48.

## Interviews

INT 1, Interview 1 mit Katharina Serles, Kulturplattform Oberösterreich, 15.4.2020

INT 2, Interview 2 mit Yvonne Gimpel, IG Kultur Österreich, 16.4.2020

INT 3, Interview 3 mit Johann Weiss, Arbeitslos.Selbstermächtigt, 20.4.2020

INT 4, Interview 4 mit Armin Kraml, Arbeitslos.Selbstermächtigt, 21.4.2020

INT 5, Interview 5 mit Martin Mair, Aktive Arbeitslose Österreich, 22.5.2020

## 10 Anhang

### Codierleitfaden: Ankerbeispiele

Kategorie 1: Verein (8)		
<b>Entstehungskontext</b>	Informationen zum Entstehungskontext der Initiative	Nachdem da irgendwie nie wirklich was weitergegangen is, haben wir uns dazu entschlossen einen eigenen Verein zu gründen.
<b>Namensgebung</b>	Äußerungen zur Namensgebung	Anspruch war für mich was Positives, weil Am Sand ist zwar witzig am Namen, ja, aber (lacht) net sehr positiv halt, ne.
<b>Mitglieder</b>	Informationen über aktive Vereinsmitglieder	Naja also von die Mitglieder her sans eher die Langzeiterwerbsarbeitslosen.
<b>Unabhängigkeit</b>	Thematisierung der Unabhängigkeit des Vereins	Sozusagen fordern wir politische Maßnahmen, politisches Eingreifen, eine Erhöhung der Förderbudgets; andererseits versuchen wir selber unsere Eigenleistungen auch zu erhöhen, um nicht zu abhängig zu sein von diesem politischen Willen, Kunst und Kultur zu fördern.
<b>Finanzierung</b>	Informationen zur Finanzierung des Vereins und dessen Tätigkeiten	Ah der Verein // ah nur über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Also ab und zu spenden auch Leute freiwillig etwas.
<b>Funktion von Einzelpersonen</b>	Beschreibung der Funktion beziehungsweise Rolle	Der Hintergrund warum ich auch zum Verein gekommen bin ist quasi // ist quasi mein

	in der aktiven Vereinsarbeit	Gewerkschaftshintergrund, ah auch mein Wissen ah über Arbeitsrecht und eben auch mein Interesse auch diesbezüglich, was eben arbeitslos, prekäre Arbeitsbedingungen betrifft.
<b>Organisationsform</b>	Rechtlicher Status der Initiative	Selber sind wir auch als ein gemeinnütziger Verein organisiert, es spiegelt sich quasi wider.
<b>Interne Diskussion</b>	Vereinsinterne Diskussionen (zu einem bestimmten Thema)	Es gibt schon immer wieder die Diskussion, wobei ma sie net richtig durchgeredet haben.
<b>Kategorie 2: Aktivität (9)</b>		
<b>Beratung</b>	Aussagen zur Beratungstätigkeit der Organisation	Ähm und jetzt zum Beispiel ganz akut in der Corona-Krise ähm haben wir ganz viel Beratungsarbeit dahingehend, also wie ma jetzt, weiß ich nicht, Liquiditätsengpässe überstehen kann.
<b>Information/Vermittlung</b>	Informationstätigkeit, sehr oft Überschneidung mit Vermittlungsarbeit	Also wir haben eine Radioshow zum Beispiel, wir haben diese sehr etablierte KUPFzeitung, die vier Mal im Jahr erscheint und auch unsere // unsere kulturpolitische Arbeit sichtbar macht beziehungsweise dort nochmal vermittelt und reflektiert.
<b>Protestaktion</b>	Thematisierung von durchgeführten und angedachten Protestaktionen	Wir überlegen die ganze Zeit schon, auch seit ich bei der KUPF bin, wie kann man zum Beispiel // wie können die Kulturarbeiterinnen streiken.
<b>Vernetzung</b>	Bestehende, angedachte oder erwünschte Vernetzungsaktivität und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen	Also das sind keine Bündnisse // also das sind so sozusagen lose Kooperationen. Also die sind wie gesagt, auf der Sozialebene stärker ausgeprägt und seit einiger Zeit ebenso versucht mit Arbeiterkammer und Gewerkschaft irgendwie ständig im Gespräch zu bleiben.

<b>Interessenvertretung</b>	Thematisierung der Funktion als Interessenvertretung	Der wichtigere Teil für uns aber ist, dass wir uns auch mangels einer anderen Interessenvertretung im Kammernsystem oder in Arbeitergewerkschaften, verstehen, die diese Lücke füllt und mit der Politik und Verwaltung im Auftrag unserer Mitglieder agiert.
<b>Austausch mit Zielgruppe</b>	Erkenntnisse oder Form des Austausches mit der Interessengruppe, teilweise auch über die Vereinsmitglieder hinausgehend	Und wir haben Vereine, die politischer agieren, die Demos veranstalten oder mitmachen und andere Vereine, die sich da inhaltlich sich sozusagen weniger drauf setzen, aber trotzdem ahm sich dessen bewusst sind und jetzt von unserer letzten – und ich war bisher erst bei einer – Generalversammlung der KUPF wo ich eben viele Vereine kennengelernt hab und das is // und das is extrem // das is ja auch ein Medium ahm oder eine Plattform, die Generalversammlung, wo wir ja uns austauschen auch über die politische Linie der KUPF und aller ihrer Mitglieder
<b>Mitgliederaktivität</b>	Beschreibung verschiedener Tätigkeiten, an denen explizit nur aktive Mitglieder beteiligt sind	Also wir haben amal eine eigene Arbeitsgruppe ghabt mit 2, 3 Personen, die haben noch an Zusatztermin im Café müller gemacht auch einmal im monat, aber dazwischen halt.
<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit bzw. Hervorheben einzelner Kampagnen	Das Ziel oder die zentrale Kampagne, die wir jetzt schon seit über 10 Jahren fahren, die aber jetzt neuen Schwung bekommen hat läuft unter dem Motto Fair Pay kann man dann natürl noch weiter ausführen mit fair steuern, fair sichern; also jeweils dieses Wortspiel wenn man so möchte.
<b>Erfolgreiche Aktion</b>	Aktivitäten jeglicher Art, die explizit als Erfolg dargestellt werden	Egal um welches Thema es geht, wenn's jetzt um Umweltthemen ging, das war ein Schwerpunkt

		letztes Jahr, wenn's auch um quasi soziale Fragen geht und Ungleichheiten, dass man sehr gut mobilisieren kann, dass sehr auch in der eigenen Arbeit auch behandelt wird.
<b>Kategorie 3: Prekäre Verhältnisse (13)</b>		
<b>Politische Dimension</b>	Aussagen, die sich auf die mangelnde politische Vertretung der Interessengruppe beziehen	Und da hab i bemerkt halt, dass es wenig Rechtsinformationen gibt für Arbeitslose, dass ma auch bei der Arbeiterkammer eigentlich ka Information kriegt und auch bei de Gewerkschaften ah net.
<b>Materielle Dimension</b>	Aussagen, die sich auf die materielle Lage der Interessengruppe beziehen	Wir wissen ja, dass über ein Drittel armutsgefährdet sind, selbst wenn man alle Tätigkeiten oder Einkommensarten sich anschaut also auch jene aus anderen Bereichen, Nebenjobs etc.
<b>Planungsunsicherheit</b>	Thematisierung der Planungsunsicherheit für die Interessengruppe	Das eine ist, dass es sehr // quasi sehr unregelmäßige Einkommen gibt.
<b>Beschäftigungsform</b>	Hervorheben der Beschäftigungsform	Da findet sich alles von unselbständiger, selbständiger Tätigkeit über freie Dienstnehmerinnen, also ein Zwischenform unter Anführungszeichen und ganz viel ehrenamtliches Engagement, sowohl was echtes Ehrenamt betrifft, aber auch was unfreiwilliges Ehrenamt betrifft.
<b>Staatliche Rahmenbedingungen</b>	Zusammenhang zwischen prekären Verhältnissen der Interessengruppe und staatlichen Rahmenbedingungen	Wenn man sich beispielsweise die öffentlichen Förderungen ansieht, da wird explizit davon ausgegangen, dass man ehrenamtliche Stunden einbringt,

		dass man die Personalkosten sehr gering ansetzt.
<b>Strukturwissen</b>	Allgemeine Äußerungen zu (prekären) Verhältnissen in der Interessengruppe	(seufzt laut) da sind wir in einer ganz großen allgemeinen Thematik, dass Geschlecht oder Gender nach wie vor einen riesen Unterschied macht.
<b>Andere prekäre Bereiche</b>	Erwähnung anderer prekärer Bereiche abseits der eigenen Zielgruppe	Grundätzlich bin ich aber nicht für eine Trennung sondern ah, dass man Lösungen schafft, die für alle, egal ob man jetzt im Kunst- und Kulturbereich oder in einem anderen Bereich (Sozialbereich, Umweltbereich etc.) ebenso prekär tätig sind, sondern quasi eine gemeinsame Lösung findet.
<b>Bestimmte Personengruppen</b>	Hervorheben einer bestimmten Personengruppe (innerhalb der Zielgruppe)	Das heißt auch äh nicht pauschal zu sagen: „Alle sind gleich von Prekarität betroffen“. Sondern es gibt innerhalb jener, die ohnehin schon sehr benachteiligt sind, massive Gefälle auch noch, wo andere Identitätsmarker oder vermeintliche Identitätsmarker eine extrem große Rolle spielen.
<b>Kritik</b>	Kritik zu den Standpunkten und Handlungen anderer Akteur*innen und Rahmenbedingungen	Das ist in einem sozialökonomischen Betrieb normalerweise überhaupt nicht der Fall. Also die san patriarchalisch und autoritär bis zum geht nicht mehr.
<b>Ambivalenz</b>	Prekäre Verhältnisse im Zusammenhang mit Autonomie	Und es ist eine Freiheit, die beginnt sich, wenn man so möchte, irgendwann aufzufressen, weil man nicht mehr frei ist zu agieren, sondern eben kein Auskommen mehr findet und nicht mehr weiß, wie man seinen Lebensunterhalt mehr bestreiten soll.
<b>Arbeit</b>	Vorstellungen zu Arbeit und Lohnarbeit	Letztendlich wenn man's vom humanistischen Ansatz sieht sollte

		man schauen, dass man den Menschen quasi von diesen Zwang befreit oder befreien könnte.
<b>Vorbild</b>	Vorbildfunktion der eigenen Arbeit oder auch der Modelle, die aus der Zielgruppe heraus entstehen	Das heißt es ist so ein Bereich, der sich eigentlich auch als Avant Garde jetzt im neutralen Sinne gemeint.
<b>Diversität</b>	Diversität der Zielgruppe	Weil ah Kunst- und Kulturbereich, wie ich anfangs meinte, da kann man zwar Gemeinsamkeiten identifizieren, aber die Herausforderungen sind extrem sektorspezifisch: Musikbereich schaut ganz anders aus als Filmbereich und wieder anders aus als Theaterbereich.
<b>Kategorie 4: Herausforderungen (7)</b>		
<b>Datenlage</b>	Aussagen zur (mangelnden) Datenlage hinsichtlich der Zielgruppe	Also die Wirtschaftskammer kann auf einen Knopfdruck sagen, so und so viele Unternehmen haben so und so viele Mitarbeiterinnen, das ist der Jahresumsatz, das sind die Beträge, um die es auch geht. Das gibt's so für den freien Bereich nicht, weil der wie gesagt ja sehr dynamisch ist sehr fluide, wenn man auch so möchte und schlichtweg von den meisten Erhebungen, die es gibt, bislang auch ausgeklammert wird.
<b>Handlungsmöglichkeiten</b>	Thematisierung der eigenen Handlungsmöglichkeiten	Da geht's um diesen Willen etwas entgegenzusetzen, weil politische ah i sag amal Möglichkeiten haben wir ja nicht, wir haben ja nur die Möglichkeit etwas aufzuzeigen, dass etwas nicht gut läuft, dass eben die Menschen i sag einmal ja letztendlich ihr Hab und Gut verkaufen müssen, wenn sie Sozialhilfe bekommen.

<b>Andere Akteur*innen</b>	Bezug zu anderen Akteur*innen als potenzielle Herausforderung	Also es wird natürlich überall versucht halt Erfolgserlebnisse zu verhindern, oder dass wir Gewicht bekommen halt, ne.
<b>Zielgruppe</b>	Beschaffenheit und Regierungsweisen in der Zielgruppe	Also das is eben das Grundproblem, dass die meisten Leute nur kommen, wenn sie ein Problem haben.
<b>Sichtbarkeit</b>	(Mangelnde) Sichtbarkeit der Arbeit der Organisation oder der „Benachteiligung“ der Zielgruppe	[ Naja es wär wichtig halt, dass wir Gehör finden, dass eben nicht bloß über Arbeitslosigkeit geredet wird, sondern auch mit den Menschen und eben auch mit uns als Organisation.
<b>Stigmatisierung</b>	Stigmatisierung der Zielgruppe	Das Tabu-Thema Arbeitslosigkeit ist das größte Thema.
<b>Umgang</b>	Vorschläge oder Praxis zum Umgang mit Herausforderungen	Ja, natürlich gibt's längerfristige Pläne. Allerdings hängt das von sehr vielen Außenfaktoren ab, das heißt, das ist ein permanentes reevaluieren so wie es für fast alle Organisationen der Fall ist.
<b>Kategorie 5: Ziele (3)</b>		
<b>Forderung</b>	Konkrete Forderungen, die auch an eine Institution (Staat, andere Organisationen) gerichtet ist	Das Ziel ist für uns ganz konkret in Zahlen, seit Jahren fordern wir, dass das Land Oberösterreich sein Förderbudget verdoppelt ähm für die freie Szene.
<b>Selbstverständnis</b>	Äußerungen zum Selbstverständnis der eigenen Tätigkeiten und Ziele	Man sieht vielleicht so ein bissl diesen interdisziplinären Ansatz in der KUPFzeitung, wenn man sich anschaut, was wir da für fixe Kolumnen haben.
<b>Vereinsziel</b>	Beschreibung der allgemeinen Vereinsziele	Aber natürlich ist es dann auch Sinn und Zweck hier auch Druck auszuüben, das ist ganz klar, ja. Damit auch ein Umdenken auch in den Gesellschaft auch stattfindet beziehungsweise, dass man doch

		das ein oder andere dann erreichen kann, das ist ganz klar.
<b>Kategorie 6: Sonstige (2)</b>		
<b>Persönliche Äußerung</b>	Äußerungen zur eigenen Person, die nicht mit der Vereinsaktivität in Zusammenhang gebracht werden können	Ich selbst war auch in jungen Jahren arbeitslos, zwar nur ein paar Monate und ich weiß wie das ist.
<b>Potenzial</b>	Aussagen, die bestimmten Aktionen, Tätigkeiten oder Strukturen und Verhältnissen explizit ein politisches Potenzial beimessen.	Aber für den Künstlersozialversicherungsfonds ist es glaub ich ein schönes Beispiel, wo man ein Modell geschaffen hat, um Zuschüsse zu gewähren, jenen die sich die Sozialversicherungsbeiträge nicht leisten können.

## **Abstrakt**

### **Deutsch**

Die vorliegende Masterarbeit untersucht kollektives Handeln in prekären Bereichen in einer vergleichenden Perspektive. Aus einer gouvernementalen Perspektive wird das Phänomen der Prekarisierung abseits der Erwerbsprekarisierung in den Blick genommen. Ziel ist es, theoretische Debatten auch mit der politischen Praxis zu verknüpfen. So werden Interessenvertretungen aus den Bereichen freie Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit in Österreich untersucht: IG Kultur Österreich, Kulturplattform Oberösterreich, Aktive Arbeitslose Österreich, Arbeitslos.Selbstermächtigt. Dabei wird der Fokus auf Zielsetzungen und Herausforderungen der untersuchten Organisationen gelegt. Ziel ist es, das Praxiswissen der Akteur\*innen der Organisationen zugänglich zu machen und für Überlegungen einer umfassenden Entprekarisierungspolitik fruchtbar zu machen. Die Ergebnisse dieser Masterarbeit weisen auf eine Entprekarisierungspolitik in vier Dimensionen hin. Es bedarf einer Entprekarisierung der Handlungsmöglichkeiten der Interessenvertretungen selbst, ebenso wie eine Entprekarisierung im Sinne einer materiellen Absicherung der beiden Bereiche Kulturarbeit und Erwerbsarbeitslosigkeit durch staatliche Rahmenbedingungen. Zudem kann eine Entprekarisierungspolitik durch die Interessenvertretungen über weitere Bündnisse und Vernetzungsarbeit angestrebt werden, ebenso wie durch das Hinterfragen neoliberaler Regierungsweisen.

## **Englisch**

This master thesis compares collective action in different precarious social fields. A governmental perspective allows to frame the phenomenon of precarization not only based on precarious labor. This master thesis aims at linking political theory and practice. Hence, the empirical study examines special interest groups in the fields of unemployment and cultural production in Austria: IG Kultur Österreich, Kulturplattform Oberösterreich, Aktive Arbeitslose Österreich, Arbeitslos.Selbstermächtigt. The analysis focusses on goals and challenges of these organizations. The thesis aims at making the knowledge and experience of the actors of these organizations accessible and embedding the results of this empirical examination in the elaboration of a comprehensive approach to politics of de-precarization. The results of this analysis outlines four dimensions of politics of de-precarization. As a starting point politics of de-precarization need to assure possibilities of action of the special interest groups. Furthermore, state politics need to assure material security in the two social fields unemployment and cultural production. In addition to that further alliances with other organizations can contribute to the politics of de-precarization, as well as the questioning of neoliberal governmental techniques itself.